

## Protokoll 26 des Grossen Stadtrates von Luzern

– **Donnerstag, 30. Juni 2022, 08.15–17.20 Uhr**  
– **im Regierungsgebäude Kanton Luzern, Kantonsratssaal**

Vorsitz	Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann
Präsenz	Anwesend sind 42–45 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Silvio Bonzanigo, Christina Lütolf-Aecherli und Roger Sonderegger den ganzen Tag, Lisa Zanolla 15.30–16.00 Uhr, Benjamin Gross ab 15.40 Uhr, Andreas Felder ab 16.45 Uhr, Andreas Moser ab 16.55 Uhr
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Protokoll	Karin Spinnler Schmid und Franz Lienhard

	<b>Seite</b>	
<b>1</b>	<b>Mitteilungen der Ratspräsidentin</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Bericht und Antrag 7/2022 vom 6. April 2022: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Interpellation 167, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 7. März 2022: Die Bevölkerung am guten Ergebnis der Stadt Luzern teilhaben lassen</b>	<b>11</b>
<b>4</b>	<b>Bericht und Antrag 16/2022 vom 11. Mai 2022: Abschreibung von Motionen und Postulaten</b>	<b>12</b>
<b>5</b>	<b>Bericht und Antrag 14/2022 vom 4. Mai 2022: Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie</b> <ul style="list-style-type: none"><li>– <b>Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen sowie Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben bei den Sozialen Diensten</b></li><li>– <b>Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie</b></li></ul>	<b>13</b>
<b>6</b>	<b>Bericht und Antrag 11/2022 vom 6. April 2022: Postulat 92: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts</b> <ul style="list-style-type: none"><li>– <b>Bericht über die Umsetzung</b></li><li>– <b>Teilrevision des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen (Plakatierungs- und Wahlversands- reglement) vom 21. März 2019</b></li><li>– <b>Antrag auf Abschreibung</b></li></ul>	<b>15</b>
<b>7</b>	<b>Bericht und Antrag 13/2022 vom 4. Mai 2022: Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027</b>	<b>19</b>

<b>8</b>	<b>Bericht und Antrag 15/2022 vom 4. Mai 2022: Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2. Städtische Aufgaben</b>	<b>25</b>
<b>9</b>	<b>Bericht und Antrag 12/2022 vom 6. April 2022: City-Management</b>	
	– Planungsbericht	
	– Abschreibung Postulat 217	<b>41</b>
<b>10</b>	<b>Postulat 152, Christa Wenger und Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 17. Dezember 2021: Landreserven und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und erweitern: In Stadt und Agglomeration keine Verkäufe von Liegenschaften der ewl</b>	<b>56</b>
<b>11</b>	<b>Motion 121, Yannick Gauch, Raphaela Meyenberg und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. August 2021: Für mehr Demokratie: Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche erweitern!</b>	<b>61</b>
<b>12</b>	<b>Postulat 156, Barbara Irniger und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden und Raphaela Meyenberg namens der SP-Fraktion sowie Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 10. Januar 2022: Wo geht's hier weiter? Velo- und fussgängerfreundliche Baustellensignalisation</b>	<b>62</b>
<b>13</b>	<b>Postulat 157, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion und Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 10. Januar 2022: Soziale Aspekte beim Planen und Bauen konsequent mitberücksichtigen</b>	<b>65</b>
<b>14</b>	<b>Postulat 163, Mario Stübi namens der SP-Fraktion vom 7. Februar 2022: Frohburgstrasse und Inseliquai als Freiraum für alle</b>	<b>69</b>

## Beratung der Traktanden

### 1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** begrüsst die Anwesenden zur 26. Sitzung im Kantonsratsaal; es ist die letzte vor den Sommerferien und wird – wenn man auf die lange Traktandenliste schaut – eine ganztägige sein. Es ist ihr ein grosses Anliegen, diese Traktandenliste heute abarbeiten zu können. Die Sitzung wird wiederum live übertragen. Sie bittet, beim Sprechen aufzustehen und das Mikrofon nur für das Halten des Votums einzuschalten. Danach sollte das Mikrofon wieder ausgeschaltet werden. Am Schluss der heutigen Sitzung wird Fabian Reinhard aus dem Grossen Stadtrat verabschiedet. Sein Nachfolger, Mark Buchecker, wird an der konstituierenden Sitzung vom 1. September 2022 vereidigt. Bereits heute kann die Sprechende über einen Wechsel in der Fraktionsleitung der Grünen/Jungen Grünen informieren: Die Fraktion wird ab 1. Juli 2022 von Barbara Irniger und Jona Studhalter in Co-Leitung geführt. Barbara Irniger wird die Fraktion prioritär nach aussen, und damit auch in der Geschäftsleitung, vertreten. Jona Studhalter wird für die interne Fraktionsorganisation verantwortlich sein. Für Anfragen vonseiten der Medien werden beide zur Verfügung stehen. Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Es wurden keine dringlichen Vorstösse termingerecht eingereicht. Die Sprechende ruft die Frist für die Einreichung dringlicher Vorstösse in Erinnerung: Diese müssen bis spätestens 10 Tage vorher, d.h. am Montag in der Woche vor der Sitzung des Grossen Stadtrates, 14.00 Uhr, bei der Stadtkanzlei eingetroffen sein.

## **2 Bericht und Antrag 7/2022 vom 6. April 2022: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021**

Gleichzeitig mit Traktandum 2 wird auch das folgende Traktandum behandelt: Interpellation 167, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 7. März 2022: «Die Bevölkerung am guten Ergebnis der Stadt Luzern teilhaben lassen».

### **EINTRETEN**

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 2. Juni 2022 den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2021 beraten und genehmigt. Die Rechnung schloss mit einem Ertragsüberschuss von 51,4 Mio. Franken, und somit um 73,6 Mio. Franken besser als budgetiert, ab. Zu Diskussionen geführt hat wiederum das überraschend gute Ergebnis, trotz düsteren Finanzprognosen. Im Jahr 2021 wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 47,6 Mio. Franken getätigt; der Investitionsplafond von 60 Mio. Franken wurde wiederum nicht ausgeschöpft. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen.

**Mirjam Fries:** Man vergisst es im Moment fast etwas – aber Corona hat den Alltag im letzten Jahr stark bestimmt. Es war für alle ein herausforderndes Jahr. Im Namen der Mitte-Fraktion dankt die Sprechende der Verwaltung für ihre Arbeit. Wenn man den Geschäftsbericht liest, wird einem bewusst, dass in der Stadt Luzern sehr vieles läuft und dass sehr vieles gut läuft. Trotz der Pandemie hat die Stadt an der nachhaltigen Zukunft gebaut. Die Sprechende denkt dabei an die Klima- und Energiestrategie, an die Digitalisierung, an den Durchgangsbahnhof oder auch an den Ausbau des Systems der Betreuungsgutscheine. Ein Highlight aus dem vergangenen Jahr ist für die Mitte-Fraktion der Wiedereintritt der Stadt in den Verband Luzerner Gemeinden (VLG). Das war ihr seit Langem ein grosses Anliegen. Die Fraktion ist überzeugt, dass alle Beteiligten davon profitieren werden: der VLG, der Kanton und die Stadt. Finanziell, alle wissen es, gab es ein Déjà-vu. Die Stadt Luzern hat das Jahr besser als budgetiert abgeschlossen – sie hat sogar ausserordentlich erfolgreich abgeschlossen. Mit einem Gewinn von 51,4 Mio. Franken hätten wohl die wenigsten gerechnet. Die positive Budgetabweichung beträgt sage und schreibe 73,6 Mio. Franken und kommt hauptsächlich aus den Steuereinnahmen. Auf der anderen Seite hat die Stadt die Kosten im Griff, was positiv gewertet werden darf. Auch wenn das bei den Globalbudgets zum grossen Teil systemimmanent ist, braucht es doch die entsprechende Disziplin dazu. Der Coroneffekt ist mit 6,1 Mio. Franken erstaunlich moderat ausgefallen. Ein grosser Teil der höheren Einnahmen ist nicht nachhaltig. Deshalb dürfen wir nicht übermütig werden. Wir wurden in den letzten Jahren finanziell verwöhnt und wir müssen aufpassen, dass wir den haushälterischen Umgang mit den Finanzen nicht verlernen. Die Sprechende denkt dabei allerdings nicht in erster Linie an die Mitte-Fraktion. Trotz den durchwegs positiven Budgetabweichungen in den letzten Jahren bleibt die Mitte-Fraktion vorsichtig in Bezug auf eine Steuersenkung. Es stehen sehr grosse Investitionen an. Es ist aber nach all den positiven Ergebnissen Zeit für ein Zeichen an die Bevölkerung. Weil die Budgetabweichung im Jahr 2021 sehr hoch war, schlägt die Mitte-Fraktion vor, einen Teil des ausserordentlichen Gewinns an die Bevölkerung zurückzuzahlen. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Die Lebenshaltungskosten steigen, wir sind nach langer Zeit wieder mit einer Teuerung konfrontiert. Mit einem Steuerrabatt kann die Stadt Luzern die Haushalte auf eine einfache Art entlasten. Die Mitte-Fraktion hat zu diesem Thema die Interpellation 167 eingereicht, die gleichzeitig mit diesem Bericht und Antrag diskutiert wird. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort zwar auf, dass es nicht mehr möglich ist, rückwirkend einen Steuerrabatt zu gewähren. Für das kommende Jahr

(2023) allerdings ist es möglich, den Steuerrabatt temporär zu senken. Es gibt eine kleine rechtliche Unsicherheit in Bezug auf die Frage, ob es dazu eine oder zwei Volksabstimmungen braucht. Bei einer temporären Reduktion geht die Fraktion davon aus, dass es nur eine Abstimmung braucht. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Steuerrabatt ist. Sie stellt sich eine einmalige Steuerfussenkung von einer Zehntelseinheit vor, was 18 Mio. Franken ausmacht. Die Mitte-Fraktion wird den entsprechenden Antrag in der Budgetdebatte im Herbst 2022 stellen und hofft auf eine breite Unterstützung der anderen Parteien. Mit Blick auf das vergangene Jahr und den Geschäftsbericht hält die Sprechende fest, dass der positive Gewinn alles in allem mehr als erfreulich ist. Die Mitte-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird den Bericht genehmigen.

**Lena Hafen:** Als Erstes möchte die SP-Fraktion der Stadtverwaltung für ihren auch in diesem Jahr grossen Einsatz danken. Beim Durcharbeiten des Geschäftsberichts wird ersichtlich, was für eine vielfältige Arbeit in dieser Stadt geleistet worden ist. Der Geschäftsbericht bietet zugleich Gelegenheit, auf das Jahr zurückzuschauen.

Auch dieses Mal schauen wir auf ein spezielles Jahr zurück, auf ein Jahr, das wieder von der Coronapandemie geprägt wurde, auch wenn man heute den Eindruck hat, dass diese Zeit schon fast aus den Köpfen verschwunden ist. Auch das Hochwasser vom letzten Sommer scheint bei den momentanen Temperaturen schon wieder weit weg zu sein. Auch politisch gesehen war es ein ereignisreiches Jahr.

Besonders hervorheben möchte die SP-Fraktion den umfangreichen Bericht und Antrag zur Klimastrategie, bei der die heisse Phase des Abstimmungskampfs noch bevorsteht. Vielleicht nicht gerade als Highlight Nummer 1 würde die SP-Fraktion den Wiedereintritt in den VLG bezeichnen, aber auch sie ist sehr gespannt, wie reformfreudig sich der VLG gegenüber den Forderungen aus der Stadt präsentieren wird. Bezüglich Jahresrechnung kann die Sprechende in ihrem Votum auf Vieles, das schon in den letzten Jahren gesagt wurde, zurückgreifen, und das nicht, weil sie es sich einfach machen will, sondern weil sich die Ausgangslage ziemlich gleich darstellt, nur dass dieses Jahr die Jahresrechnung nochmals die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Sie ist sicher, dass die Finanzverwaltung nach bestem Wissen und Gewissen budgetiert, aber Jahr für Jahr machen ihr verschiedene Einmalereignisse einen Strich durch die Rechnung. Wobei, wenn man die Zahlen von diesem Jahr genau anschaut, sieht man, dass die Stadt auch ohne die Einmalereignisse wesentlich besser abgeschnitten hätte. Es ist zwar schön, Jahr für Jahr gute Ergebnisse zu präsentieren, aber gleichzeitig eine fast unlösbare Aufgabe, die Alarmstimmung betreffend zukünftige Entwicklung – sei sie in dem Mass gerechtfertigt oder nicht – weiterhin aufrechtzuerhalten. Das soll man nicht so verstehen, dass die SP-Fraktion die schlechten Prognosen nicht zur Kenntnis nimmt. Aber für die Fraktion ist es auch dieses Jahr so, dass Massnahmen, die über die Bestrebungen, die Budgetgenauigkeit zu verbessern, hinausgehen, von ihr zum jetzigen Zeitpunkt keine Unterstützung finden. Die Fraktion bietet keine Hand, auf Vorrat zu sparen und dass Leistungen abgebaut werden, bei denen sich im Nachhinein herausstellt, dass die Notwendigkeit dazu nicht bestanden hat.

Auch zu den Investitionen muss man leider dasselbe sagen wie in den letzten Jahren. Der Plafond ist mit 21,3 Mio. Franken wieder deutlich unterschritten worden und der Investitionsüberhang wächst weiter an. In der Antwort auf die Interpellation 167 schreibt der Stadtrat, man könne die Bevölkerung mit dem Schaffen von Mehrwerten dank der geplanten Investitionen am guten Ergebnis dieses Jahres teilhaben lassen. Das hält die Fraktion grundsätzlich für richtig; das stimmt aber nur, wenn die Investitionen auch tatsächlich getätigt werden – und da hapert es leider schon länger. Es ist für die SP-Fraktion klar, dass es nicht einfach ist, Projekte kurzfristig anzugehen oder vorzuziehen, aber aus Sicht der Fraktion muss man wirklich alles daransetzen, den Investitionsplafond auszuschöpfen, beispielsweise für die Umsetzung der Klimastrategie, denn bei diesem Tempo wird das sonst definitiv nichts mit 2040. Darum wäre es für die SP-Fraktion wichtig zu analysieren, warum es Jahr für Jahr nicht gelingt, den Investitionsplafond auszuschöpfen.

In diesem Jahr liegt der Selbstfinanzierungsgrad nicht bei den budgetierten 31,7 Prozent, sondern sogar bei 205,2 Prozent. Eigenkapital und Nettovermögen haben weiter zugenommen. Die Stadt hat dieses Jahr, zum wiederholten Mal, eigentlich zu viel Geld eingenommen. Darum ist nicht verwunderlich, dass Ideen wie ein Steuerrabatt oder ähnliches auftauchen. Dazu ist die SP-Fraktion aber kritisch. Die Antwort auf die Interpellation 167 zeigt, dass ein Steuerrabatt in dieser Form rückwirkend nicht möglich ist. Statt einer generellen Steuersenkung haben für die SP-Fraktion angesichts der Teuerung, der stark steigenden Energiepreise und dem voraussichtlichen Prämienwachstum Massnahmen zur gezielten Entlastung

der immer übermässig stärker belasteten tiefen und mittleren Einkommen Priorität. Ausserdem liest man im Geschäftsbericht wieder von Stellen, die nur schwer besetzt werden konnten. Da fragt sich die SP-Fraktion, ob man bei der Lohnentwicklung beim Personal in die richtige Richtung geht und ob der gute Abschluss nicht Anlass sein sollte, im Hinblick auf den AFP die Weichen anders zu stellen, besonders angesichts der aktuellen Inflation und gerade auch im Vergleich zu den direkten Konkurrenten. Zum Schluss dankt die SP-Fraktion der Stadtverwaltung nochmals für die grosse Arbeit, die im Geschäftsbericht steckt. Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung zu.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für das umfassende Werk «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021». Es ist immer wieder eindrücklich, wie man auf knapp 260 Seiten den Verlauf des kompletten wirtschaftlichen Geschehens einer Gemeinde abbilden kann. – Genau dieselbe Einleitung äusserte der Sprechende bereits vor einem Jahr. Auch sein Votum zum Geschäftsbericht 2021 wird ähnlich lauten wie letztes Jahr, man könnte fast sagen: Copy-and-paste. Dass das Jahr 2021 mit sehr vielen Unsicherheiten ein spezielles Jahr war, stellt vermutlich niemand in Abrede. Auch dieses Jahr, wie in den vorangegangenen Jahren, sprach man lang und breit über das drohende Defizit, debattierte, rief einen Haushaltskonsolidierungsplan ins Leben und fragte sich, wo man noch Kosten einsparen könnte, um das Defizit abwenden zu können. Die Ideen sind in Planung, die Abteilungen auf dieses Thema geschärft, alles steht, ist bereit – und die erfreuliche Nachricht: Die Stadt Luzern erhält aus früheren Jahren Geld, nicht wenig Geld, sondern sehr viel Geld. Das budgetierte Defizit von minus 22,1 Mio. Franken wird um 73,6 Mio. Franken übertroffen. Die Stadt Luzern schliesst mit einem Plus von 51,4 Mio. Franken ab. Toll, könnte man sagen. Aber hat es die Stadt gut gemacht? Wenn man die Zahlen näher anschaut und den Bericht genau liest, stellt man schnell fest, dass die Freude über die tolle Leistung nicht der Stadt geschuldet ist. Die Mehreinnahmen resultieren ausschliesslich aus höheren Steuereinnahmen und Sondersteuereffekten von zwei Erbschaftsfällen. Als es darum ging, das Geschäftsjahr 2021 zu budgetieren, teilte man dem Grossen Stadtrat fachkundig mit, der positive Trend der letzten Jahre gehöre definitiv der Vergangenheit an und es müsse mit einem Defizit von mehreren Millionen Franken gerechnet werden. Das Gegenteil ist eingetreten. Jahr für Jahr weist die Stadt Luzern gegenüber dem Budget eindeutige positive Zahlen aus. Jahr für Jahr gelingt es nicht, den Investitionsplafond voll auszureizen. Mit 21,3 Mio. Franken ist dieser wieder deutlich unterschritten worden und der Investitionsüberhang wächst weiter an. Die Mitte-Fraktion stellt mit ihrer Interpellation 167 die Frage, ob aufgrund der guten Ergebnisse die Bevölkerung am Gewinn partizipieren soll. Für die SVP-Fraktion ist diese Frage ein zweiseitiges Schwert. Wenn man wenig investiert, hat man mehr zu verteilen. Natürlich gilt das auch umgekehrt. Rückwirkende Steuerrabatte sind unter HRM2 nicht möglich. Erlaubt sind lediglich Steuerfussänderungen für das folgende Jahr. Ob es sinnvoll ist, den Steuerfuss für ein Jahr zu senken und dann wieder auf Vorjahresniveau anzuheben, wagt der Sprechende zu bezweifeln. Es ist nicht ganz klar, welche rechtlichen Voraussetzungen gesamthaft dafür vorhanden sein müssen. Bevor die Stadt nun Geld zur Klärung dieser Frage ausgibt, macht der Sprechende beliebt, es so zu belassen, wie es ist, und zu probieren, die angestrebten Mehrwerte, wie zitiert, zu realisieren. Der Fraktion ist bewusst, dass die Budgetierung eine Wissenschaft für sich ist. Umgangssprachlich sind Budgets Zielwerte, die man nach bestem Wissen und Gewissen setzt, unter Berücksichtigung aller möglichen Parameter und Einflüsse sowie unter Einbezug der Historie. Einen Geschäftsgang aufgrund von Sondereffekten zu beurteilen und Schlüsse für die Zukunft daraus zu ziehen, ist schwierig. Es werden eventuell falsche Erwartungen geweckt – man setzt auf das Prinzip Hoffnung. Wenn sich die Hoffnung bewahrheitet, ist es gut, wenn nicht, ist es eben nicht gut. Aus Sicht des Sprechenden wäre das eine komplett falsche Herangehensweise und darf sich so nicht einschleichen. Es braucht eine solide, kontinuierliche und sichere Planung. Eine Tendenz, die sich personalpolitisch einschleicht, ist die Schaffung von befristeten Stellen, die nach oder während der befristeten Anstellung in eine feste Anstellung umgewandelt werden. Dieses Vorgehen bei Stellenbewilligungen ist nicht das Vorgehen, das sich die SVP-Fraktion wünscht. Befristet heisst befristet. In Ausnahmefällen kann es zu einer Umwandlung kommen, denn es gilt das Sprichwort «keine Regel ohne Ausnahme». Aber es soll nicht so sein, dass die Ausnahme die neue Regel wird. Die Fraktion würde es eher begrüessen, dass klar ausgesprochen wird, wie hoch der Personalressourcenbedarf in Wirklichkeit ist und dass dann entsprechend gehandelt wird. Der positive Abschluss täuscht nicht darüber hinweg, dass das Jahr 2022 wieder ein sehr anspruchsvolles Jahr wird und die Stadt vor grosse finanzielle Herausforderungen stellt, denke

man nur an den Durchgangsbahnhof, die Klimastrategie, die Volksinitiative und vieles mehr, das in der Planung steckt. All das benötigt Entscheide, Ressourcen und Geld. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es daher absolut wichtig, dass die Stadt ein straffes Kostenmanagement führt und darauf achtet, die Wichtigkeit vor die Dringlichkeit zu setzen. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

**Jules Gut:** Besten Dank für den vorliegenden Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2021. Die GLP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden in der Verwaltung für die tolle Arbeit. Nach der Einführung von HRM2 sieht man nun einen Bericht, der in sich schlüssig ist und die letzten Kinderkrankheiten abgeworfen hat. Auch sieht man, dass die Coronakrise am Budget der Stadt mehr oder weniger vorbeiziehen wird. Es stellt sich allerdings die Frage, ob sich die Teuerung und insbesondere die kommende Energiekrise früher oder später auf das Budget niederschlagen werden.

Die GLP-Fraktion freut sich über den aussergewöhnlichen Gewinn der Stadt für das Jahr 2021, ist aber sehr enttäuscht, dass nicht mehr Geld aus dem Überschuss direkt in den Klimaschutz fliesst, Stichwort Heizungsersatz von stadteigenen Liegenschaften. Auch die Nichtausschöpfung der maximal möglichen Investitionen gefällt der Fraktion gar nicht. Die Stadt und vor allem das Gewerbe leben von den Investitionen. Gut, man kann sagen, dass aktuell eher Vollbeschäftigung herrscht – aber diese notwendigen Investitionen werden nur zeitlich verschoben, tätigen muss man sie so oder so.

Die Stadt Luzern steht vor grossen Herausforderungen. Die GLP-Fraktion sieht die grössten Herausforderungen beim Ausstieg aus der fossilen Welt und nicht darin, ob die Stadt Luzern nächstes Jahr wieder einen Millionenüberschuss haben wird. Die selbstauferlegten Vorgaben betreffend Rechnungsführung schränken die Stadt aktuell sehr ein – die Stadt Luzern hat mittlerweile mehr Vermögen pro Person als die Gemeinde Meggen.

Die GLP-Fraktion ist mit dem Projekt «Schule Plus» unzufrieden. Aus ihrer Sicht steckt das Projekt in einer Sackgasse. Es braucht eine «echte» Tagesschule mit einer garantierten Betreuung zwischen 08.10 Uhr und 15.20 Uhr bzw. 16.20 Uhr, je nach Altersklasse, insbesondere auch, um den Fachkräftemangel zu entschärfen und das Scheidungsrecht entsprechend umsetzen zu können in der realen Welt. Im Grossen Stadtrat wird nun schon seit einigen Jahren über das Thema diskutiert. Es fällt der GLP-Fraktion schwer zu verstehen, was daran so kompliziert sein kann. Die Tagesschule ist ein altes Anliegen der GLP-Fraktion. Der Sprechende wurde vor 12 Jahren Mitglied des Grossen Stadtrates und es war damals schon ein Anliegen der Fraktion. Mittlerweile ist sogar Economiesuisse überzeugt, dass die Tagesschule ein grosses und wichtiges Thema ist. Eine noch längere Mittagspause, über die heutigen eineinhalb Stunden hinaus, verbunden mit hohen Kosten sowie einem noch längeren Abend, der zu Lasten der Sportvereine und der Musikschule geht, sieht die Fraktion in keiner Art und Weise. Notabene verlangt die überwiesene Motion der GLP-Fraktion genau eine Verkürzung der Mittagszeit.

Sehr erfreut ist die Fraktion über die Flexibilisierung der Vorschriften für die Gastronomie. Es ist sehr erfreulich, wie sich die Gassen in der Stadt entfalten und ein südländisches Flair Einzug gehalten hat. Die Stadt Luzern ist aus städtebaulicher Sicht schon heute die einzige Stadt nördlich der Alpen mit einem südländischen Stadtplan: Man erinnere sich an die letzten Ferien vor Corona in Bologna oder Florenz mit den quadratischen Plätzen, den Türmen und den verbindenden Gassen. Und dann stelle man sich unsere Altstadt vor, bevor die zehn Türme geschleift wurden. Die GLP-Fraktion freut sich, dass wir diesen Sommer die Pizza nicht nur über, sondern auch in den Gassen essen können. Sie freut sich sehr über diese Entwicklungen und findet auch die pragmatische Umsetzung der neuen Arten von Begegnungszonen in den Quartieren sehr lobenswert. Sie hofft auf viele weitere Meldungen aus der Bevölkerung. Bezüglich Klimaschutz ist die Fraktion beeindruckt vom Vorgehen der Gemeinde Horw. Dort wurde jede Liegenschaft durchgerechnet und es wurde aufgezeigt, welche Heizung wann ersetzt werden muss. Die entsprechenden Kosten wurden in die Budgetplanung der nächsten Jahre aufgenommen. Die Stadt Luzern besitzt gemäss der vorliegenden Aufstellung 353 Liegenschaften im Finanzvermögen und 400 Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Grosse Aufgaben warten zweifellos auf die Stadt. Jedes Jahr wird darum dem Parlament gesagt, dass genau in diesem Moment der falsche Zeitpunkt sei, die Steuern zu senken. Jedes Jahr aber schreibt die Stadt Ende Jahr erfreulicherweise noch mehr Gewinn. Deshalb ist die GLP-Fraktion für eine Steuersenkung um einen Zehntel, um 18 Mio. Franken. Es kann nicht sein,

dass die Stadt Luzern Jahr für Jahr massiv mehr Geld einnimmt als sie ausgeben kann. Sie muss zumindest einen konkreten Plan haben, wie sie das Geld wieder ausgeben kann. Die GLP-Fraktion wird auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2021 eintreten und zustimmen.

Bezüglich Interpellation 167 meint der Sprechende: Der Stadtrat schreibt, dass es neben einer Steuersenkung auch andere Möglichkeiten gibt, für die Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen. Daran hat die GLP-Fraktion in den letzten Jahren auch geglaubt – jetzt glaubt sie aber nicht mehr daran. Denn über viele Jahre wurden die Investitionsplafonds nicht annähernd ausgeschöpft. Die Stadt schiebt mittlerweile eine regelrechte Bugwelle an bewilligten Krediten vor sich her. Die in der Antwort auf die Interpellation aufgeführten Beispiele sind somit reines Wunschdenken: Sanierungen und Ausbauten von Schulräumen, Investitionen zur Umsetzung der Klima- und Energiestrategie, Aufwertungen im öffentlichen Raum, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der städtischen Leistungen und Standards innerhalb der gesetzten Rahmenbedingungen.

Die GLP-Fraktion sieht aktuell nicht, warum das nun plötzlich funktionieren soll, wenn es nachweislich die letzten Jahre nicht geklappt hat, trotz grossen Anstrengungen innerhalb der Verwaltung.

Eine Steuersenkung und eine weitere Anpassung der städtischen Schuldenbremse – so wird in der Antwort argumentiert – wird im Rahmen der Umsetzung der teilweise überwiesenen Motion 68, Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. Februar 2021: «Ausrichtung der städtischen Schuldenbremse am Konjunkturzyklus anstelle des Bruttoertrages einer Steuereinheit» geprüft. Weiter steht dort: «Diese Anpassungen werden ermöglichen, dass künftig Gewinne aus Vorjahren verwendet werden können, ohne dass unmittelbar eine Steuererhöhung beantragt werden muss». Für die GLP-Fraktion ist diese Aussage das beste Argument, weshalb nun der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung gekommen ist.

**Christa Wenger:** Man kennt das Gefühl: Ein Jahr geht «chäibe schnäll» vorbei. Beim Lesen des Geschäftsberichts hat die Sprechende aber einen anderen Eindruck. Dort sieht man, wie viel in einem Jahr Platz hat. Die Stadtverwaltung arbeitete in diesem Jahr einmal mehr viel und zuverlässig für die Bevölkerung. Im Namen der G/JG-Fraktion dankt sie allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat herzlich für diese Arbeit. Und sie hat noch einen weiteren Dank: Die Sprechende freut sich sehr, dass die statistischen Zahlen jetzt Teil des Geschäftsberichts sind.

Ein paar Punkte aus dem Bericht möchte sie besonders würdigen:

- Die vom Tourismus geprägte Stadt Luzern hat die schwierige Coronazeit insgesamt finanziell gut überstanden. Der Branchenmix ist anscheinend und zum Glück relativ gesund; die stark betroffenen Branchen konnten unterstützt werden.
- Im Sommer präsentierte der Stadtrat die von der G/JG-Fraktion sehnsüchtig erwartete Klima- und Energiestrategie. Nach einer langen, allzu langen parlamentarischen Debatte kommt die Vorlage im September nun endlich vors Volk. Es ist höchste Zeit, mit der Umsetzung der geplanten Massnahmen beginnen zu können.
- Die Testplanung zum Durchgangsbahnhof (DBL) warf Wogen auf. Zum Glück wurden damit ansatzweise vorausschauende Diskussionen und Überlegungen um das riesige Infrastrukturprojekt angestossen.
- Die Stadt trat wieder in den Verband Luzerner Gemeinden (VLG) ein. Die G/JG-Fraktion hofft, dass dieser Wiedereintritt zum VLG von der angekündigten Weiterentwicklung des Verbands begleitet sein wird.
- Mit ELAN wurde ein Ansatz zur Haushaltskonsolidierung eingeführt, der sich bisher als durchaus konstruktiv und flexibel erwiesen hat.
- Und zum Glück hat das Parlament die Verdoppelung des maximal möglichen Budgetdefizits beschlossen. So konnte der Stadtrat für das laufende Jahr ein gesundes Budget vorlegen.

Damit ist die Sprechende bei den Finanzen angelangt:

Im Jahr 2021 hatte die Stadt Luzern gut 73 Mio. Franken höhere Einnahmen als budgetiert – das ist viel Geld. Dieser Abschluss ist begleitet von einem sehr guten Selbstfinanzierungsgrad und bedeutet eine Zunahme beim Eigenkapital von satten 4 Prozent.

Das ist schön. Es ist vor allem schön, weil der Stadt – u.a. mit Schulhäusern und dringenden Klimamassnahmen – grosse Investitionen bevorstehen.

Mit diesem herausragend guten Abschluss der Jahresrechnung 2021 ist es für alle einleuchtend, dass jetzt mit ELAN kein Abbau von Dienstleistungen vorgesehen ist.

Es ist erfreulich, dass im Rahmen der Teilprojekte einzelne Aspekte des Finanzhaushalts genauer angeschaut wurden und nun verbessert werden können.

Besonders begrüsst die Fraktion die kritische Überprüfung der Budgetierung und des Finanzplan-Prozesses. Es ist ein Jammer, dass der Investitionsplafond wieder schlecht ausgeschöpft ist. Es ist ein primäres Ziel, dort Lösungen zu finden, um das Geld fließen zu lassen. Der Krieg in der Ukraine, die Teuerung, Lieferschwierigkeiten, die insgesamt eher unruhige und unsichere Weltlage werden das Budgetieren und Haushalten nicht einfacher machen.

So ist es ein Glück, dass die Stadt in den letzten Jahren dank der guten Abschlüsse Reserven bilden konnte. Diese machen es möglich, auch einige finanziell schwierige Jahr zu überstehen.

Die Sprechende macht nun ein paar Anmerkungen zur Interpellation 167:

Es gibt andere Wege, die Bevölkerung am guten Ergebnis der Stadt teilhaben zu lassen. Der Stadtrat zeigte das in seiner Antwort auf die Interpellation auf. Die Sprechende beschloss, bei diesem Punkt etwas weniger pessimistisch zu sein als die GLP-Fraktion ist. Eine Steuersenkung – ob für ein Jahr oder länger – ist definitiv nicht der Weg, den die G/JG-Fraktion gehen will. Die Fraktion will die ganze Bevölkerung an den guten Ergebnissen teilhaben lassen und nicht v.a. die wohlhabenderen Bewohnerinnen und Bewohner.

- Von einer möglichst schnellen und konsequenten Umsetzung der Energiewende profitieren nämlich alle.
- Das Gleiche gilt für die schon geplanten Investitionen, zum Beispiel in Schulhäuser und in die Gestaltung des öffentlichen Raums.
- Eine verlässliche Finanzpolitik und Konstanz sind für die ganze Bevölkerung wichtig. Diese Konstanz und Zuverlässigkeit erreicht man mit einem gleichbleibenden Steuerfuss und einem ausgeglichenen Budget viel einfacher.
- Die Sprechende hat am Anfang ihres Votums die engagierte Arbeit der Stadtverwaltung verdankt. Die G/JG-Fraktion will, dass das so bleibt. Die Verwaltung soll die Qualität ihrer Leistungen im Minimum erhalten können. Das dient allen und ist ein Weg, alle am finanziellen Erfolg teilhaben zu lassen.

Besonders interessant findet die Sprechende, was eine weitere Senkung des Steuerfusses bedeuten würde: Die finanzrechtlichen Vorgaben müssten verletzt werden; das maximale Budgetdefizit könnte nicht eingehalten werden. Vor zwei Jahren entschied der Grosse Stadtrat, den Spielraum zu erhöhen und er verdoppelte das maximale Budgetdefizit gegen den Widerstand der gleichen Parteien, die jetzt mit einer Steuersenkung liebäugeln. Das heisst, diese Parteien würden in Kauf nehmen, dass grössere Sparmassnahmen nötig würden und/oder dass der Stadtrat keine Chance hätte, ein konformes Budget vorzulegen. Zurückkommend auf den Bericht und Antrag, sagt die Sprechende: Die G/JG-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung ein und wird beiden zustimmen.

**Damian Hunkeler** dankt im Namen der FDP-Fraktion der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit und für den grossen und ausführlichen Bericht. Über eine Jahresrechnung zu referieren, die beinahe 74 Mio. Franken besser abschliesst als budgetiert, ist einfacher, als wenn sie ein Minus ausweisen würde. Man darf zufrieden sein, offensichtlich hat die Verwaltung sparsam gearbeitet. Die Einnahmen fielen höher aus als budgetiert, wobei man feststellen darf, dass die Pandemie keine Spuren in der Rechnung hinterlassen hat. Der gute Abschluss, notabene zum siebten Mal hintereinander, ist ein Umstand, der einem zum Denken anregt. Mit dem Projekt ELAN hat die Verwaltung das Problem budgetseitig erkannt und die Lösung in Angriff genommen. Nach sieben guten Jahren mit einem Gesamtüberschuss von über 176 Mio. Franken ist die FDP-Fraktion aber klar der Meinung, dass jetzt auch einnahmeseitig für den Bürger etwas gehen muss. Diese 176 Mio. Franken wurden dem Steuerzahler zu viel aus der Tasche gezogen, offensichtlich aufgrund der immerwährenden übervorsichtigen Budgetierung. Man machte dem Grossen Stadtrat Angst vor kommenden, grossen Defiziten und wies jeweils einen immensen Investitionsbedarf aus, was aber leider nicht eintreten will. Auch die Investitionen, auf welche die Fraktion noch gesondert eingehen wird, werden nicht getätigt. Deshalb fordert die FDP-Fraktion auf das kommende Jahr eine substanzielle Steuerfussenkung, so wie das auch von der Mitte-Fraktion gefordert wird. Sollte die Steuersenkung im nächsten Budget nicht berücksichtigt werden, wäre die FDP-Fraktion gezwungen, das Referendum gegen das Budget 2023 zu ergreifen. Der Sprechende ist überzeugt, dass die Stimm-



bürger der Stadt Luzern eine Steuersenkung erwarten. Zudem ist eine Steuersenkung das beste, einfachste und effizienteste Mittel, um die Folgen der gestiegenen Teuerung zu bekämpfen – viel besser als irgendwelche Rückerstattungen, die kompliziert und aufwendig sind.

Jahresberichte reizen den Sprechenden jeweils, ein paar interessante statistische Vergleiche anzustellen. Zum Beispiel hat die Bevölkerungszahl von 2019 bis 2021 um ein Prozent zugenommen, die bewilligten Stellen aber im gleichen Zeitraum um 3,9 Prozent, und der betriebliche Aufwand um 7,7 Prozent. Die Tendenz, den Staatsapparat immer weiter auszubauen und immer mehr Leistungen dem Staat zu überwälzen, setzt sich fort. Diese Entwicklung ist bedenklich und widerspricht diametral der liberalen Auffassung von Eigenverantwortung. Zum Glück haben sich – das freut den freisinnigen Kantonsrat sehr – die Erträge der juristischen Personen mit einem Plus von knapp 30 Prozent sehr erfreulich entwickelt, notabene ohne Nachträge – mit Nachträgen wäre es sogar eine Verdoppelung.

Leider findet man in der Rechnung aber auch Kosten für totgeborene Projekte. Die Cheerstrasse zum Beispiel belastet die Erfolgsrechnung mit rund 3,3 Mio. Franken. Schön ist aber zu lesen, dass der Bestand an Bäumen seit 2019 um 295 Stücke zugenommen hat. Das sind immerhin viermal mehr als in der gleichen Zeit Parkplätze auf öffentlichem Grund abgenommen haben.

Leider wurde das Investitionsbudget auch im Jahr 2021 nicht ausgeschöpft. Der Stadtrat klopft sich zwar auf die Schulter und schreibt, er hätte das Ziel, den Investitionsplafond möglichst auszuschöpfen, erreicht, aber eine Abweichung von fast 25 Prozent (zum wiederholten Mal) erachtet der Sprechende nicht als Zielerreichung. Im Wissen darum, dass die Planung der langfristigen Investitionen schwierig ist, wünscht sich die Fraktion in diesem Bereich trotzdem eine Verbesserung.

Trotz dem erfreulichen Abschluss bleibt der Weg steinig – wer hätte etwas anderes erwartet. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den bisherigen und künftigen sorgsamen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Fraktion ist gespannt auf die Wirkung von ELAN und freut sich auf die Steuersenkung. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Jahresbericht und der Rechnung zu.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** dankt für die Beratung des Berichts und Antrags «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021» in den Fachkommissionen sowie in der GPK und für den konstruktiven Dialog, den man dort jeweils pflegt. Die Sprechende dankt auch für die Anerkennung und Wertschätzung für die Verwaltungsmitarbeitenden, die in den letzten zwei Jahren während der Pandemie Ausserordentliches geleistet haben, so wie alle anderen in der Privatwirtschaft auch. Aber es waren wirklich nicht normale Jahre. Die Sprechende möchte auf ein paar Punkte eingehen. Sehr vieles ist schon gesagt worden, deshalb muss sie nicht nochmals eine Einordnung machen, aber ein paar wenige Sätze dazu möchte sie schon anbringen. Die Coronapandemie prägte auch das städtische Schaffen. Die Rekordeinnahmen bei den Steuern, vor allem bei den juristischen Personen, waren so nicht zu budgetieren und nicht vorhersehbar. Es zeigte sich im letzten Jahr, dass der Stadtrat und die Verwaltung schnell auf die neue Coronawelle reagieren konnten. Man konnte unbürokratisch handeln, die beschleunigten Kreditorenzahlungen beibehalten und so die Wirtschaft in dieser Zeit auch mit Liquidität versorgen. Alle Rechnungen im letzten Jahr wurden im Durchschnitt innerhalb von sieben Arbeitstagen bezahlt. Der Grosse Stadtrat konnte Nachtragskredite sprechen zur Kompensation der Billettsteuerausfälle und damit die Unterstützung der Kultur- und Sportorganisationen sicherstellen. Im Nachhinein könnte man sagen, die Nachtragskredite wären gar nicht nötig gewesen. Aber zu jenem Zeitpunkt, als man auch hier im Grossen Stadtrat über diese diskutiert hat, waren die ausserordentlichen Steuereinnahmen schlicht noch nicht absehbar. Wir konnten auch zusätzliche Gelder sprechen zur frühzeitigen Teileröffnung des Hallenbads Allmend für Kinder und Jugendliche und zusätzliche Massnahmen wie die unbürokratische Bewilligung zur Ausweitung der Aussenbereiche für die Gastrobetriebe fortführen – und das erst noch zu reduzierten Gebühren oder auch bei teilweisem Erlass von Mietkosten. Innerhalb der Verwaltung konnte man die Dienstleistungen aufrechterhalten, obwohl sehr viele Leute, die Büroarbeit verrichten, im Homeoffice waren. Das ist technisch, aber auch führungsmässig gelungen; auch die Zusammenarbeit konnte aufrechterhalten bleiben. Es ist trotzdem gut, dass man in diesem Jahr wieder Workshops miteinander machen kann und eine Teambildung wieder anders möglich ist. Aber grundsätzlich haben der Stadtrat und die Verwaltung das letzte Jahr in Bezug auf die Zusammenarbeit gut bewältigt. Das sehr gute Rechnungsergebnis 2021 basiert auf diversen Einzelereignissen, die man so nicht voraussehen konnte, aber auch auf einem hohen Kostenbewusstsein der Verwaltung. In allen Abteilungen wurde kostenbewusst gearbeitet. Das Jahr ist

ausserordentlich gut, die Stadt konnte das Eigenkapital und das Nettovermögen einmal mehr stärken und hat nun eine gute Ausgangslage für die kommenden Jahre geschaffen. Die kommenden Jahre, das ist das Thema bei der Diskussion um die Steuersenkung, zeigen immer noch grosse Defizite auf. Die Budgethoheit liegt beim Parlament. Die Sprechende erinnert an die Diskussion über das Budget 2021 in diesem Rat. Das budgetierte Jahresergebnis kam nicht so heraus, wie der Stadtrat es beantragt hatte. Auf Details möchte sie dazu nicht eingehen. Aber die Hoheit über die Zahlen und die Hoheit, politische Leistungsaufträge zu verändern, liegt beim Parlament. Rückblickend kann man durchaus sagen, es wäre nicht nötig gewesen, einen Nachtragskredit unter dem Jahr zu sprechen. Aber alle arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen. Die Finanzverwaltung zieht die Zahlen, die aus den Direktionen und Abteilungen geliefert werden, zusammen. Diese werden geprüft und die Finanzverwaltung präsentiert sie der Geschäftsprüfungskommission auch unter dem Jahr. Der Dialog ist immer wertvoll, nicht zuletzt beim Projekt ELAN, das auch schon erwähnt wurde. Die erste Phase der etappierten Überprüfung, die der Stadtrat in Angriff genommen hat, führt dazu, dass der Stadtrat die Steuererträge ab dem Budget 2023 progressiver, etwas mutiger, etwas optimistischer einsetzen wird. Das Jahr 2022 ist noch nicht von den neuen Methoden beeinflusst. Was das Ergebnis aus dem Jahr 2023 bringen wird, weiss man dann im Frühling 2024. Aber dank den höheren Schätzungen der Steuererträge nach erster Etappe ELAN, die jetzt umgesetzt wird, konnte die Finanzverwaltung Defizite in den Planjahren reduzieren – reduzieren, aber nicht eliminieren. Es bestehen während sämtlichen Planjahren Defizite. Deshalb wäre es nicht zu verantworten, den Steuerfuss aktuell zu senken. Es wurde von Christa Wenger richtig gesagt, der Stadtrat und die Verwaltung haben die Pflicht, ein reglementkonformes Budget zu entwerfen. Die Budgethoheit ist nachher beim Rat. Aber wenn ein reglementkonformes Budget erarbeitet werden soll, muss auch die geltende Schuldenbremse eingehalten werden. Wenn man den Steuerfuss senkt, kann man das definitiv nicht mehr mit den Projekten, die jetzt gemäss Legislaturplanung eingestellt sind, machen. Wo liegt im Moment der Handlungsspielraum? Das Budget, den Zahlenteil, hat der Stadtrat gestern verabschiedet, wie er das immer vor den Sommerferien macht. Über den Sommer wird der Aufgaben- und Finanzplan mit den Kommentaren erarbeitet. Der Steuerfuss ist dort unverändert mit 1,75 Einheiten eingesetzt. Natürlich hat die Sprechende heute die Diskussion dazu gehört. Sie wird am Schluss ihres Votums kurz auf das weitere Vorgehen und auf die Interpellation eingehen. An der ersten GPK-Sitzung nach den Sommerferien wird die Finanzverwaltung den verabschiedeten Entwurf erklären und erläutern. Der Stadtrat ist einverstanden mit den Bemerkungen aus dem Rat betreffend Investitionen. Das ist unerfreulich. Es ist unbefriedigend, dass Jahr für Jahr Projekte, die nötig wären, nicht realisiert werden können. Das ist eine Daueraufgabe, die aber – man sieht es an den Zahlen – nicht sehr erfolgreich bewältigt wird. Aber es ist nicht so einfach wie man sich das zum Teil vorstellt. Die öffentliche Hand (sämtliche Städte, die Kantone) hat schweizweit das gleiche Problem. Die Stadt Luzern steht bei diesem Thema nicht alleine da. Es ist nicht ausserordentlich, dass die Stadt Luzern es nicht schafft, den Investitionsplafond auszuschöpfen. Aber der Stadtrat teilt die Bemerkungen, dass dieser Zustand unbefriedigend ist und dass es nun dringend den Schub in die Klima- und Energiestrategie braucht. Er ist für diesen Zweck bereit, Eigenkapital abzubauen. Das ist im neuen Legislaturprogramm, welches der Grosse Stadtrat verabschiedet hat, enthalten. Die Stadt will in den nächsten vier Jahren keinen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent, sondern das erarbeitete Eigenkapital für diese Projekte jetzt abbauen. Die Sprechende kommt nun zurück auf das Begehren, einen Steuerrabatt zu gewähren, was auch Thema der Interpellation 167 ist. Sie hörte von drei Fraktionen, die eine Steuersenkung oder einen Steuerrabatt im Herbst beantragen möchten. Die Finanzdirektorin ist dankbar für das klare Zeichen. Der Stadtrat wird prüfen, wie er den Zeitplan anpassen kann, denn eine Steuerfussänderung bedingt eine Volksabstimmung. Wenn man die Abstimmung nicht noch in diesem Jahr durchführen könnte – im Moment ist keine geplant –, würde Anfang nächstes Jahr ein budgetloser Zustand herrschen. Dann befände man sich wieder an dem Punkt, der bemängelt wird: Der Stadtrat könnte die Investitionen nicht umsetzen. Bei einem budgetlosen Zustand stehen alle Projekte mehrere Monate still, auch die Vorbereitungen und Weiterbildungen etc. Ein budgetloser Zustand ist für Aufgaben, die anstehen, verheerend. Das gilt es zu vermeiden. Aufgrund der klaren Aussagen, dass man eine Steuersenkung oder einen Steuerrabatt beantragen will, wird der Stadtrat den Fahrplan überprüfen. Für diejenigen, die eine Steuersenkung wollen, gibt es auf jeden Fall gute Neuigkeiten: Sie kommt nächstes Jahr vom Kanton.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 7/2022: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021» eingetreten.**

DETAIL

Keine Wortmeldung.

*Seite 245 ff. Antrag und Beschluss*

- I. Der Grosse Stadtrat genehmigt einstimmig den Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2021.**
- II. Der Grosse Stadtrat genehmigt einstimmig die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel 6.2.3.1).**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 7 vom 6. April 2022 betreffend

**Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche den zusammenfassenden Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von § 17, § 41 Abs. 1 und § 46 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 30 Abs. 1 lit. a und Art. 69 lit. c Ziff. 9 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

- I. Der Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2021 wird genehmigt.
- II. Die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel 6.2.3.1) werden genehmigt.

**3 Interpellation 167, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 7. März 2022:  
Die Bevölkerung am guten Ergebnis der Stadt Luzern teilhaben lassen**

Das Traktandum 3 wurde zusammen mit Traktandum 2 behandelt.

**Die Interpellation 167 ist somit erledigt.**

#### **4 Bericht und Antrag 16/2022 vom 11. Mai 2022: Abschreibung von Motionen und Postulaten**

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Der B+A 16/2022: «Abschreibung von Motionen und Postulaten» wurde in der Geschäftsprüfungskommission beraten. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat, ein Postulat nicht abzuschreiben, nämlich das Postulat 307 auf Seite 4, Nr. 6: «Be-grünte Bushaltestellen für ein besseres Klima». Bei den anderen Motionen und Postulaten empfiehlt die Geschäftsprüfungskommission, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Weiter gibt es keine Wortmeldungen zu diesem Bericht und Antrag.

*Seite 18 ff. Antrag und Beschluss*

- I. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motionen und Postulate gemäss Kapitel 1, Ziffern 1–5 und 7–23, einstimmig ab.**
- II. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.1, Ziffern 1–14, um ein weiteres, zweites Jahr.**
- III. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.2, Ziffern 1–7, um ein weiteres, drittes Jahr.**
- IV. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.3, Ziffern 1–13, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 16 vom 11. Mai 2022 betreffend

#### **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

- I. Die Motionen und Postulate gemäss Kapitel 1, Ziffern 1–5 und 7–23, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss Kapitel 2.1, Ziffern 1–14, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.2, Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.3, Ziffern 1–13, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

- 5 Bericht und Antrag 14/2022 vom 4. Mai 2022:**  
**Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie**
- **Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen sowie Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben bei den Sozialen Diensten**
  - **Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie**

#### EINTRETEN

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Die Geschäftsprüfungskommission hat den Bericht und Antrag «Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie» beraten. Die Nachtragskredite werden notwendig, da die bereits bewilligten Ausgaben nicht im Budget 2022 berücksichtigt werden konnten. Ein Nachtragskredit für das Jahr 2022 in der Höhe von Fr. 330'200.– wird für die Umwandlung befristeter in unbefristete Stellen sowie für eine Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und Standards bei den Sozialen Diensten notwendig. Mit dem B+A 34/2021 vom 22. September 2021 hat der Grosse Stadtrat dafür bereits den Sonderkredit gesprochen. Ein zweiter Nachtragskredit für das Jahr 2022 in der Höhe von Fr. 400'000.– wird für die Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie benötigt. Mit dem B+A 13/2021 vom 21. April 2021 hat der Grosse Stadtrat ebenfalls bereits die Ausgaben bewilligt. Am 28. November 2021 wurde die Vorlage mit einer deutlichen Mehrheit auch vom Volk angenommen. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat, die beiden Nachtragskredite zu genehmigen, und hat keine weiteren Bemerkungen.

**Andreas Felder:** Im vorliegenden Bericht und Antrag, sein Vorredner sagte es bereits, geht es darum, die finanziellen Grundlagen für bereits bewilligte Stellen und Mittel zu schaffen. Inhaltlich müssen diese Themen daher nicht mehr diskutiert werden. Diskutieren muss man nur, ob die Nachtragskredite gerechtfertigt sind, sprich, ob man im Rahmen des Budgetkredits hätte kompensieren können. Für die Mitte-Fraktion ist ausgewiesen, dass man bei den Betreuungsgutscheinen keine weiteren Einsparungsmöglichkeiten hat, das wurde im Bericht und Antrag gut aufgezeigt. Etwas kritischer sieht es die Mitte-Fraktion bei der Umwandlung der befristeten Stellen bei den Sozialen Diensten. Bereits bei der Beratung des B+A 34/2021 stellte die Fraktion die Frage, ob die Aufwendungen dauerhaft oder ob gewisse Aufwendungen nur vorübergehend seien, insbesondere im Erwachsenenschutzbereich, wo die Poolkonti aufgelöst und Einzelkonti geschaffen werden mussten. Zur Begründung in diesem Bereich enthält der Bericht und Antrag wenig Informationen. Allerdings konnten in den Kommissionssitzungen die Erklärungen, die der Fraktion noch fehlten, nachgeliefert werden. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird diesem zustimmen.

**Maria Pilotto:** Es handelt sich hier um zwei Nachtragskredite der Sozial- und Sicherheitsdirektion, die Ausdruck von einem gesellschaftlichen und auch professionellen Wandel im Sozialbereich sind. Es war schon vor Corona und auch vor dem Krieg in der Ukraine bekannt, dass in der Kinderbetreuung und bei den Sozialen Diensten ein Wandel stattfindet; aber gerade in dieser Zeit hat das Thema nochmals an Präsenz gewonnen. Die Nachtragskredite sind erfreulicherweise unumstritten. Bei den Sozialen Diensten geht es um die Verstetigung befristeter Stellen und dies schafft gerade in dieser Abteilung viel Sicherheit und Verlässlichkeit. Diese Abteilung hat viele Themen zu bearbeiten und auch mit Umbrüchen (Fluktuation) zu kämpfen. Deshalb ist diese Verstetigung auch ein Zeichen an die Mitarbeitenden. Die Umsetzung der Einzelkonti ist eine dringend umzusetzende gesetzliche Pflicht gegenüber den verbeiständeten Menschen im Erwachsenenschutz. Deshalb ist diese Massnahme auch unumstritten. Nicht zuletzt gehen die Mittel, die mit dem Kredit beantragt werden, auch in die Qualitätssicherung, und das scheint der SP-Fraktion, insbesondere angesichts des grossen Budgets im Bereich Sozialhilfe von rund 36 Mio. Franken, ein wichtiges Ziel zu sein. Bei der Kinderbetreuung besteht zusätzlich zum Rückhalt aus dem Rat eine grosse Zustimmung vom Volk. Es ist aus finanzieller Hinsicht erfreulich, dass der Nachtragskredit etwas reduziert werden konnte. Jedoch hofft die Fraktion sehr, dass die tiefere Nutzung der Betreuungsgutscheine mit dem angepassten System tatsächlich den Familien zugutekommt, die diese Betreuungsgutscheine brauchen. Der vorhin besprochene B+A 7/2022: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021»

zeigte für das vergangene Jahr in diesem Bereich sinkende Zahlen. Das war aber noch vor dem Systemwandel. Die Fraktion wird hier genau hinschauen und hofft, dass die Mittel gut investiert werden können. Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt den Nachtragskrediten zu.

**Daniel Lütolf** dankt für den vorliegenden B+A 14/2022: «Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie». Er kann sich kurzhalten, da der Kredit im gesamten Parlament unbestritten ist. Die GLP-Fraktion stimmt dem Nachtragskredit über Fr. 330'200.– für die Umwandlung der befristeten in unbefristete Stellen sowie für die Pensenaufstockung zu. Ebenso ist die Fraktion klar für die Weiterentwicklung der Betreuungsgutscheine. Sie stimmt auch dem Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 400'000.– zu. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird zustimmen.

**Irina Studhalter:** Die G/JG-Fraktion sieht den Bedarf als ausgewiesen; dieser ist verständlich und nachvollziehbar ausgeführt und begründet – im Bericht und Antrag, an der Kommissionssitzung und soeben auch von der SP-Sprecherin. Natürlich unterstützt die Fraktion beide Nachtragskredite. Der Sprechenden macht vor allem der Nachtragskredit zu den Betreuungsgutscheinen Spass: Es ist politisch eine spannende Situation, nach einem Volksentscheid noch einen Nachtragskredit zu sprechen. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

**Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki:** Der Stadtrat dankt für die gute Aufnahme der beiden Nachtragskredite. Es geht bei den Sozialen Diensten auf der einen Seite darum, die gesetzlichen Vorgaben einhalten zu können und auf der anderen Seite eine professionelle Weiterentwicklung möglich zu machen. Bei den Betreuungsgutscheinen geht es um eine Stärkung des Systems. Das zuständige Team für die Betreuungsgutscheine aus der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie ist daran, das umzusetzen. Man ist sogar bereits beim zweiten Schritt, bei der qualitativen Weiterentwicklung. Es geht also etwas. Der Stadtrat freut sich, dass die beiden Anliegen unterstützt werden und bittet den Grossen Stadtrat um Zustimmung.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 14/2022: «Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie» eingetreten.**

DETAIL

Keine Wortmeldung.

*Seite 10 f. Antrag und Beschluss*

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt einstimmig für die Umwandlung befristeter in unbefristete Stellen sowie eine Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und Standards bei den Sozialen Diensten einen Nachtragskredit zum Budget 2022 von Fr. 330'200.–.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt einstimmig für die Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie einen Nachtragskredit zum Budget 2022 von Fr. 400'000.–.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 14 vom 4. Mai 2022 betreffend

**Nachtragskredit zum Budget 2022 Soziale Dienste und Kinder Jugend Familie**

- **Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen sowie Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben bei den Sozialen Diensten**
- **Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Für die Umwandlung befristeter in unbefristete Stellen sowie eine Pensenaufstockung zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und Standards bei den Sozialen Diensten wird ein Nachtragskredit zum Budget 2022 von Fr. 330'200.– bewilligt.
- II. Für die Weiterentwicklung des Systems der Betreuungsgutscheine bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie wird ein Nachtragskredit zum Budget 2022 von Fr. 400'000.– bewilligt.

**6 Bericht und Antrag 11/2022 vom 6. April 2022:****Postulat 92: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts**

- **Bericht über die Umsetzung**
- **Teilrevision des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen (Plakatierungs- und Wahlversandsreglement) vom 21. März 2019**
- **Antrag auf Abschreibung**

**EINTRETEN**

**Sozialkommissionspräsident Marco Müller:** Die Sozialkommission hat an ihrer Sitzung vom 2. Juni 2022 den B+A 11/2022: «Postulat 92: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts» behandelt. Im vorliegenden Geschäft geht es darum, das Wahlversandsreglement anzupassen. Eine Teilrevision des Reglements ist nötig, weil der Grosse Stadtrat im Frühling 2021 beschlossen hat, zukünftig auf vorfrankierte Wahl- und Abstimmungscouverts umzustellen. Die durchschnittlichen Kosten werden auf Fr. 150'000.– pro Jahr beziffert. In der Sozialkommission war dieses Geschäft unbestritten; sie empfiehlt dem Parlament deshalb einstimmig, der Reglementsanpassung zuzustimmen.

**Peter Krummenacher:** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Erarbeitung des vorliegenden Berichts und Antrags. Es werden interessante Zahlen präsentiert: Die Stimmbeteiligung bei vier Abstimmungen pro Jahr liegt bei durchschnittlich 57 Prozent; bei sechs Urnengängen pro Jahr bei rund 46 Prozent. Ebenfalls ist zu lesen, dass 99,5 Prozent der Stimmenden die briefliche Stimmabgabe nutzen. Mit der Finanzierung der brieflichen Abgabe wird gemäss einer Studie eine Erhöhung der Stimmbeteiligung von knapp zwei Prozent erwartet. Eigentlich ist das sehr enttäuschend und führt bei Einzelnen aus der FDP-Fraktion zur Ablehnung dieses Antrags. Hoffentlich wird diese Studie durch eine zukünftig deutlich höhere Stimmbeteiligung widerlegt. Die Mehrheit der FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag und sieht darin eine – wenn auch teure – Erleichterung für die Bevölkerung zur Teilnahme am demokratischen Prozess. Für eine signifikante Erhöhung der Stimmbeteiligung sind aber andere Massnahmen nötig, z. B. eine Abstimmungspflicht wie sie der Kanton Schaffhausen bereits kennt. Die Mehrheit der FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt der Reglementsänderung zu.

**Selina Frey:** Das schweizerische System der direkten Demokratie ist weltweit einzigartig. In keinem anderen Land hat die Bevölkerung eine so umfassende Mitbestimmungsmöglichkeit wie in der Schweiz. Aktive Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer Demokratie. Wie bereits angetönt wurde, gelangte man in der Politikwissenschaft zur Kenntnis, dass die politische Teilnahme nicht nur an der reinen Stimmbeteiligung gemessen werden kann. Betrachtet man die Stimmbeteiligung nicht ausschliesslich aufgrund der Durchschnittswerte pro Urnengang, sondern danach, wie viele Stimmberechtigte über einen längeren Zeitraum zumindest an einem Urnengang teilnahmen, ergibt sich eine kumulierte Beteiligungsquote von über 75 Prozent. Neben der Gruppe der «Musterbürgerinnen und Musterbürger», die praktisch immer partizipieren, gibt es eine grosse Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sehr selektiv teilnehmen, je nach Interesse, Zeit, Betroffenheit von einem Thema.

In der ganzen Schweiz sehen die Abstimmungs- und Wahlcouverts ähnlich aus, mit einem grossen Unterschied, dass sie in einigen Kantonen und Gemeinden vorfrankiert sind. Alle Versuche, schweizweit vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts einzuführen, scheiterten bisher. Damit in Zukunft die Abstimmungs- und Wahlresultate breiter abgestützt sind, braucht es Massnahmen zur Steigerung der Stimmbeteiligung. Eine dieser Massnahmen wird durch das Postulat 92 gefordert. Die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass es eine sinnvolle und preisgünstige Massnahme ist und zur Erhöhung der Stimmbeteiligung beiträgt. Die Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt den vorgeschlagenen Änderungen des Reglements zu.

**Silvana E. S. Leasi:** Die Mitte-Fraktion bedankt sich für den effizienten und klaren Bericht und Antrag. Die Sprechende versucht, dies in ihrem Votum ebenfalls zu sein. Sie geht mit der Aussage von Selina Frey einher, dass die Stimmbürger in der Schweiz ungleich behandelt werden: Die Stadtbernerin muss die Briefmarke kaufen und aufkleben, bevor sie ihr Stimmcouvert zur Post bringen kann. Dem Basler bezahlt seit Einführung der brieflichen Abstimmung der Kanton das Porto, in Zürich sind die Gemeinden verpflichtet, die Briefe vorzufrankieren. Staatspolitisch gesehen ist das schwierig. In der Stadt Luzern soll nun ebenfalls umgestellt werden. Die Mitte-Fraktion war damals gegen die Einführung von vorfrankierten Couverts, aus dem simplen Grund, dass man an die Eigenverantwortung appellierte. Zu ihrer eigenen Schande muss die Sprechende sagen, dass sie dieser auch nicht immer nachgekommen ist – meist hat ihr der Vater die Briefmarke gesponsert. Der Bericht und Antrag zeigt, dass sich die Kosten für die Umstellung in Grenzen halten und auch die anfallenden laufenden Kosten von Fr. 150'000.– grundsätzlich überschaubar sind, falls sich das Wahlverhalten nicht fundamental verändert. Die Mitte-Fraktion hofft, dass sich damit die Stimmbeteiligung erhöhen wird und erwartet gerne ein Update von Katrin Aeberhard und ihrem Team. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein.

**Daniel Lütolf** dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag. Wie die Luzerner Zeitung schrieb, wird die Forderung des Grossen Stadtrates unüblich schnell umgesetzt. Auch die GLP-Fraktion findet, dass die Forderung sehr schnell umgesetzt wurde und bedankt sich dafür bei allen Beteiligten. Inhaltlich ist der Bericht und Antrag aus Sicht der Fraktion unbestritten. Daher kann er es relativ kurz machen: Die GLP-Fraktion stimmt der Teilrevision des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen zu, und sie stimmt auch zu, das Postulat 92 als erledigt abzuschreiben. Sie hat aber noch ein kleines Anliegen: Im November 2021 machte die Fraktion darauf aufmerksam, dass es auf dem linken Seeufer verteilt drei Abstimmungsbriefkästen gibt, um den Stimmzettel einzuwerfen. Auf dem rechten Seeufer gibt es allerdings nichts dergleichen. Die GLP-Fraktion macht beliebt, beispielsweise im Bourbaki einen zusätzlichen Abstimmungsbriefkasten für die Stimmbevölkerung zu installieren. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

**Maria Pilotto** freut sich, dass das Parlament heute über die Umsetzung des Postulats 92 der SP- und der G/JG-Fraktion beraten kann und dankt der Dienstabteilung für diese Vorlage. Das demokratische System der Schweiz wird hochgelobt, Selina Frey erwähnte es bereits. Trotzdem machen viele nicht mit, sodass Entscheide oftmals nicht von der ganzen Bevölkerung gefällt werden. Hier ist zu bemerken, dass es Leute gibt, die abstimmen möchten, aber denen der Zugang verwehrt ist, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind oder einen Migrationshintergrund haben. Sich aktiv entscheiden, nicht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, gehört jedoch auch zu diesem demokratischen System. Umso mehr bleibt dem Rat mit seinen Mitträgerinnen und -trägern des politischen Systems nicht viel mehr übrig, als hindernde und



auch sachfremde Hürden soweit wie möglich abzubauen. Die Fähigkeit, eine Briefmarke zu besorgen, hat wenig mit politischer Mündigkeit zu tun. Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und heisst die Lösung gut. Die Fraktion hofft, dass mit dem Abbau der Briefmarkenhürde die wissenschaftlich höhere Stimmbeteiligung von rund 2 Prozent erreicht werden kann, oder dass es mit dem Luzerner Modell sogar darüber hinausgeht. Entscheidend wird dabei auch die Kommunikation dieser Neuerung sein. Dazu können wir alle, als Parteien, als Privatpersonen, beitragen.

**Jörg Krähenbühl:** Die SVP-Fraktion ist an der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 11. November 2021 gegen die Überweisung des Postulats 92 gewesen. Für die Fraktion stellt der Zusatzaufwand, eine Briefmarke besorgen zu müssen, keine Hürde dar. Sie ist skeptisch, ob die Finanzierung der Portokosten die Stimmbeteiligung um fast zwei Prozentpunkte zu erhöhen vermag. Die SVP-Fraktion geht nicht davon aus, dass durch die vorfrankierten Abstimmungs- und Wahlcouverts die Wahlbeteiligung signifikant gesteigert werden kann. Trotzdem stimmt sie der Teilrevision des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und der temporären Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen zu. Mit der Abschreibung des erledigten Postulats 92 ist die Fraktion einverstanden.

**Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki:** Auch für den Stadtrat ist eine höhere Stimmbeteiligung sehr wichtig. Aussagen, wie stark die Stimmbeteiligung ohne die (Briefmarken-)Hürde steigen wird, sind heute sehr schwierig zu machen. Im Moment beträgt die Stimmbeteiligung 57 Prozent. Der Durchschnitt der letzten drei Jahre liegt bei 50 Prozent. Bei der vorhin erwähnten Abstimmung vom 28. November 2021, als zwei Eidgenössische, eine kantonale und die städtische Vorlage zur Abstimmung kamen, lag die Beteiligung bei hohen 67 Prozent. Es stimmte eine coronamüde, aber nicht eine demokratiemüde Bevölkerungsmehrheit ab. Selbstverständlich ist es weiterhin möglich, das Wahl- oder Abstimmungscouvert in den Briefkasten beim Stadthaus einzuwerfen. Ein Drittel der Abstimmenden suchte bis anhin den Weg zum Stadthaus. Das ist eine schöne Tradition mit Treffpunktcharakter. Die Einführung der vorfrankierten Abstimmungs- und Wahlcouverts braucht eine kommunikative Begleitung. Die städtische Kommunikation bereitet sich vor und der Stadtrat wird sicher mehrmals darüber informieren.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 11/2022: «Postulat 92: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts» eingetreten.**

DETAIL

*Seite 12 ff. Antrag und Beschluss*

- I. Der Grosse Stadtrat beschliesst die Änderung des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen (Plakatierungs- und Wahlversandsreglement) mit 40 : 4 : 0 Stimmen.**
- II. Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 92 einstimmig als erledigt ab.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 11 vom 6. April 2022 betreffend

**Postulat 92: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts**

– **Bericht über die Umsetzung**

- **Teilrevision des Reglements über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen (Plakatierungs- und Wahlversandsreglement) vom 21. März 2019**
- **Antrag auf Abschreibung,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 und 2, Art. 28 Abs. 1, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

- I. 1. Das Reglement über den gemeinsamen Wahlversand und die temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen (Plakatierungs- und Wahlversandsreglement) vom 21. März 2019 wird wie folgt geändert:

**Reglement über Dienstleistungen und Kostenübernahmen der Stadt Luzern im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen (DKR)**

**Art. 1** *Gemeinsamer Wahlversand*

<sup>1</sup> (bleibt unverändert)

<sup>2</sup> Mit Ausnahme der Herstellung des Wahlwerbematerials gehen die aus dem gemeinsamen Wahlversand entstehenden Aufwendungen zulasten der Stadt Luzern.

**Art. 2** *Temporäre Plakatierung*

<sup>1-3</sup> (bleiben unverändert)

<sup>4</sup> Mit Ausnahme der Herstellung der Wahl- und Abstimmungsplakate gehen die aus der temporären Plakatierung entstehenden Aufwendungen zulasten der Stadt Luzern.

**Art. 3** *Portoübernahme bei brieflicher Stimmabgabe*

Die briefliche Stimmabgabe durch die Stimmberechtigten erfolgt durch das vorfrankierte Rückantwortkuvert. Bei Postaufgabe im Inland trägt die Gemeinde die Portokosten.

**Art. 4** *Vollzug*

Der Stadtrat regelt das Nähere. Er bestimmt namentlich bei der temporären Plakatierung die für die Umsetzung zuständigen Stellen der Verwaltung und kann ihnen auch die Festlegung der Plakatstandorte und die Bestimmung der Anzahl Plakatstellen übertragen.

2. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

- II. Das Postulat 92, Yannick Gauch namens der SP-Fraktion sowie Martin Abele und Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 29. April 2021: «Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts», wird als erledigt abgeschrieben.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

## 7 Bericht und Antrag 13/2022 vom 4. Mai 2022: Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027

### EINTRETEN

**Sozialkommissionspräsident Marco Müller:** Die Sozialkommission hat an ihrer Sitzung vom 2. Juni 2022 den B+A 13/2022: «Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027» behandelt. Aus Gründen der Marktgleichbehandlung der Teilnehmenden schrieb die Stadt Luzern den bestehenden Velodienst und das Veloverleihsystem neu öffentlich aus.

Für den Betrieb des Velodienstes durch die Caritas sollen jährlich Fr. 306'000.– gesprochen werden. Das war in der Sozialkommission unumstritten. Sie empfiehlt dem Parlament einstimmig, diesem Sonderkredit zuzustimmen. Mittels Protokollbemerkung wünscht die Kommission zudem, dass der Veloordnungsdienst rund um den Bahnhof in der Hochsaison auch am Wochenende aktiv ist, nicht nur unter der Woche, wie das bisher der Fall ist.

Beim Veloverleihsystem reichte nextbike als einzige Firma ein Angebot ein. Die Flotte der herkömmlichen Velos soll erneuert und die 370 neuen Fahrräder sollen auf 89 Standorte verteilt werden; das sind 14 Standorte mehr als heute. Zudem sollen neu 100 E-Bikes angeschafft werden. Die herkömmlichen Velos können von Stadtluzernerinnen und Stadtluzernern sowie von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung 30 Minuten kostenlos genutzt werden, was, wenn man die bisherige Praxis anschaut, in den meisten Fällen ausreicht. Bis jetzt konnte man sie vier Stunden kostenlos ausleihen. Die gekürzte kostenlose Dauer wurde in der Kommission kontrovers diskutiert. Eine Mehrheit der Sozialkommission folgte aber dem Vorschlag des Stadtrates und betrachtet eine halbe Stunde kostenlose Ausleihe als genügend. Die Sozialkommission beantragt beim Parlament einen Kredit von Fr. 473'880.– pro Jahr für das Veloverleihsystem von nextbike, inkl. 30 Minuten Gratisnutzung.

**Selina Frey:** Velofahren ist platzsparend, leise, umweltfreundlich, günstig, flexibel, schnell, gesund und hat eine entschleunigende Wirkung. Nextbike ist heute ein nicht mehr wegzudenkendes Mobilitätsangebot in der Zentralschweiz. Ein Veloverleihsystem ist die beste Investition in ein energie- und flächeneffizientes Verkehrsnetz. Damit Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner die Velos von nextbike auch in Zukunft die ersten 30 Minuten kostenlos nutzen können, wird jede Nutzerin und jeder Nutzer mit Fr. 47.40 pro Jahr subventioniert. Das Angebot der Gratisnutzung ist in der Schweiz einzigartig und wird von der G/JG-Fraktion sehr unterstützt. Durch die Erhöhung der Anzahl nextbike-Standorte erhofft sich die Fraktion, dass die verschiedenen Verkehrsmittel noch besser miteinander verbunden werden. Das Veloverleihsystem ergänzt den ÖV auch ausserhalb der Betriebszeiten und für Quartiere, die ein weniger dichtes ÖV-Angebot haben.

An dieser Stelle bedankt sich die Fraktion bei der Caritas Luzern für ihre Arbeit. Leider liegen ihr aber von Pro Velo Luzern Informationen vor, dass die Zufriedenheit mit dem Ordnungsdienst der Caritas nicht immer nur positiv ist. Da es zukünftig in diesem Bereich einige Änderungen geben wird – sie wurden im vorherigen Votum von Marco Müller erwähnt –, wird die Fraktion im Detail eine Protokollbemerkung stellen. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird den beiden Sonderkrediten zustimmen.

**Silvana E. S. Leasi:** Die Mitte-Fraktion bedankt sich für den übersichtlichen Bericht und Antrag. Die Fraktion sieht die Wichtigkeit des Velodienstes und ist erfreut, dass die Caritas den Zuschlag erhalten hat. Die Fraktion wird der Protokollbemerkung zum Dienst am Wochenende während der Hochsaison zustimmen, da auch ihre Mitglieder feststellten, dass teilweise trotz Ordnungsdienst ein Chaos vorherrscht. Das Veloverleihsystem bildet ein flexibles und attraktives Mobilitätsangebot, um von A nach B zu gelangen. Emmi beispielsweise, die Büros in der Peripherie hat, profitiert von dieser Dienstleistung und lässt ihre Mitarbeitenden gratis den Dienst nutzen, da viele mit dem Zug zur Arbeit anreisen.

Die Fraktion freut sich, dass das Netz erweitert wird und neu auch E-Bikes zur Verfügung stehen werden. Sie begrüsst auch, dass die Stadtbevölkerung weiterhin während den ersten 30 Minuten gratis fahren darf. Die Preisgestaltung erscheint der Mitte-Fraktion im Gegensatz zur SP-Fraktion pragmatisch und logisch. Datenerhebungen zeigen, dass ein Grossteil der Nutzenden die Bikes weniger als 30 Minuten verwendet. Die Stadt zeigt im Bericht und Antrag auf, dass sie eingehende Verhandlungen führte – das

konnte sie auch machen, da es nur eine Eingabe gab –, und dass es ihr gelang, die ursprünglichen Kosten zu senken. Im Vertrag ist zudem festgehalten, dass es bei einer Überschreitung eines gewissen Betrags (Gewinn oder Verlust) zu einer Neubeurteilung kommen wird. Der jährlich zu leistende Unterstützungsbeitrag pro Station und Velo ist vergleichbar mit anderen Städten. Eine Erhöhung der Gratisnutzungsdauer würde zu einer Kostensteigerung führen und eventuell bedeuten, dass die Stadt keinen Anbieter und somit auch keine Dienstleistung mehr hätte. Daher wird die Mitte-Fraktion die Protokollbemerkung der SP-Fraktion ablehnen. Sie ist der Ansicht, dass das nextbike nicht das eigene Velo ersetzt. Falls Account-Sharing zum Thema wird, hält die Mitte-Fraktion fest, dass man nicht bei Netflix und Spotify ist. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

**Daniel Lütolf** dankt für den vorliegenden B+A 13/2022: «Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027». Die Förderung des Veloverkehrs ist eine Daueraufgabe der Stadt Luzern und entspricht dem politischen Auftrag gemäss Mobilitätsstrategie. Laut Schätzungen soll der Veloverkehr bis im Jahr 2035 um rund 10 Prozent steigen. Die äusserst erfreuliche Abstimmung zum Ausbau des Velonetzes vom 15. Mai 2022, mit einer Zustimmung von über 71 Prozent, zeigt klar auf, dass die Stadt Luzerner Bevölkerung velofahren will. Das zeigt auch der steigende Beliebtheitsgrad des Veloverleihsystems. 550 Velos sind aktuell an 76 Stationen verfügbar. Über 152'000 Mal hat man im Jahr 2019 Velos ausgeliehen. Im ersten Jahr der Pandemie waren es immer noch 145'000 Mal. Zu den herkömmlichen Velos sollen 370 neu dazukommen und es werden 13 neue Standorte eröffnet. So werden ab dem Jahr 2023 an rund 89 Stationen Velos erhältlich sein. Die GLP-Fraktion begrüsst den Ausbau des Veloverleihsystems. Ebenso ist sie der Meinung, dass die zusätzlichen 100 E-Bikes einen zusätzlichen Anreiz stiften können, damit noch mehr Leute auf den Velosattel steigen. Dass das alles kostet, ist selbstredend. Auch wenn auf den ersten Blick die Kosten hoch erscheinen mögen, ist die Fraktion der Meinung, dass das nicht nur Kosten sind, sondern auch eine sinnvolle und wichtige Investition in die Zukunft. Das Pricing, so wie es vorhin von der Mitte-Fraktion angetönt wurde, ist auch aus Sicht der GLP-Fraktion absolut richtig. Gutes darf und soll auch etwas kosten. Ebenso erachtet die Fraktion die Zeit der ersten kostenlosen 30 Minuten als zweckmässig. So kommen alle relativ gut von A nach B. Es ist auch möglich, sich nach dem Auschecken wieder einzuchecken. Eine längere kostenlose Ausleihdauer zieht die Fraktion nicht in Betracht, zumal Luzern die einzige Stadt in der Schweiz mit einem solchen Angebot ist. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

**Peter Krummenacher:** Auch die FDP-Fraktion dankt für den vorliegenden übersichtlichen Bericht und Antrag. Zur Weiterentwicklung eines gesamtheitlichen, stadtverträglichen Verkehrssystems leistet der Velodienst mit der Velostation einen sehr wichtigen Beitrag. Mit der Zunahme des Veloverkehrs werden die Anforderungen an die Ordnungsdienste massiv zunehmen, auch im weiteren Umfeld des Bahnhofs. Mit der Caritas Luzern hatte die Stadt eine glückliche Hand. Denkt man in die Zukunft, ist es wichtig, einen erfahrenen Partner für diese Dienstleistungen zu haben. Der Sprechende ist überzeugt, dass es mit Caritas Luzern, trotz der im G/JG-Votum angesprochenen Kritik, gut kommen wird. Mit dem Ausbau des Veloverleihsystems durch zusätzliche Standorte, mit dem Austausch der Veloflotte sowie mit der E-Bike-Ergänzung ist die FDP-Fraktion einverstanden und sehr zufrieden. Sie sieht die hohen Kosten als sinnvolle Investition in die Zukunft. Eine Gratisnutzungsdauer von 30 Minuten für die Luzerner Bevölkerung ist auch aus ihrer Sicht absolut genügend und sinnvoll; es braucht, auch aus Kostengründen, keine Verlängerung. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt den Sonderkrediten zu.

**Jörg Krähenbühl:** Obwohl die SVP-Fraktion die Finanzierung der Velodienste und des Veloverleihsystems anfangs nicht unterstützen wollte, ist sie bereit, einen Beitrag an die urbane Mobilität zu leisten. Sie ist nach wie vor der Meinung, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmer, inklusive motorisierter Individualverkehr (MIV), nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Es soll ein Miteinander geben. Die Fraktion erwartet für die Zukunft eine städtische Politik, die auch auf ihre Forderungen Rücksicht nimmt. Sie will nicht, dass Parkplätze ersatzlos gestrichen werden. Der MIV stellt immer noch den grössten Anteil der Verkehrsteilnehmer dar. Das ist auch in Zukunft zu beachten. Die SVP-Fraktion erwartet, dass die Meinung und die Haltung der Fraktion nicht ignoriert wird und bei der Diskussion im Stadtrat und im Stadtparlament auch miteinbezogen und berücksichtigt wird. Die Zustimmung zu den Sonderkrediten ist der Beitrag der SVP-Fraktion an die urbane Mobilität. Allerdings hält sie fest, dass die Mobilität für jeden

vorhanden sein muss, egal welches Fortbewegungsmittel eingesetzt wird. Die Fraktion unterstützt den Antrag, für die Weiterführung der Velodienste der Stadt Luzern für die Jahre 2023–2027 einen Sonderkredit von Fr. 1'530'000.– zu bewilligen. Ebenfalls unterstützt sie den Antrag, für das Veloverleihsystem in der Stadt Luzern für die Jahre 2023–2027, einen Sonderkredit von Fr. 2'369'400.– zu bewilligen.

**Regula Müller:** Die SP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag zur Finanzierung der Velodienste und des Veloverleihsystems. Mit dem zweiten Teil des Berichts und Antrags hatte die Fraktion jedoch ihre liebe Mühe. Aus ihrer Sicht fehlten wichtige Informationen, die sie sich Stück für Stück zusammenrecherchieren musste. Die Fraktion schätzt sehr, dass die Stadt Luzern Beiträge bezahlt, um die Velostation, den Veloordnungsdienst und den Veloverleih möglich zu machen. Die Velostation leistet einen wichtigen Beitrag, dass Velos sicher vor Diebstählen und Vandalismus abgestellt werden können. Der Veloordnungsdienst sorgt für möglichst wenig Chaos bei den Veloabstellplätzen, und der Veloverleih unterstützt die Bemühungen, das Velo als Verkehrsmittel weiter zu stärken. Die Vereinbarungen rund um den Velodienst kann die SP-Fraktion vollumfänglich unterstützen. Sie unterstützt auch die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion.

Wie in einem SP-Postulat aus dem Jahr 2017 gefordert, sollte die Anbieterin für ein Veloverleihsystem in einem offenen Verfahren ausgeschrieben werden. Das ist nun geschehen – nextbike wird den Auftrag übernehmen. Bei den Neuerungen zum Veloverleihsystem begrüsst die SP-Fraktion, dass die Stadt darauf bestanden hat, eine Sozialfirma als Betreiberin zu wählen. Caritas hat den Auftrag übernommen. Die Caritas ermöglicht den angestellten Personen eine Integration in die Arbeitswelt. Sie bietet Arbeitsstellen, die in der freien Marktwirtschaft immer mehr verschwinden. Die SP-Fraktion begrüsst zudem die Erweiterung der Stationen von 75 auf 89 Standorte. Ausserdem sieht die Fraktion die Notwendigkeit, dass das Veloschloss neu via App geöffnet werden kann. Das ist benutzer- und benutzerinnenfreundlich und daher sinnvoll. Beim Punkt «Anschaffung E-Bikes», hatten die Mitglieder der Fraktion ihre Zweifel. Die Mehrkosten sind enorm. Sie können aber verstehen, dass in der hügeligen Stadt Luzern ein Bedürfnis danach besteht. Die SP-Fraktion ist aber ganz und gar nicht einverstanden, dass die Gratisnutzung von vier Stunden auf nur gerade 30 Minuten reduziert werden soll. Bisher konnten die Stadtbevölkerung und die Mitarbeitenden der Stadt von vier Stunden Gratisnutzung profitieren. Dieses Angebot gilt auch für die Regionen rund um Luzern, welche mit nextbike zusammenarbeiten. Es sollte ein flächendeckendes Angebot sein, damit der Verleih über die Stadtgrenzen hinaus unkompliziert funktioniert. Es macht Sinn, dass alle Gemeinden, die mit nextbike zusammenarbeiten, zu denselben Konditionen vermieten. Die bisherige Erfahrung mit der Gratisnutzung von vier Stunden zeigt, dass damit die Velonutzung gefördert werden kann. Die Akzeptanz für den hohen Betrag, den die Stadt an das Veloverleihsystem zahlt, steigt in der Bevölkerung bestimmt, wenn die Gratisnutzung nicht reduziert wird. Die SP-Fraktion wird dazu im Detail eine Protokollbemerkung stellen. Was klammheimlich an Leistung gestrichen werden soll, sind die Mitnahmemöglichkeiten. Bisher konnte jemand, der ein Velo auslieh, über seinen Account zusätzlich Velos für bis zu drei Leuten ausleihen. Das soll neu nicht mehr möglich sein, wird aber im Bericht und Antrag mit keinem Wort erwähnt. Das geht in den Augen der SP-Fraktion nicht, und deshalb wird sie dazu eine Protokollbemerkung stellen.

Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Kredit für die Velodienste zu. Dem Kredit für das Veloverleihsystem kann sie auch zustimmen – der Kredit müsste dann aber, falls die Protokollbemerkung durchkommt, wahrscheinlich erhöht werden.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** dankt für die wohlwollende Aufnahme des Berichts und Antrags. Der Veloverleih gehört heutzutage in vielen Städten zu einem Grundangebot im Bereich der Mobilität. Es hilft der Stadt im Bewältigen des Verkehrs, es hilft, den Verkehr überhaupt sicher abwickeln zu können. Das Velo ist ein flächeneffizientes Verkehrsmittel, umweltfreundlich, es hilft der Stadt in der Umsetzung des Klimaschutzes. Weitere vorteilhafte Attribute des Velos wie «gesund», «flexibel», «entschleunigend» hat Selina Frey in ihrem Votum bereits aufgeführt. Es geht auch darum, Platz freizuschaffen: Platz für den Wirtschaftsverkehr, Platz auf den Fahrbahnen, aber auch im Bereich der Parkierung. Ein Punkt wurde in der Diskussion noch nicht erwähnt: Eine gute Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger ist in Zukunft sehr entscheidend. Gerade jüngere Leute bewegen sich sehr multimodal fort. Sie nutzen das, was für sie gerade geeignet ist und da gehört ein gutes Veloverleihsystem ganz entscheidend

dazu. Der Sprechende erinnert an die Erklärung von Emmenbrücke vom 6. September 2021, als Bundesrätin Simonetta Sommaruga diesen Fokus für die zukünftige Raumplanung und Mobilitätspolitik in Emmenbrücke setzte. Der Veloordnungsdienst hilft, mehr Ordnung vor allem bei der Parkierung zu schaffen, aber auch mehr Raum für andere Verkehrsteilnehmende, wenn Velos zum Beispiel schlecht, falsch oder im Weg abgestellt werden oder wenn andere Bedürfnisse bestehen. Gleichzeitig kann die Stadt mit diesem sozialen Projekt eine Arbeitsintegration ermöglichen. Grundsätzlich will der Stadtrat am System festhalten. Das Ausschreiben von Dienstleistungen, die die Stadt einkauft oder bestellt, gehört zum normalen Ablauf und das macht die Stadt auch bei anderen Dienstleistungen. Es gibt vor allem einen Diskussionspunkt beim Velodienst: Wie kann an Wochenenden in der Hochsaison sichergestellt werden, dass die Velos im Umfeld des Bahnhofs nicht zu viel Raum einnehmen? Vor allem in der Freitag- und Samstagnacht wird manchmal Unfug betrieben. Da ist der Stadtrat bereit, die Protokollbemerkung zu übernehmen. Er will mit der Caritas prüfen, ob mit der Velostation, die am Wochenende offen ist, auch ein minimales Angebot rund um den Bahnhof – vor allem in der Nordwestecke, gegen den Bahnhofplatz hin, bei den Taxiständen – möglich ist, damit man dort dafür sorgen kann, dass die Durchgängigkeit für alle gewährleistet ist und bleibt.

Ein anderer Punkt betrifft die kostenlose Ausleihdauer von 30 Minuten oder von vier Stunden, wie es die SP-Fraktion angesprochen hat. Beim Einführen dieses Angebots hatte der Stadtrat aufgrund des Vorstosses des Parlaments damals auf vier Stunden entschieden. Heute sieht man, dass 30 Minuten zweckmässig sind. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass die meisten Ausleihen weniger als 30 Minuten dauern. Das Netz wird nun verdichtet, d.h., man kann das Velo abstellen und dieses später wieder nutzen. Es entspricht dem Grundgedanken von geteilter Mobilität, dass man ein Fahrzeug, wenn man es gebraucht hat, freigibt und nicht behält, bis man zwei Stunden später nach einer Sitzung, oder drei Stunden nach einer anderen Tätigkeit, wieder ein Velo braucht. Dort, wo man das Velo abstellt, hat es in der Regel, wenn man wieder an diesen Ort zurückkehrt, ein oder mehrere andere Velos. Der Stadtrat ist überzeugt, dass das ein gutes Angebot ist. Dass die Ausleihe für 30 Minuten in der Stadt Luzern und der Region gratis ist, ist in der Schweiz einmalig. Zum Vier-Stunden-Gratisangebot haben zwei Gemeinden bei nextbike nachgefragt und liessen sich von ihnen eine Offerte machen. Die Kosten sind sehr viel höher. Der Stadtrat geht davon aus, dass die zwei Gemeinden das nicht machen werden. Die Stadt und nextbike streben eine einheitliche Lösung an. Die einheitliche Lösung ist mit 30 Minuten vorgesehen und die meisten Gemeinden werden da mitziehen. Natürlich gibt es einzelne Nutzerinnen und Nutzer, die längere Strecken fahren, gerade im touristischen Bereich. Aber dann zahlt man halt nach einer ersten halben Stunde, wenn man in der Stadt Luzern oder in den entsprechenden Gemeinden ein Velo bezieht. Der Stadtrat sieht darin nicht ein falsches Signal Richtung Veloverleih, weil die meisten es so brauchen. In einer halben Stunde kann man praktisch überall hinfahren, vielleicht nicht gerade vom Matthof in den Oberstechenrain, das würde etwas knapp, wenn man nicht so schnell fährt mit einem Leihvelo. Aber die meisten Ziele sind in dieser Zeit gut erreichbar. Wenn man die kostenlose Ausleihdauer ausweiten würde, würde das bedeuten, dass die Stadt mit nextbike neu verhandeln müsste. Es würde einiges mehr kosten. Es wurde der Vorwurf gemacht, der Stadtrat habe klammheimlich ein Angebot abgeschafft. Das trifft nicht zu. Es ist gemäss Auskunft des Facharbeiters nach wie vor vorgesehen, vier Velos pro Account beziehen zu können. Insofern ist die Forderung erfüllt. Aber es sind nicht alle vier Velos gratis. Vielleicht ist das dann der Diskussionspunkt, über den der Grosse Stadtrat debattieren kann, falls die Protokollbemerkung gestellt wird. In dem Sinn dankt Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula für die weitgehend positive Aufnahme des Berichts und Antrags.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 13/2022: «Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027» eingetreten.**

## DETAIL

*Seite 15 2 Zielsetzung*

**Selina Frey:** Weil viele Änderungen anstehen, und auch wegen der geäusserten Kritik von Pro Velo, stellt die G/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung**:

**Der Stadtrat führt nach zwei Jahren eine einfache Zwischenevaluation beim Velodienst und dem Veloverleihsystem durch und informiert die Sozialkommission darüber.**

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Diese Protokollbemerkung wurde dem Stadtrat vorgängig nicht zugestellt. Der Sprechende kann aber sagen, dass der Stadtrat an Rückmeldungen interessiert ist; die Rückmeldung von Pro Velo nimmt der Stadtrat zur Kenntnis. Die Stadt ist mit Caritas ab und an über die Art der Dienstleistungen am Diskutieren. Die Zusammenarbeit ist nicht immer optimal, aber im Grossen und Ganzen erachtet sie der Stadtrat als gut. Der Sprechende kann sich gut vorstellen, dass der Stadtrat in der Sozialkommission regelmässig Bericht abgibt, wie der Stand bei den Velodiensten und beim Veloverleih ist. Der Stadtrat will in diesem Bereich auch dazulernen und sich weiterentwickeln. Peter Krummenacher sprach in seinem Votum ein Problem beim Velodienst an, das der Sprechende auch so sieht. Es wird mehr Velo gefahren, nicht nur mit Leihvelos, sondern auch mit eigenen, was auch das Ziel der Mobilitätspolitik ist. Doch je mehr Leute Velo fahren, desto mehr Platz braucht es, um diese parkieren zu können. Leider gelang es bisher nicht, im Bereich Veloparkierung massiv auszubauen. Einer der Vorschläge wurde abgelehnt. Wenn nicht genügend Abstellplätze zur Verfügung stehen, wird der Bedarf an Veloordnungsdiensten grösser. Nicht zuletzt darum weitete der Stadtrat den Perimeter aus. Es braucht auch an anderen Stellen, wo es eng ist und wo es möglicherweise Hindernisse gibt für zu Fuss Gehende, für Autofahrerinnen und Autofahrer, einen Velodienst, der für Ordnung sorgt. Vielleicht muss man den Perimeter später etwas anders ausrichten. Der Stadtrat wird sicher die Erfahrungen mitnehmen und versuchen, das System zu optimieren.

**Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion**

**Der Stadtrat führt nach zwei Jahren eine einfache Zwischenevaluation beim Velodienst und dem Veloverleihsystem durch und informiert die Sozialkommission darüber.**

zu.

*Seite 16 f. 3.2 Leistungsvereinbarung*

**Sozialkommissionspräsident Marco Müller:** Die Kommission hat folgende **Protokollbemerkung** einstimmig überwiesen:

**Der Stadtrat prüft, den Veloordnungsdienst rund um den Bahnhof in der Hochsaison auch am Wochenende zu installieren.**

Der Stadtrat opponiert im StB 395 der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Somit ist die Protokollbemerkung überwiesen.**

*Seite 20 f. 4.3 Tarife*

**Regula Müller** ist es ein Anliegen, sich zuerst für ihre Aussage, es sei klammheimlich eine Dienstleistung gestrichen worden, zu entschuldigen. Sie hat offensichtlich eine andere Information aus dem Fach erhalten und ist sehr froh, dass Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula das berichtigen konnte und es so ist, wie er es schilderte. Sie nimmt ihn gerne beim Wort und stellt deshalb dazu keine Protokollbemerkung.

Die Sprechende stellt aber im Namen der SP-Fraktion eine **Protokollbemerkung** zu den Tarifen. Wie bereits im Eintreten angekündigt, möchte die Fraktion an den vier Stunden Gratisnutzung festhalten:

**Der Stadtrat prüft in Absprache mit nextbike und den umliegenden Gemeinden, ob die Velos ohne Tretunterstützung weiterhin für vier Stunden gratis der Stadtbevölkerung und den Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden können.**

Aus der Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab.**

*Seite 27 f. Antrag und Beschluss*

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 42 : 0 : 0 Stimmen für die Weiterführung der Velodienste der Stadt Luzern für die Jahre 2023 bis 2027 einen Sonderkredit von Fr. 1'530'000.–.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 42 : 0 : 0 Stimmen für das Veloverleihsystem in der Stadt Luzern für die Jahre 2023 bis 2027 einen Sonderkredit von Fr. 2'369'400.–.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 13 vom 4. Mai 2022 betreffend

**Finanzierung Velodienste und Veloverleihsystem für Luzern 2023–2027,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Für die Weiterführung der Velodienste der Stadt Luzern für die Jahre 2023 bis 2027 wird ein Sonderkredit von Fr. 1'530'000.– bewilligt.
- II. Für das Veloverleihsystem in der Stadt Luzern für die Jahre 2023 bis 2027 wird ein Sonderkredit von Fr. 2'369'400.– bewilligt.
- III. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I und II unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

Pause 10.00–10.30 Uhr



## 8 Bericht und Antrag 15/2022 vom 4. Mai 2022: Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2. Städtische Aufgaben

### EINTRETEN

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 2. Juni 2022 den Bericht und Antrag 15 vom 4. Mai 2022 «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2. Städtische Aufgaben» behandelt. Sie hat vom Bericht zustimmend Kenntnis genommen und drei Sonderkredite über gesamthaft 6,9 Mio. Franken bewilligt.

Beim geplanten Durchgangsbahnhof Luzern handelt es sich um ein Jahrhundertprojekt, das Auswirkungen weit über das Stadtzentrum von Luzern hinaus hat. Entsprechend wichtig ist aus Sicht der Baukommission, dass die Stadt die Chancen, die sich aus diesem anspruchsvollen Projekt ergeben, erkennt und auch nutzt. Damit die Stadt ihre Interessen wahrnehmen und sich am Planungsprozess beteiligen kann, sind entsprechende finanzielle und personelle Mittel erforderlich. Die Baukommission unterstützt das geplante Vorgehen des Stadtrates. Sie hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen und auch den Sonderkredit für die Phase 2 bewilligt.

Intensiv diskutiert hat die Baukommission über das Thema Mobilität rund um den Bahnhof. Im Fokus standen die geplante Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd (PVS) sowie die wegfallenden Parkplätze im Parkhaus P1. Eine Verbindung für Fussgänger und Velofahrende zwischen der Neustadt und dem Tribschenquartier wird von allen Fraktionen gefordert. Jedoch kritisierten verschiedene Fraktionen die hohen Kosten für die PVS. Zudem wurde argumentiert, dass bei Personenunterführungen das Sicherheitsempfinden schlechter sei. Auch die Lage der neuen PVS erachteten einzelne Fraktionen als nicht ideal. Mittels Protokollbemerkungen wurde deshalb verlangt, dass der Stadtrat Varianten mit Überführungen prüft. Eine Mehrheit lehnte dieses Ansinnen jedoch ab. Die entsprechenden Abklärungen wurden nämlich bereits vorgenommen und im Bericht und Antrag wird aufgezeigt, wie der Entscheid zugunsten der PVS zustande kam. Damit die PVS realisiert werden kann, muss jetzt rasch ein Vorprojekt erarbeitet werden.

Der Stadtrat schlägt im Bericht und Antrag vor, die durch den Bau des Durchgangsbahnhofs wegfallenden 377 Autoparkplätze im Parkhaus P1 nicht im Bahnhofsumfeld zu ersetzen. Er will aber zusammen mit dem Kanton Ersatzstandorte für Parkplätze in bestehenden oder geplanten Parkhäusern am Stadtrand prüfen, von denen aus die Innenstadt gut erreichbar ist. Einzelne Fraktionen kritisierten, dass bereits heute zu wenig Parkplätze bestehen und der Bedarf auch in Zukunft klar ausgewiesen sei. Sie verlangten deshalb mittels Protokollbemerkung, dass die Parkplätze im Bahnhofsumfeld zu kompensieren seien. Eine grosse Mehrheit unterstützte das Vorgehen des Stadtrates, wobei einzelne Fraktionen betonten, dass ein adäquater Ersatz zwingend erforderlich sei.

In der Schlussabstimmung nahm die Kommission den Bericht mit 10 : 1 : 0 Stimmen zustimmend zur Kenntnis. Der Sonderkredit über 4,25 Mio. Franken für die Phase 2 des Projekts DBL wurde ebenfalls mit 10 : 1 : 0 Stimmen bewilligt. Den Sonderkredit über 2 Mio. Franken für das Vorprojekt «Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd» bewilligte die Baukommission mit 9 : 2 : 0 Stimmen. Einstimmig bewilligt wurde der Sonderkredit über Fr. 650'000.– für die Testplanung «Steghof». Die Kommission stimmte schliesslich mit 10 : 0 : 1 Stimmen zu, auf das Vorhaben «Velotunnel Bahnhof» gemäss B+A 27/2018 zu verzichten und sie hat mit 8 : 2 : 1 Stimmen die Motion 13 «Sicherung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Luzern» als erledigt abgeschrieben.

**Peter Gmür:** Die Mitte-Fraktion freut sich riesig, dass es mit der DBL-Planung weitergeht. Zumindest in der Stadt nimmt das riesengrosse Jahrhundertprojekt richtig Fahrt auf. Das ist eine Riesenchance für Luzern. Diese muss die Stadt Luzern unbedingt packen. Die Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass sich auch die Stadt mit diesem Projekt intensiv auseinandersetzt, auch wenn noch nicht ganz klar ist, ob der DBL kommt und vor allem, wann er kommt. Bekanntlich ist nichts für die Ewigkeit. Dass man über den Bahnhofplatz nachdenkt, erachtet die Fraktion als nachvollziehbar und gut, auch über die zwei neuen Bahnhofplätze Ost und West wird sicher noch lange diskutiert werden. Für die Mitte-Fraktion ist zwar nicht ganz klar, von wo die wirklich vielen Leute herkommen sollen. Das würde nämlich bedeuten, dass Luzern in den nächsten Jahren recht wachsen müsste. Aber wie gesagt, der Ansatz ist vielversprechend. Die Fraktion wird dem Bericht und Antrag selbstverständlich zustimmen, das vorneweg. Für die Mitte-Fraktion

stellen sich zwei Fragen. Die erste Frage betrifft die Personen- und Velounterführung. Warum wird nicht eine Passerelle gebaut? Eine Passerelle ist viel transparenter und sicherer für alle Benutzer und vor allem für alle Benutzerinnen. Allgemein hat der Sprechende etwas Mühe, wenn alles in den Untergrund verlegt wird, vor allem, wenn oberirdisch genügend Platz vorhanden ist. Die Erklärung der Stadt, der Anstieg sei zu steil für die Velofahrerinnen und Velofahrer, ist eher ein Scheinargument. Man weiss, dass immer mehr Städte mit oberirdischer Infrastruktur planen. Anschauungsunterricht kann man übrigens im Schindler PORT Innovation Lab in Ebikon nehmen. Eine oberirdische Passerelle ist mit Sicherheit einiges nachhaltiger als eine Unterführung. Deshalb wird der Sprechende dazu eine Protokollbemerkung stellen, die er bereits in der Kommission gestellt hat. Der zweite Knackpunkt, er wurde bereits von Rieska Dommann angesprochen, ist das Parkhaus P1. Der Wegfall von P1 ist nachvollziehbar, das ist kein Thema. Es ist auch klar, dass nicht jede Person direkt ins Zentrum fahren muss. Enttäuscht ist aber die Mitte-Fraktion darüber, dass der Stadtrat keinen Kompromiss aufgezeigt hat. Für die Fraktion ist völlig klar, dass in unmittelbarer Nähe kein Ersatz vorhanden ist. Aber eine Aufstockung oder zumindest eine Teilaufstockung des Parkhauses P3 wäre zumindest eine Möglichkeit. Des Weiteren macht die Fraktion effektiv etwas stutzig, dass der Stadtrat im gesamten Bericht und Antrag nichts über die wegfallenden Einnahmen des P1 verlauten lässt. Anscheinend will der Stadtrat auf diese Einnahmen einfach verzichten. Aufgrund von dem wird die Mitte-Fraktion in den nächsten Tagen einen Vorstoss machen, der diese Thematik ansprechen wird. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, freut sich auf die Planung und wird zustimmen. Die Fraktion wird beim Beschluss Ziffer III und Ziffer VI ablehnen.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den umfassenden und gut nachvollziehbaren Bericht und Antrag. Der Durchgangsbahnhof ist für unsere Region, und speziell auch für die Stadt Luzern, eine einmalige Chance – eben ein Jahrhundertprojekt. Es ist ein Projekt, das vor allem für die Mobilität der Region einen Quantensprung darstellt. Dank dem Durchgangsbahnhof wird eine echte S-Bahn möglich und somit ein stark verbessertes ÖV-System im ganzen Kanton und in der Region. Das schafft in der Kernstadt mehr Platz auf den Strassen für diejenigen, die wirklich mit dem Auto direkt zum Bahnhof, zum KKL oder zu den SGV-Stationen gelangen wollen. Allen ist klar: Der DBL ist ein äusserst anspruchsvolles Projekt. Die Projekt-Komplexität macht es deshalb nötig, sehr eng und gut mit all den beteiligten Partnern zusammenzuarbeiten. Man hört es immer wieder: Es braucht noch viel Überzeugungsarbeit. Die Region muss klare und überzeugende Signale nach Bern senden und Geschlossenheit zeigen, damit die eidgenössischen Räte im Frühjahr 2027 auch wirklich Ja zur Realisierung dieses Jahrhundertprojekts sagen. Die Quintessenz dieses Berichts und Antrags zeigt einmal mehr, dass das Projekt DBL nur gelingt, wenn alle relevanten Partner am gleichen Strick ziehen. Der Stadtrat will das auch – das ist spürbar! Das Projekt Durchgangsbahnhof ermöglicht auch einmalige städtebauliche Chancen für die Stadt Luzern. Das Zentrum kann weiterentwickelt werden, es kann mehr Raum geschaffen werden, was zu mehr Aufenthaltsqualität, zu einer attraktiveren Visitenkarte um den Bahnhof und einer besseren Verknüpfung der umliegenden Quartiere führen wird. Damit können endlich die beengten Platzverhältnisse aus den 80er-Jahren behoben werden. Das ist dringend nötig, weil mit dem Durchgangsbahnhof auch mehr Menschen ankommen, umsteigen oder verreisen.

Die FDP-Fraktion unterstützt die sieben im Bericht und Antrag formulierten Grundsätze des Stadtrates, welche die Ziele für Mobilität und Städtebau festsetzen. Das zum Grundsätzlichen; der Sprechende geht nun auf zwei Detailthemen (Parking P1 und Personenunterführung Bahnhof Süd), die im Bericht und Antrag aufgeführt sind, ein:

Es ist für die FDP-Fraktion nachvollziehbar, dass das Parking P1 entfällt, weil der DBL diesen Platz beansprucht. Die Fraktion will aber klar einen Ersatz. Das stellt auch der Stadtrat im Einklang mit dem Kanton in Aussicht. Die Fraktion ist einverstanden, dass ein Ersatz des P1 nicht zwingend im Bahnhofgebiet liegen muss. Aber sie nimmt den Stadtrat beim Wort. Die Lösung liegt noch nicht auf dem Tisch, aber sie muss kommen. Der FDP-Fraktion ist es auch hier wichtig, dass eine Lösung nur gemeinsam mit dem Kanton gefunden werden kann.

Das Projekt «Personenunterführung Bahnhof Süd (PVS)» findet die FDP-Fraktion, im Gegensatz zum Vorredner der Mitte-Fraktion, wichtig. Sie ist ein entscheidender Bestandteil, um das Quartier Tribtschen besser mit der Kernstadt zu verbinden. Natürlich sind die Kosten für sich allein betrachtet hoch, aber im Zusammenhang mit einem Jahrhundertprojekt ist der langfristige Nutzen zu wichtig. Darauf sollte nicht verzichtet werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die FDP-Fraktion klar alle Ziele des vorliegenden Berichts und Antrags, mit den spezifischen Aufgaben für die Stadt, unterstützt. Die Fraktion nimmt den Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis und stimmt den Anträgen von Ziffer I bis Ziffer VII zu. Für die FDP-Fraktion ist klar: Sie will diesen Durchgangsbahnhof und es muss gemeinsam mit allen Partnern im Kanton und in der Region alles darangesetzt werden, dass der DBL realisiert werden kann. Die FDP-Fraktion will insbesondere auch, dass alle Chancen genutzt werden, damit der DBL mit seinen Begleitprojekten langfristig auf Stadtgebiet seinen maximalen Nutzen entfalten kann. Denn Jahrhundertprojekte fallen nicht alle Tage an – es gilt, dieses Opportunitätsfenster maximal zu nutzen.

**Stefan Sägesser:** Auch die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den zweiten Bericht und Antrag zum Durchgangsbahnhof, vormals Tiefbahnhof. Es ist ein Projekt, das das Parlament schon länger beschäftigt und auch Thema der öffentlichen Diskussion ist. Der Bericht und Antrag ist sehr umfassend und hat einen dramatischen und dramaturgischen Aufbau. Es ist zu hoffen, dass es nachher nicht zu einer Oper wird, die mit Getöse untergeht. Für das braucht es alle, die mehr oder weniger am gleichen Strick ziehen, sein Vorredner erwähnte es bereits. Der GLP-Fraktion gefällt an diesem Bericht und Antrag, dass die Stadt Luzern nicht mehr alleine für dieses sogenannte Jahrhundertprojekt kämpft, sondern mit Partnern zusammen. So wie es tönt, ist die Stadt nicht ideologisch geprägt, sie schaut nicht nur für sich und es ist auch nicht so, dass sie niemanden in der Stadt haben will, wie teilweise vorgeworfen worden ist. Das Gegenteil ist der Fall: Der Bericht und Antrag zeigt auf, dass man bei diesem Projekt einerseits mit dem Gemeindeverband, mit den K5-Gemeinden und vor allem mit dem Kanton zusammenarbeitet und andererseits auch mit dem Verkehrsverbund Luzern und der SBB. Die wesentlichen Player sind alle an einem Tisch bzw. an mehreren Tischen. Dass das grosse, komplexe Gebilde durchstrukturiert wird in verschiedene Teilprojekte, findet die GLP-Fraktion sehr gut. Sie hat aber immer noch etwas Bedenken, ob die Stadt die Gesamtübersicht und die Fäden in der Hand behalten kann. In der öffentlichen Wahrnehmung steht wie immer vor allem die Parkplatzdiskussion im Vordergrund. Lustigerweise wird die Parkplatzdiskussion, um es etwas präziser zu sagen, vor allem auf den Autos geführt. Mit den Velos hat die Stadt aber auch ein Problem, nämlich ein etwa zehn- bis zwanzigmal grösseres Problem, betrachtet man die Anzahl Veloparkplätze. Die Frage muss also lauten: Was passiert mit dem P1 oder mit den Veloparkplätzen? Die Stadt hat prinzipiell ein Problem mit der Parkierung. Es gibt eine strategische Ausrichtung, wie viel die Stadt in den nächsten paar Jahren wachsen wird und wie es mit der Wohnbevölkerung, mit den Arbeitsplätzen aussehen wird. Das Wachstumspotenzial liegt in beiden Bereichen bei plus/minus 15'000 Personen, die in den nächsten 20 Jahren in der Stadt wohnen und arbeiten sollen, denn es besteht immer noch das Ziel, zwischen Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen ein Gleichgewicht von eins zu eins zu haben. Nicht nur das, sondern das ganze Mobilitätskonzept zeigt, dass die Stadt in allen Bereichen (MIV, Velo und ÖV) wachsen wird. Seit Jahren werden Hubs für den ÖV diskutiert und gebaut, man plant einen Durchgangsbahnhof, der der Idee des Grossraums Stadt Luzern gerecht werden soll, und trotzdem haben alle das Gefühl, sie müssten mit dem Kinderwagen bis direkt zum Bahnhof fahren können. Darin sieht der Sprechende eine Problematik, die sich stellen wird und für die eine Lösung gefunden werden muss. Einer dieser Lösungsansätze ist das Gesamtverkehrskonzept, das der Kanton Luzern unter Beteiligung der Stadt erstellen wird. In diesem Zusammenhang muss die Situation Bahnhof Nord, Ost und West im Grossraum der Stadt Luzern angeschaut werden. Die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass man auf den Gesamtverkehrsbericht warten muss, um zu wissen, ob und wo es wirklich Sinn macht, Parkplätze zu bauen und welche Parkplätze es für welches Gefährt braucht. Insofern begrüsst die Fraktion das sehr pragmatische Vorgehen. Es gefällt ihr, weil es nicht polemisch ist – ganz im Gegensatz zu Diskussionen, die bereits eingesetzt haben. Wenn der Sprechende hört, dass sogar Ersatzparkplätze für das Parkhaus P1 unter dem Inseli geplant werden oder als Idee vorhanden waren, dann staunt er selbstverständlich. Es ist ein emotionales Thema und es muss im Interesse aller sein, einen pragmatischen Ansatz dazu zu finden. Das andere Thema, das im Rat auch angesprochen wurde, ist das Beerdigen des Velotunnel-Projekts. Die GLP-Fraktion ist froh, dass die bisher vorhandenen 430 Parkplätze mit Eingang Habsburgerstrasse bestehen bleiben. Die Fraktion erachtet die Verbindungsachse der Quartiere als einen wesentlichen Punkt, auch wenn sie die Verschiebung an die Waldstätterstrasse bedauert. Das Vorhaben ist teuer. Für so hohe Kosten braucht es einen echt guten Nutzen. Darüber muss noch diskutiert werden. Die GLP-Fraktion unterstützt, dass die Planung jetzt angegangen wird und man auf diese Weise erfährt,

wo genau die Verbindungsachse durchführen soll, wie gross diese sein soll, wie der Fuss- und Veloverkehr voneinander getrennt werden kann und was man zur Verbesserung des gefühlten Sicherheitsempfindens unternehmen kann. In dem Sinn möchte die Fraktion nochmals loben, wie das zurzeit aufgegleist ist. Sie unterstützt die verschiedenen Stossrichtungen und Massnahmen. Sie ist dankbar für das Zusammenarbeiten mit der Region, mit dem Kanton, und sie ist auch froh, dass im Vorfeld viele gute Unterlagen zur Verfügung standen, um das Projekt gesamthaft beurteilen zu können. Insofern möchte der Sprechende festhalten, dass es schade ist, wenn am Schluss nur über Parkierungsmöglichkeiten von Autos und Velos gesprochen wird, denn das Projekt ist deutlich grösser als die zwei Gefährte, die unser Leben begleiten. Die GLP-Fraktion wird den Durchgangsbahnhof weiterhin unterstützen, auf den Bericht und Antrag eintreten und allen Anträgen zustimmen.

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht und Antrag. Für die Fraktion ist es offensichtlich: Die Stadt hat einen Plan, wenn es ums Handling dieses Megaprojekts bzw. der Komponenten geht, zu denen die Stadt vor Ort gefragt ist, weil es den Lebensraum der Luzernerinnen und Luzerner unmittelbar betrifft und betreffen wird. Die SP-Fraktion begrüsst insbesondere die politische Stossrichtung der Ziele. Da fliessen umfassende Ansprüche ein, die man sich auf den Ebenen über der Stadt sicher nicht in dem Ausmass überlegen würde. Über dem Ganzen steht ein bisschen die Unbekannte, ob das Projekt überhaupt je realisiert wird. Luzern ist nun mal verkehrstechnisch nicht die relevanteste Region des Landes und steht in Konkurrenz zu anderen Megaprojekten in anderen Metropoliträumen der Schweiz. Ausserdem «lohnt» sich das Projekt Durchgangsbahnhof (DBL) im Moment noch zu wenig für den Bund. Der Modalsplit von unserer Region muss sich beispielsweise noch massiv Richtung ÖV verändern, damit die neugeschaffenen Kapazitäten auch auf eine Passagierfrequenz kommen, die diese riesige Baustelle rechtfertigt.

Geht man aber davon aus, dass der Durchgangsbahnhof kommt, blüht der Stadt einiges. – Damit leitet der Sprechende über zu Kritikpunkten der SP-Fraktion an diesem Bericht und Antrag. Ein Kritikpunkt ist die Volksabstimmung über den Velotunnel, die nicht umgesetzt wird. Nach dem Inseli ist das der zweite Urnenentscheid innerhalb weniger Monate, bei dem der Stadtrat eigenmächtig einen anderen Weg einschlägt. Bei der Abstimmung hiess es damals, dass der Stadtrat für den Velotunnel mit Projektierungs- und Baukosten in der Höhe von 8,75 Mio. Franken rechne. Die neue Variante bei der Waldstätterstrasse soll jetzt 44,4 Mio. Franken kosten (+/-40%). Das ist fünfmal mehr! Kein Wunder, es muss ein völlig neues Loch gegraben werden. Für die SP-Fraktion ist das einerseits ärgerlich, weil es nach der abgelehnten Velostation erneut eine massive zeitliche Verzögerung für die Veloförderung in der Stadt Luzern bedeutet. Erlebte man nicht erst gerade am letzten Abstimmungssonntag eine satte Mehrheit für mehr Veloförderung? Andererseits soll das Parlament jetzt nochmals 2 Mio. Franken für ein neues Projekt bewilligen, ohne dass klar ist, wie viel die Stadt sich dereinst an den Gesamtkosten beteiligen muss. Zudem handelt es sich erst um ein Vorprojekt. Mit den 1,27 Mio. Franken aus der Volksabstimmung hätte wenigstens ein fixfertiges Bauprojekt vorgelegen. Wie geht der Stadtrat mit der Tatsache um, dass er erneut einem Volksverdikt nicht nachkommen kann? Dass man sich erneut mit der Argumentation DBL rechtfertigt und sagt, es lohne sich nicht mehr? Je nach Verhandlungsgeschick des Stadtrates muss die Bevölkerung im dümmsten Fall ein Vielfaches für dieses Bauprojekt ausgeben. Zudem wird es erst Jahre später als das andere, über das abgestimmt worden ist, fertiggestellt sein. Die SP-Fraktion sieht hier die latente Gefahr eines Millionengrabs: Jetzt werden zwei, drei Jahre fleissig Pläne gemacht, dann wird klar, dass es die Stadt anteilmässig zirka 18 Mio. Franken kosten wird, es gibt eine Volksabstimmung über diesen Betrag – und dieser wird abgelehnt, weil es einfach zu teuer ist. Es gibt eine wichtige Erkenntnis aus der Abstimmung über die Velostation vor ein paar Monaten: Auch Linke haben sich wegen der Kosten dagegen ausgesprochen. Der Sprechende wendet sich an den Stadtrat und bittet ihn, das Gegenteil zu beweisen: Warum soll dieses Szenario hier nicht eintreten?

Die SP-Fraktion wird deshalb im Detail eine Protokollbemerkung stellen, die Transparenz bei den Kosten zum Abschluss des Vorprojekts fordert. Trotz dieses Wermutstropfens möchte sich die Fraktion auf dieses Jahrhundertprojekt DBL freuen und es mit ihren Mitteln politisch zum Fliegen bringen. Darum tritt die SP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein, unterstützt die Protokollbemerkungen der Kommission und stimmt zu.

**Patrick Zibung** dankt für den ausführlichen Bericht und Antrag. Die SVP-Fraktion äusserte sich bereits vor einem guten Jahr kritisch zu den Resultaten der Testplanung. Um es klar und deutlich zu sagen: Die SVP-Fraktion will aus der Stadt Luzern keinen Ballenberg 2.0 machen, sieht überbeuerte Luxusprojekte kritisch und nimmt deshalb den Stadtrat beim Wort, der im Bericht und Antrag schreibt, dass man einseitige Partikularinteressen nicht allzu stark gewichten wolle. Den Projekten Bahnhofplatz Ost, West und Nord steht die Fraktion einerseits offen, andererseits aber auch kritisch gegenüber. Beim Bahnhofplatz West soll offenbar eine weniger grosse Fläche künftig zur Verfügung stehen. Die weitere Nutzung der bestehenden Zentralbahngleise ist aktuell unklar. Der Fraktion stellt sich daher die Frage, wo man Stand heute diesen Bahnhofplatz West sieht und ob das Auswirkungen auf die Kapazität der Zentralstrasse hat, konkret, ob es zu Fahrverboten und Teilsperren kommen wird, so wie das in der Testplanung vor gut einem Jahr angetönt worden ist. Eine ähnliche Fragestellung entsteht auch beim Bahnhofplatz Ost. Zu diesem Punkt wird der Rat heute nochmals diskutieren. Die Fraktion ist froh, dass der Stadtrat zumindest bei dieser Fragestellung mit einer weiteren Sperrung abwarten will. Das hat er ausführlich in der Antwort auf einen entsprechenden Vorstoss geschrieben. Der Sprechende erwähnte vorhin Ballenberg 2.0 und meinte damit insbesondere die Visualisierungen des Bahnhofplatzes Nord. Für die Fraktion ist klar, dass der Bahnhof weiterhin für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben muss; also auch fürs Auto und den öffentlichen Verkehr, so weit wie nötig. Die SVP-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, beim Bahnhofplatz Nord weitere grosse Aufenthaltsflächen zu schaffen. Niemand kommt wegen des Bahnhofplatzes nach Luzern, es ist ein Durchgangsort und muss es auch bleiben. Die Funktionalität steht für die Fraktion im Vordergrund, zumal sie der Überzeugung ist, dass es im Raum Bahnhof und Universität mit der Ufeschötti, dem Inseli und Vögeligärtli sowie der Umgestaltung der Bahnhofstrasse, die in Planung bzw. in Arbeit ist, um nur ein paar wenige zu nennen, genügend Aufenthaltsflächen gibt. Natürlich ist es begrüssenswert, ein schönes Tor zu haben für Zugreisende, die nach Luzern kommen. Der Sprechende ist aber der Meinung, dass das bereits heute der Fall ist. Es gibt einen Torbogen und eine schöne Promenade am See. Weitere Aufwertungen sieht die SVP-Fraktion eher als fehl am Platz und als unnötig an, zumal sie wahrscheinlich die Funktionalität einschränken würden. Im Raum Bahnhofplatz Nord befindet sich für die SVP-Fraktion der nächste sehr ärgerliche Punkt: Es geht um das Parkhaus P1. Die Ausführungen dazu im Bericht und Antrag sind für die Fraktion ein grosses Ärgernis. Da schreibt man, man hätte eine Studie gemacht, die zum Schluss kommt, dass das Parkplatzangebot bereits heute knapp ist; das wird gemäss Medienberichten der Betroffenen, beispielsweise von der SGV und vom KKL, auch so bestätigt. Von einem Stadtrat, der sonst immer darauf pocht, dass man auf Experten und Forscher hören soll, hätte der Sprechende etwas anderes erwartet, nämlich dass er sagt, die Experten werden wohl recht haben. Jetzt kommt man aber nach einer Studie, die wahrscheinlich wieder ein paar zehntausend Franken gekostet hat, zum Schluss, es braucht die Parkplätze, aber aus politischen Gründen will man diese gar nicht. Vor gut einem Jahr ist der SVP-Vorstoss im Rat behandelt worden. Man hat das Postulat entgegengenommen. Der Sprechende glaubt nicht, dass der Stadtrat in der Zwischenzeit seine Meinung fundamental geändert hat bezüglich der Parkplatz- und der Verkehrspolitik. Die SVP-Fraktion hätte es ehrlicher gefunden, wenn der Stadtrat bereits damals gesagt hätte, er wolle die Parkplätze dort sowieso nicht, oder er wolle sie z. B. ausserhalb der Stadt oder des Bahnhofgebiets kompensieren. Für die SVP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, dass man beim Abbau der Parkplätze Klimaziele berücksichtigt. Man spricht vom Zeithorizont 2040. Kürzlich konnte man vernehmen, dass in Europa ab 2035 keine Verbrennerfahrzeuge mehr zugelassen werden sollen. Die Klimaziele haben am Schluss keinen Einfluss mehr darauf. Deshalb ist das Argument für die SVP-Fraktion obsolet. Auch dass mit den Oberflächenparkplätzen rund um den Bahnhof argumentiert wird, ist für den Sprechenden schlicht irreführend. Der Sprechende erinnert an die Klimastrategie, die der Grosse Stadtrat kürzlich behandelt hat und mit der ein Abbau von 50 Prozent der Parkplätze angestrebt wird. Aus seiner Sicht ist es nicht ehrlich, mit den Oberflächenparkplätzen zu argumentieren, denn bis zum Zeitpunkt, wenn der Durchgangsbahnhof realisiert sein soll, werden diese reduziert sein. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, ihren Vorstoss heute nicht abzuschreiben. Ein genauso grosses Ärgernis für die SVP-Fraktion sind die Ausführungen zur geplanten Velo- und Fussgängerunterführung. Die Fraktion sagte bereits im Jahr 2018, dass das nicht nötig ist. Nun hat man wieder ein paar hunderttausend Franken ausgegeben, um zum gleichen Entscheid zu kommen. Man hätte damals schon auf die SVP-Fraktion hören und sich so das Geld sparen können. Auch das neue Projekt, das jetzt für 44 Mio. Franken angedacht ist, ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll. Die Fraktion wird Anträge bzw.

Protokollbemerkungen unterstützen, die zum Ziel haben, dieses Projekt nochmals vertieft prüfen zu wollen. Der Sprechende erinnert an die Velostation, die knapp die Hälfte gekostet hätte. Man wird den Eindruck nicht los, dass man sich unbedingt ein Denkmal setzen will. Am Schluss wird es vielleicht vom Volk gar nicht gutgeheissen. Die SVP-Fraktion wird daher den Kredit über 2 Mio. Franken ablehnen. Der Testplanung Steghof stimmt die Fraktion zu. Sie begrüsst eine Verlängerung des Freigleises. Dem Sonderkredit von 4,25 Mio. Franken wird die Fraktion trotz Vorbehalten zu den erwähnten Bahnhofplätzen zustimmen. Der Abschreibung des SVP-Vorstosses wird die Fraktion nicht zustimmen bzw. sie wird den Antrag stellen, dass dieser nicht abgeschrieben wird. Der Sprechende hat zwar in seinem Votum grundsätzlich viel aus dem Bericht und Antrag kritisiert, betont aber ausdrücklich, dass die SVP-Fraktion hinter dem Durchgangsbahnhof steht. Die Fraktion will, dass dieser realisiert werden kann. Sie findet auch richtig, was die Stadt rund um den Bahnhof plant, damit die Stadt nachher ein möglichst gutes Umfeld hat. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird am Schluss vielen Punkten zustimmen.

**Martin Abele:** Man kann die Bedeutung des Durchgangsbahnhofs Luzern nicht genug betonen. Der Sprechende freut sich, dass die meisten Fraktionssprecher das heute auch schon gemacht haben. Es ist zwar schon oft gesagt worden, aber der Durchgangsbahnhof ist wahrhaft ein Jahrhundertprojekt und bringt einen Quantensprung für den öffentlichen Verkehr, nicht nur in Luzern, sondern in der ganzen Zentralschweiz und darüber hinaus. Heute verhindern verschiedene Engpässe die Weiterentwicklung des ÖV-Systems im Raum Luzern: Zu nennen sind die einspurige Strecke entlang des Rotsees und das Nadelöhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Luzern.

Mit dem Durchgangsbahnhof, der jetzt in die zweite Phase geht, erhält Luzern die dringend benötigte Kapazität für einen markanten Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Nur mit dem Durchgangsbahnhof ist es möglich, die S-Bahn auszubauen. Dank dem Durchgangsbahnhof wird es ein S-Bahn-System geben, das seinen Namen verdient. Es wird endlich der 15-Minuten-Takt eingeführt werden können und es werden neue S-Bahn-Stationen auf Stadtgebiet entstehen. Konkret sind die beiden zusätzlichen S-Bahn-Haltestellen Steghof und Ruopigen Teil dieses Berichts und Antrags, weitere am Pilatusplatz oder Kreuzstutz könnten folgen.

Der Durchgangsbahnhof wird den öffentlichen Verkehr aber auch auf dem Fernverkehrsnetz attraktiver machen und somit einen Nutzen weit über die Region hinaus bringen. Man erwartet einen Fahrzeitgewinn auf der Nord-Süd-Verbindung via Luzern von einer halben Stunde, was einerseits der Bevölkerung in der Agglomeration Luzern, aber andererseits auch der Wirtschaft im Raum Luzern nützt. Luzern rückt näher an die grossen Zentren, das steigert die Attraktivität als Arbeitsort und Tourismusdestination ganz erheblich.

Nicht zuletzt ist der Durchgangsbahnhof aber auch aus Sicht der Stadtentwicklung eine grosse Chance. Die Stadt hat bereits skizziert, wie das Gebiet rund um den Bahnhof Luzern entwickelt werden könnte; dazu wurden verschiedene Präsentationen gezeigt. Angedacht sind zum Beispiel zwei neue Bushubs im Westen und Osten des Bahnhofs, die gleichzeitig die Chance bieten, im Norden, beim heutigen Bahnhofplatz, einen neuen, attraktiven Platz zu planen. Die G/JG-Fraktion bedauert ausserordentlich, dass die SVP-Fraktion der Bevölkerung der Stadt Luzern die Chance verwehren will, zwischen Bahnhof und See einen grossen, breit nutzbaren Raum zu erhalten, der nachher deutlich attraktiver sein wird als die heute ziemlich unzumutbare Situation. Heute wird der Bahnhofplatz nämlich vor allem durch zahlreiche Bushaltestellen und durch den Bus- und Autoverkehr rund um den Platz dominiert. Das ist wahrlich keine Visitenkarte! Neue Entwicklungen wird es auch an der Zentralstrasse und rund um die Universität geben. All die Chancen sollen genutzt werden und wir sollten alles daransetzen, dieses Vorhaben zu unterstützen. Diskussionen rund um ein Parkhaus, das im Rahmen dieses zukunftsweisenden Projekts zwangsläufig weichen muss, sind nicht zielführend. Die Krokodilstränen, die von gewissen Kreisen wegen der verlorenen Parkplätze im Parkhaus P1 vergossen werden, sind fehl am Platz. Die Stadt hat hier ganz vorbildlich gearbeitet und aufgezeigt, dass es auch nach Wegfall der Parkplätze im P1 noch genügend Parkplätze rund um den Bahnhof geben wird. Eine Auswertung der Schrankendaten der Tiefgarage Bahnhofplatz AG (TAG) hat zudem aufgezeigt, dass nur 10–17 Prozent der Autos länger als 4,5 Stunden dort parkiert sind, also von Personen für den Tagestourismus (z. B. mit dem Schiff oder z. B. für Tagesveranstaltungen im KKL) genutzt werden. Am Sonntag sind 43 Prozent der Parkierungen unter einer Stunde, dienen also hauptsächlich für den Einkauf im Bahnhofshopping.

Die G/JG-Fraktion begrüsst den vom Stadtrat schon länger verfolgten Ansatz einer angebotsorientierten Verkehrsplanung, damit die geplante Veränderung des Modalsplits realisiert werden kann. Die Fraktion begrüsst ausserdem, dass der Stadtrat sich über das Vorgehen auch mit dem Regierungsrat abgestimmt hat. Zudem ist explizit vorgesehen, dass es künftig ein Reservationssystem gibt, sodass das KKL, die SGV, die Klinik Hirslanden etc. sicher sein können, dass die benötigten Parkplätze reserviert werden können und zur Verfügung stehen. Auch für Menschen mit Beeinträchtigungen können Plätze reserviert werden. Für all diejenigen, die wirklich auf ein Parkhaus angewiesen sind, stehen schon allein mit den Parkhäusern P2 und P3 genügend Parkplätze zur Verfügung. Es wird weitere Parkhäuser geben in der näheren Umgebung, sodass es sicher keinen Mangel an Parkplätzen geben wird. Für alle anderen, die nicht zwingend darauf angewiesen sind, mit dem Auto direkt zum Bahnhof fahren zu müssen, wird die Situation bezüglich öffentlicher Verkehr, Fuss- und Veloverkehr massiv verbessert. Der Stadtrat hat hier in Bezug auf den Verkehr eine wahrhaft ganzheitliche Lösung ausgearbeitet.

Zuletzt möchte der Sprechende doch noch einen kleinen Wermutstropfen aus diesem Bericht und Antrag erwähnen, nämlich dass der vorgesehene Velotunnel bei der heutigen Unterführung nicht realisiert werden kann und somit auch die vom Volk beschlossene Velorampe an der Habsburgerstrasse entfällt. Immerhin verläuft die direkte Veloverbindung von der Moosstrasse/Obergrundstrasse zum Bahnhof durch die Habsburgerstrasse. Dort muss jetzt eine Umwegverbindung geschaffen werden. Die Fraktion ist gespannt auf den Lösungsvorschlag des Stadtrates. Aber die Fraktion muss die projektbedingten Umstände akzeptieren und ist deshalb froh, dass der Stadtrat eine Alternative für die wichtige Traverse zwischen Neustadt- und Tribtschenquartier gefunden hat. Sie unterstützt die hier vorgeschlagene Lösung der Personen- und Velounterführung Süd (PVS), die auch für Fussgängerinnen und Fussgänger den direkten Zugang zu den Gleisen ermöglicht. Das wäre mit einer oberirdischen Lösung nicht sinnvoll möglich, und die Chance, dass sich die SBB an den Kosten beteiligt, wäre deutlich kleiner. Darum wird die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion ablehnen. Wichtig ist bei der vorliegenden Kombi-Lösung, dass der Fuss- und Veloverkehr gut entflechtet wird, damit sich alle sicher fortbewegen können.

Die G/JG-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis, stimmt dem Sonderkredit von 4,25 Mio. Franken zu und bewilligt das Vorprojekt für die Personen- und Velounterführung sowie die Testplanung Steghof.

**Baudirektorin Manuela Jost** dankt im Namen des Stadtrates für die grundsätzlich positiven Voten vor allem zum grossen Projekt Durchgangsbahnhof, aber auch zum Bericht und Antrag und den aufgezeigten nächsten Schritten. Beim Jahrhundertprojekt DBL ist der Stadtrat genauso wie das Parlament überzeugt, dass das von sehr grosser Chance und von enorm grosser regionaler und nationaler Bedeutung ist. Es ist ein Quantensprung für die Mobilität und hilft, das Mobilitätswachstum, das prognostiziert ist und von dem man weiss, dass es in Luzern und vor allem auch in den Agglomerationen stattfinden wird, abzufedern. Der Durchgangsbahnhof ermöglicht ein echtes S-Bahn-System, nicht nur mit mehreren Haltestellen, sondern auch mit einem 15-Minuten-Takt. Der ÖV kann dank dem DBL seine Funktion als Mobilitätsrückgrat der Region wahrnehmen und so die Anteile der zusätzlichen Mobilität aufnehmen. Die Veränderung des Modalsplits muss die Stadt noch beweisen, das ist ein wichtiges Thema. Wenn die Stadt es schafft, die Veränderung des Modalsplits in Richtung ÖV zu bringen, werden die Strassen entlastet. Es wurde gesagt, der Stadtrat nehme keine Rücksicht auf jene, die das Auto brauchen. Selbstverständlich nimmt der Stadtrat auch auf diese Rücksicht, weil genau die Entlastung der Strassen Raum für diejenigen Autofahrerinnen und -fahrer schafft, die auf das Auto angewiesen sind oder das Auto für den Wirtschaftsverkehr benötigen. Das ist dem Stadtrat sehr wichtig. Damit das ganze System effizienter wird, werden mit dem Durchgangsbahnhof auch Durchmesserlinien geschaffen. Es gibt viel raschere Umsteigemöglichkeiten und vor allem auch mehr und attraktiveren Raum für den Fuss- und Veloverkehr. Der Durchgangsbahnhof ist eigentlich genau das, was der Bund mit seinem Konzept Bahn 2050 fordert, nämlich die Verbesserung des Bahnangebots auf den kurzen und mittleren Distanzen. Dadurch wird eine Erhöhung des Modalsplits für den Bahnverkehr erreicht. Das ist eine wichtige Forderung aus dem Bahnkonzept 2050. Der Durchgangsbahnhof erfüllt auch eine weitere Forderung aus diesem Konzept, nämlich dass der Bahnverkehr auf dem heutigen Netz möglichst nicht beeinträchtigt wird und dass primär die Projekte weiterverfolgt werden, die bereits in Planung sind. Da steht man mit dem Durchgangsbahnhof gut da – der DBL ist in Planung. Der Stadtrat fühlt sich in seiner Haltung bestärkt und setzt sich darum dafür ein, dass die Planung des Durchgangsbahnhofs und die Arbeit, die Luzern als städtische Partnerin dieses Projekts macht,

weiter vorangetrieben werden können. Das ist der Grund, weshalb heute der zweite Bericht und Antrag vorliegt. Darin geht es um einen Gesamtbetrag von 6,9 Mio. Franken für die nächsten Schritte. Luzern ist nicht alleine unterwegs, denn der Durchgangsbahnhof ist ein nationales und regionales Projekt. Die Stadt arbeitet eng mit ihren Partnerinnen und Partnern zusammen, allen voran mit den Kantonen Luzern, Ob- und Nidwalden, der Zentralbahn, dem VVL, der SBB und natürlich auch mit dem Bundesamt für Verkehr. Auch die K5-Gemeinden, Luzern Plus, sind in diesen Gremien dabei. Das ist wichtig. Alle haben ihre eigenen Projekte, aber die Projekte müssen gut aufeinander abgestimmt sein. Man muss wissen, was die einen und die anderen machen, die Schnittstellenbearbeitung ist ein wichtiges Thema. Das funktioniert soweit gut. Als Standortgemeinde muss es der Stadt gelingen, Voraussetzungen zu schaffen, damit der Durchgangsbahnhof und dadurch auch das ausgelöste Stadtentwicklungsprojekt Hand in Hand vorankommen und aufeinander abgestimmt sind. Die Stadt Luzern hat hier eine wichtige Verantwortung. Der vorliegende Bericht und Antrag ist sozusagen das Projekt aus städtischer Optik. Die anderen Partner haben selbstverständlich ihre Projekte und diskutieren diese zusammen mit der Stadt. Es muss der Stadt zusammen mit dem Kanton gelingen – es wurde verschiedentlich gesagt – Bundesbern zu überzeugen, dass es ein Projekt ist, das einen unglaublichen Mehrwert schafft für die Region und für die Zentralschweiz, sodass sie den Durchgangsbahnhof bewilligen und dieser im nächsten Ausbauschnitt 2027 enthalten ist. Die Sprechende ist dazu zuversichtlich. Der Stadtrat ist sich sehr bewusst, dass in der nächsten Planungsphase auch Themen angesprochen werden, die bewegen, die Sensibilitäten auslösen – das ist legitim und wurde auch so gesagt. Gleichzeitig muss man immer das grosse Bild im Hinterkopf behalten: Es geht um den Durchgangsbahnhof. Das sagte auch der SVP-Sprecher am Schluss seines Votums. Er sagte, dass es Themen gebe, die stören, die in den Augen der SVP-Fraktion anders gemacht werden müssten, aber dass sie für den Durchgangsbahnhof eintreten würden. Das ist ein wichtiges Votum. Die Sprechende geht nun auf zwei Themen ein, die in den vorangegangenen Voten hauptsächlich genannt wurden. Auf der einen Seite ist es der Wegfall des Parkhauses P1. Dass man dieses Parkhaus nicht im engeren Umfeld des jetzigen Standorts ersetzt, ist eine Entscheidung, die der Stadtrat zusammen mit dem Kanton aus mobilitätspolitischer Optik gefällt hat. Mit der Studie, die der Stadtrat in diesem Zusammenhang in Auftrag gab, wollte er in Erfahrung bringen, wer das Parkhaus für welchen Zweck nutzt oder wer welches Anrecht auf Nutzung hat. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die verbleibenden Parkhäuser P2 und P3, die etwas mehr als 500 Parkplätze bieten, ausreichen, wenn man ein geschicktes Steuerungssystem etabliert, sodass diejenigen Partner der Stadt, die für ihre Kundschaft auf Parkplätze unmittelbar beim Bahnhof angewiesen sind (KKL, SGV, Hirslanden-Klinik oder andere wichtige Nutzer um den Bahnhof herum), auf diese zählen können. Der Umsetzung des Steuerungselements kommt eine sehr grosse Bedeutung zu. Selbstverständlich hat der Wegfall des Parkhauses P1 finanzielle Konsequenzen; es wird einen Einnahmeverlust geben. Es ist bekannt – das ist im Geschäftsbericht des Stadtrates zu lesen –, wie viel Dividende die Stadt mit der Tiefgarage Bahnhofplatz AG (TAG) einnimmt. Die Einnahmen gingen in den letzten Jahren aufgrund von Corona etwas zurück. Aber es ist ein Fakt, es ist ein Einnahmeverlust für die Stadt Luzern. Auf der anderen Seite steht die Thematik der Entschädigung. Die Diskussion ist im Gang und die Eidgenössische Schätzungskommission wird die Berechnungen dazu machen. Die Werte liegen im Moment noch nicht vor. Deshalb kann der Stadtrat noch nicht weiter Auskunft dazu geben. Es hat zwei Seiten: Einerseits den Wegfall von Geldern, andererseits die Frage der Entschädigung. Es wurde gefragt, weshalb keine Kompromisslösung im Sinne beispielsweise einer Aufstockung des Parkhauses P3 im Bericht und Antrag vorgeschlagen wird. Die Sprechende kann dazu noch nichts sagen. Der Stadtrat und der Kanton sind sich einig, dass eine Ersatzparkierung für P1 gefunden werden muss. Gespräche laufen, aber man ist noch nicht so weit, als dass man heute hier im Rat verkünden könnte, wie der Stand ist. Die Meinung ist, dass man einen teilweisen Ersatz für die Parkierung findet – nicht im engen Umkreis des Bahnhofs, sondern an Orten in bestehenden oder geplanten Parkhäusern am Stadtrand. Das wird geprüft. Die Sprechende möchte nochmals festhalten, dass der Stadtrat seine Entscheidung nicht ideologisch, sondern mobilitätspolitisch fällt. Das, so sagt sie, wissen auch andere, die sich in den Medien bereits dazu geäussert haben.

Das andere grosse Thema, das beschäftigt, ist die Personen- und Velounterführung Süd (PVS). Es ist nie ideal, wenn man auf ein Volksverdict zurückkommen und den Velotunnel in Frage stellen muss. Aber wenn man im Hinblick auf eine Langfristlösung eine bessere Option hat, die sich mit einem Jahrhundertprojekt, dem Durchgangsbahnhof, kombinieren lässt, ist es legitim, das zu hinterfragen und nach neuen



Lösungen zu suchen. Der Velotunnel wäre mit dem Durchgangsbahnhof nicht kompatibel gewesen. Diesen hätte es nur bis zu dessen Erstellung gegeben. Die Sprechende versteht, dass diese Situation nicht nur Freude bereitet. Sie glaubt aber, dass der Stadtrat dank den gemachten Abklärungen und den Überprüfungen der verschiedenen Möglichkeiten die beste Variante, nämlich die PVS, ausgewählt hat. Für diese Personen- und Velounterführung Süd wird nun ein Projektierungskredit von 2 Mio. Franken beantragt. Es ist aus Sicht des Stadtrates eine optimale Lösung. Die PVS ist funktional, sie lässt sich in das System Durchgangsbahnhof integrieren und hat dadurch einen grossen Mehrwert. Die Arbeiten seitens SBB zum Durchgangsbahnhof, die Bau- und Auflagenprojekte, laufen. Die Stadt Luzern muss jetzt auf den Zug aufspringen, muss jetzt die Projektierung machen – ansonsten ist es zu spät. Es können zu den vielen Optionen, die schon geprüft wurden, nicht weitere Optionen geprüft werden. Die Idee einer oberirdischen Querung ist auch der Sprechenden sympathisch. Es ist eine Variante für zu Fuss Gehende. Aber letztlich geht es um eine gute, machbare Querung für den Fuss- und Veloverkehr, die mit dem Durchgangsbahnhof kompatibel sein soll. Die vorgeschlagene Personen- und Velounterführung Süd ist das. Der Stadtrat wird ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die PVS für alle sicher und dass der Fuss- und Veloverkehr entflochten ist. Die Frage einer weiter südlich gelegenen Passerelle wird mit diesem B+A nicht ausgeschlossen. Man kann später immer noch eine oberirdische Querung ins Auge fassen. Aber die Stadt muss jetzt vorwärts machen, um in die Planung des Durchgangsbahnhofs seitens SBB hineinzukommen. Deshalb bittet der Stadtrat um die Zustimmung von 2 Mio. Franken für die Vorstudie. In den vorangegangenen Voten wurden noch weitere Themen erwähnt. Die Aufenthaltsqualität am Bahnhofplatz Nord kann man unterschiedlich sehen. Die Sprechende findet, dass es bei diesem Platz noch Luft nach oben hat, dass man dort noch einiges machen kann. Aber es geht dort nicht um einen sterilen, aufgehübschten Platz, sondern um einen funktional guten und attraktiven Platz für all die Leute, die dort arbeiten, für Studierende, Gäste, Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern. Mit den Abklärungen und Vorstudien, die jetzt gemacht werden, wird sich zeigen, in welche Richtung es gehen wird. Der Stadtrat ist dankbar, wenn der Grosse Stadtrat dem Sonderkredit von 2 Mio. Franken für die Vorstudie zustimmt, wenn endlich mit der Testplanung im Steghof begonnen werden kann und wenn das Parlament auf den geplanten Velotunnel, auch wenn es gewisse schmerzt, zugunsten eines noch besseren Bauwerks verzichtet.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Das Projekt Velotunnel liegt in der Verantwortung seiner Direktion, weshalb er etwas dazu sagen möchte. Mario Stübi fragte, was der Stadtrat mit dem Entscheid des Stimmvolkes macht. Wie Baudirektorin Manuela Jost sagte, ist es nie gut, wenn man einen von der Bevölkerung und vom Parlament getroffenen Entscheid umstossen muss. Aber nur umsetzen, damit er umgesetzt ist, macht keinen Sinn. Der Stadtrat ging davon aus, dass die Rampe zukünftig die Zugangsrampe zum Durchgangsbahnhof werden würde. Die SBB änderte nachträglich deren Position und verlegte den Durchgangsbahnhof um 40 Meter nach Süden. Das heisst, die Rampe ist nicht mehr am richtigen Ort. Das ist nicht befriedigend, ist aber nicht ein Entscheid des Stadtrates – er kann nur nachziehen. Würde die Rampe gebaut, könnte sie nur bis zum Baustart des Durchgangsbahnhofs in Gebrauch sein. Man könnte den Velotunnel teils als Veloparkierung nutzen, aber dann wäre eine Durchgängigkeit fürs Velo nicht mehr sichergestellt. Von da her ist es sinnvoll, jetzt ein Projekt anzustossen, das beides kombinieren lässt: Einerseits nämlich die wichtige Achse, die auch im Parlament immer wieder betont wird, die eine bessere Durchgängigkeit durch das Bahnhofgelände vom Neustadtquartier Richtung Tribtschen/Inseli generiert und andererseits einen zweckmässigen Zugang zu den neuen Gleisanlagen bietet. Wenn eine solche Synergie besteht, ist es das Projekt, das die Stadt weiterverfolgen muss. Der Stadtrat will mit der Vorstudie zur Personen- und Velounterführung Süd (PVS) abtiefen, ob das möglich ist. Die Stadt kann ihre Vorstellungen dazu jetzt einbringen. Von daher sind die beiden Projekte nicht vergleichbar. Nachdem der Stadtrat erfuhr, dass der Velotunnel nicht mehr zweckmässig ist, studierte er sofort Varianten. Ein wichtiges Prinzip ist, dass stadtseitig eine DBL-Planung gemacht wird. Wenn die Stadt warten würde, bis die SBB ihr Projekt auf ihrem inneren Perimeter geplant hat, könnte sie nur noch reagieren. Das ist der grosse Wert der Testplanung. Dank der Testplanung wurden der Stadt alle Fragen und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt. Der Stadtrat weiss jetzt, wo man planen kann und was man wie zweckmässig Richtung Stadt anschliessen kann. Die Behördendelegation mit der SBB wurde verstärkt. Die Stadt pflegt einen guten Austausch, sie erhielt einen direkteren Zugang zur SBB. Der Stadtrat legt transparent offen, dass er die Umsetzung dieses Volksentscheids nicht mehr für zweckmässig hält.

Diesen Umstand bedauert der Stadtrat sehr, aber es ist nicht gescheit, für den Teil 8 Mio. Franken für die Veloparkierung zu investieren. Der Stadtrat hat mit der SBB das Gespräch aufgenommen und erreicht, dass der Velotunnel – Stand heute – um rund 300 Parkplätze erweitert werden kann, was eine gewisse Entspannung bringen wird. Es hat dort zwar eine Schieberampe, aber die Parkplätze werden sehr gut genutzt. Der Sprechende versteht die Verärgerung, dass das Volksverdict nicht eingehalten werden kann. Aber es würde keinen Sinn machen, aus Prinzip an diesem Entscheid festzuhalten. Eine Umsetzung wäre unverhältnismässig für die kurze Dauer ihres Bestehens. Mit der PVS kann eine gute Verbindung geschaffen werden und gleichzeitig eine zweckmässige Anbindung an den Durchgangsbahnhof. Ob der Stadtrat schon Vorgaben machen soll bezüglich Kostenteiler und ob man sich damit nicht selber die Hände bindet, kann im Rahmen der Protokollbemerkungen diskutiert werden. Dass der Stadtrat sich aber sicher dafür einsetzen wird, dass die SBB den Teil, den sie für ihren Zweck primär vorsieht, auch selber finanziert, ist klar.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 15/2022: «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2. Städtische Aufgaben» eingetreten.**

DETAIL

Seite 13 f. 3.2 Öffentliche Mitwirkung

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt die folgende **Protokollbemerkung:**

**Damit sich die Bevölkerung über das Projekt informieren und damit auseinandersetzen kann, ist eine publikumswirksame begleitende Kommunikation Teil des Projektverlaufs.**

Die Protokollbemerkung wurde mit 6 : 4 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 396 nicht.

**Patrick Zibung:** Zugegeben, es ist nicht die entscheidende Protokollbemerkung, die darüber bestimmt, ob die SVP-Fraktion das Projekt am Schluss doch nicht annehmen will. Aber er denkt, dass es mittlerweile beim Stadtrat und auch beim Kanton angekommen ist, dass die Bevölkerung informiert werden muss. Er ist überzeugt, dass man das auch macht, weil es in letzter Zeit gut gemacht worden ist. Man hat aus den Fehlern, die bei der Spange Nord gemacht worden sind, gelernt. Die SVP-Fraktion erachtet es deshalb als unnötig, weitere Anlässe und Veranstaltungen seitens Stadt durchzuführen.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.**

Seite 14 ff. 3.3.1 Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd (PVS)

**Peter Gmür** stellt namens der Mitte-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Stadt Luzern soll aufzeigen, wie eine Personen- und Velopasserelle errichtet werden kann.**

Er tönte diese Protokollbemerkung beim Eintreten an und verweist für die Begründung auf sein dazu gehaltenes Votum.

**Jona Studhalter:** Peter Gmür begründete seine Protokollbemerkung vorhin, aber der Sprechende möchte die Mitte-Fraktion dazu animieren, ihre eigenen Gedanken etwas kritischer einzubringen. Selbstverständlich hat Thinktank von Schindler kein Problem, grössere Höhenunterschiede zu überwinden. Es ist ihr Geschäftsmodell, Rolltreppen und Lifte zu bauen. Logisch findet sie es gut, dass man zuerst sieben Meter zur Passerelle hochfährt und nachher fünf Meter wieder nach unten ins Loch. Etwas kreativere Argumente sollte die Mitte-Fraktion schon vorbringen.

Wenn man eine Passerelle über den Gleisen bauen würde, müsste diese auf sieben Meter Höhe erstellt werden. Der Werftsteg ist laut der von Auge gemachten Berechnung des Sprechenden etwa drei Meter, vielleicht dreieinhalb Meter hoch. Das heisst, bei einer Passerelle über den Gleisen müsste man einen

doppelt so grossen Höhenunterschied überwinden, als wenn man mit dem Velo über den Werftsteg fahren würde. Das heisst, man hätte auf dieser Passerelle nur eine Steigung und eine Senkung. Irgendwie müsste man aber schon am Anfang des Gleises auf sieben Metern Höhe sein. Es ist schlicht nicht sinnvoll, dort eine Passerelle zu erstellen, wenn man auf der Zentralstrasse weiterhin irgendeinen Verkehr haben will. Deshalb wird die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung ablehnen.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion wurde in der Baukommission auch gestellt und mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Peter Gmür** macht eine Replik auf Jona Studhalters Votum bezüglich Innovation. Vielleicht könnte ein Architekt dem Parlament einmal etwas dazu sagen. Der Sprechende weiss nicht, wie viel CO<sub>2</sub> verpufft wird, wenn man eine derart grosse Unterführung in die Erde baut. Da müssen jahrhundertlang etwa 10'000 Velos pro Tag hindurchfahren, damit sich das einigermaßen lohnt. Das ist sein Hintergedanke. Man soll nicht alles in den Boden versenken, es braucht dazu sehr viel Beton; besser wäre es, oben durch eine Querung zu machen. Er hat das Gefühl, dass eine Passerelle beim Bahnhof gar nicht so schlecht wäre. Abgesehen davon, wenn er sich nicht irrt, hat der Grosse Stadtrat vor ein paar Wochen über eine Reussbrücke abgestimmt. Dort hiess es, es sei kein Problem, vom Kantonsspital nach Emmen hinunterzufahren. Diesen Stutz aber wieder hochzufahren, stellte sich die Mitte-Fraktion etwas schwieriger vor. Der Stadtrat meinte darauf, dass diese Steigung wahrscheinlich das kleinste Problem sei, denn bis die Reussbrücke stehen würde, würden sowieso fast alle über ein Elektrobike verfügen. Also könnte man – meint der Sprechende – die Steigung, die es für eine Passerelle beim Bahnhof zu überwinden gäbe, mit dem Elektrovelo relativ locker überwinden.

**Stefan Sägesser:** Mit oder ohne Passerelle – im Kanton Luzern gibt es ein Brückenangebot, das ist immerhin ein erfreuliches Thema. Es gibt eine sehr schöne Passerelle, den Negrellisteg in Zürich, der zeigt, dass ein Leben über den Gleisen, zumindest wenn man zu Fuss unterwegs ist, total in Ordnung ist und eine tolle Sicht auf den Bahnhof freigibt. Die GLP-Fraktion hat diesen Steg vor Ort unter die Füsse genommen, um zu wissen, wie dieser aussieht. Trotzdem stützt die Fraktion nicht per se eine Passerelle zwischen den zwei Quartieren in Luzern. Ein Grundsatz des künftigen Veloverkehrs lautet nämlich, dass es nicht ein Freizeitverkehr, sondern ein Berufsverkehr ist. Dazu zählt, dass man so schnell wie möglich von A nach B kommen will. Im Moment ist geplant, nicht nur den Kopfbahnhof aufzuheben und einen Tiefbahnhof daraus zu machen, sondern einen Durchgangsbahnhof mit drei Hubs (West, Ost, Nord) für den ÖV. Das heisst, man muss überall rechtzeitig hinkommen können. Das gilt für den ÖV, für den MIV, aber auch für den Veloverkehr, der sich im Vergleich zum MIV nicht besser verhält, was das Drängeln auf der Strasse anbelangt. Jeder will so schnell wie möglich dorthin, wo er muss. Insofern macht es keinen Sinn, dort eine Passerelle – allenfalls bräuchte es sogar zwei – zu bauen. Die GLP-Fraktion ist gegen eine Querung mittels Passerelle. Sie findet, dass für den Durchgangsbahnhof bereits so viel Beton in das Loch verbaut wird, dass der Nebenschauplatz, die Velo- und Fussgängerunterführung Süd, nicht das Problem sein dürfte.

**Andreas Moser** meint zu Peter Gmür, dass es wohl der falsche Ort ist, um über graue Energie zu diskutieren, zumal er nicht ganz sicher ist, wie das Ergebnis am Schluss lauten würde. Für den Sprechenden ist die Unterführung am vorgeschlagenen Ort die richtige Lösung, auch wenn er durchaus Sympathien für Überführungen hat. Aber wenn man heute Unterführungen in grösseren Städten anschaut, sind diese nicht mehr graue, dunkle Mäuse, sondern durchaus attraktiv. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion hat durchaus Sympathien für die Protokollbemerkung bzw. das Anliegen. Aber die Fraktion möchte nicht ein Entweder-oder, sondern am liebsten beides. Eine Überführung über das Gleisfeld in Luzern ist tatsächlich überfällig, zumal die Stadt Zürich bereits eine zweite plant. Die Abstimmung darüber findet in Zürich im Jahr 2027 statt und die Eröffnung wahrscheinlich drei, vier Jahre später. Um aber die Kosten, in dem Fall die Planungskosten nicht noch mehr aufzublähen, muss die SP-Fraktion dem Anliegen leider eine Absage erteilen.

**Martin Abele:** Der Negrellisteg ist ein sehr schönes Beispiel für eine Fussgängerüberführung. Für Velos ist der Negrellisteg aber nicht brauchbar. Eine solche Überführung hier beim Projekt in Luzern zu machen, wäre nicht sinnvoll möglich. Man müsste entweder eine Schnecke machen, die sehr mühsam befahrbar ist – es haben übrigens längst noch nicht alle ein Elektrovelo und es werden auch zukünftig nicht alle ein solches haben –, oder man müsste eine sehr lange Rampe machen. Wo man für diese Rampe Platz finden soll, um auf die sieben Meter Höhe zu kommen, die Jona Studhalter beschrieben hat, müsste Peter Gmür dem Sprechenden aufzeigen können. Es ist für Velos schlicht nicht machbar, dort oben durchzufahren. Einmal mit dem Velo auf sieben Metern Höhe angelangt, müsste man den Lift nehmen, um zu den Gleisen zu gelangen. Vielleicht hat es aber viele Leute, die gleichzeitig den Lift nehmen möchten, die Koffer, Kinderwagen etc. dabei haben und so warten müssten. Wenn man die Kombinationslösung Fuss- und Zugverkehr anstreben will, ist diese Variante nicht sinnvoll. Zur Frage der Sicherheit im Tunnel zeigte Andreas Moser in seinem vorherigen Votum sehr schön auf, dass bei den heutigen Unterführungen – es gibt verschiedene Beispiele, zum Beispiel die relativ grosse Unterführung beim Bahnhof Oerlikon, aber auch andere –, mit entsprechenden Massnahmen zur Belebung, einerseits mittels Licht, aber auch, dass es dort Verpflegungsmöglichkeiten gibt etc., die Sicherheit durchaus gewährleistet werden kann, auch über eine längere Zeit. Von daher ist die G/JG-Fraktion guten Vertrauens, dass das mit dem PVS eine gute Lösung wird.

**Baudirektorin Manuela Jost:** Die Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd ist die beste Lösung. Der Stadtrat hat die verschiedenen Varianten geprüft, darunter war auch eine oberirdische Querung. Im Vergleich der Varianten kam der Stadtrat zum Schluss, dass die hier vorgeschlagene Variante die beste ist, weil sie die grösste Kompatibilität, auch funktional, mit dem Durchgangsbahnhof hat. Wenn man jetzt nochmals die ganze Palette öffnet und auch oberirdische Varianten zu prüfen beginnt, ist man nicht mehr im Zeitplan. Die Stadt will aber mit der SBB mitgehen, sie will, dass das Projekt in die Gesamtplanung einfließen kann. Wenn die Stadt ein Projekt verfolgt, das ihr gefällt, aber nicht funktional mit dem DBL ist, zahlt die SBB nichts an die Kosten. Es besteht das Risiko, dass die SBB sagt, wenn die Stadt eine oberirdische Querung favorisiert, soll sie diese selbst bezahlen. Deshalb ist es viel besser, auf die PVS zu setzen. Mario Stübi sagte, dass die SP-Fraktion am liebsten eine Unter- und eine Überführung hätte. Es schliesst nicht aus, dass die Stadt in einer späteren Phase, nur für Fussgängerinnen und Fussgänger, weiter südlich eine Form von einer Passerelle erstellt, wenn diese, abgestimmt auf Stadtentwicklungsüberlegungen in dem Perimeter, Sinn macht. Die Sprechende bittet den Grossen Stadtrat, die PVS zu unterstützen, damit die Stadt zusammen mit der SBB im Projekt dabei sein kann.

### **Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung**

**Die Stadt Luzern soll aufzeigen, wie eine Personen- und Velopasserelle errichtet werden kann.**  
ab.

**Mario Stübi:** Wie erwähnt, hat die SP-Fraktion grosse Bedenken, dass der Rat hier die Planung einer Infrastruktur beschliesst, die im dümmsten Fall nicht mehrheitsfähig sein wird. Auch könnte sich die Fraktion vorstellen, dass man den Standort Waldstätterstrasse nochmals überdenkt, weil die Nutzerinnen und Nutzer dieser potenziellen Unterführung mehrheitlich vom Bundesplatz herkommen. Wenn dereinst noch die Umfahrung beim Capitol für Velofahrende realisiert wird, würde dort ein Abgang mehr Sinn machen. Es liegt aber nicht an der SP-Fraktion, das in dem Rahmen vorzugeben.

Was die Fraktion aber nebst den städtebaulichen Überlegungen möchte, ist, dass das Finanzielle näher angeschaut wird. Sie will mit der Planung eine Gewissheit haben, was das insgesamt kostet, und was das die Stadt kostet. Die SP-Fraktion möchte deshalb folgende **Protokollbemerkung** beliebt machen:

**Mit dem Abschluss des Vorprojekts sind die prozentualen Anteile aller Beteiligten an den Baukosten verhandelt und es bestehen Absichtserklärungen.**

Namentlich muss dann klar sein, in welcher Grössenordnung sich die SBB daran beteiligt, ob die Stadt Geld aus dem Topf des Agglomerationsprogramms bekommt oder ob noch andere für die Mitfinanzierung in Frage kämen. Das ist für die Bevölkerung wie auch für die SP-Fraktion wichtig. Die Fraktion dankt für die Unterstützung dieser Protokollbemerkung.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Protokollbemerkung wurde in der Baukommission auch gestellt und mit 3 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.**

*Seite 17 ff. 3.3.2 Autoparkierung*

**Patrick Zibung:** Die SVP-Fraktion stellt folgende **Protokollbemerkung**, die sie auch bereits in der Kommission gestellt hat:

**Der Stadtrat plant weiterhin einen adäquaten Ersatz für das wegfallende Parkhaus P1 im Perimeter Bahnhof.**

Die in Auftrag gegebene Studie, der Sprechende erwähnte es im Eintreten, kam zum eindeutigen Schluss, dass es im Perimeter Bahnhof zu wenig Parkplätze gibt. Die SVP-Fraktion möchte, dass man aufgrund dieser Studie Alternativen im Raum Bahnhof und rundherum sucht, damit man die 380 wegfallenden Parkplätze – oder zumindest einen Teil davon – kompensieren kann. Die Fraktion findet es sehr störend, dass man die Resultate einfach ignoriert und damit, aus ihrer Sicht, den parlamentarischen Entscheidung zu wenig respektiert. Damals ging die Fraktion davon aus, dass man die Studie macht und dass dann die entsprechenden Resultate und Schlüsse daraus berücksichtigt werden. Sie ging nicht davon aus, dass man danach einfach aus dem Bauch heraus entscheidet, so wie das im Bericht und Antrag nun ersichtlich ist, und sagt, man habe zwar jetzt mit der Studie eine Expertenmeinung, aber eigentlich interessiere diese nicht. Eine Kompensation im weiteren Radius oder im Radius von 800 Metern ist für die Fraktion kein adäquater Ersatz. Die SVP-Fraktion will, dass das im Raum Bahnhof passiert. Der Sprechende erinnert daran, dass gewisse Fraktionen einmal der Meinung waren, dass die Distanz zur Kantonsschule Alpenquai für Kantonsschüler zu Fuss nicht zumutbar sei, auch nicht die Benützung des ordentlichen öffentlichen Verkehrs. Deshalb verlangte man einen Shuttlebus. Soviel der Sprechende weiss, sind die meisten oder eine grosse Mehrheit der Kantonsschüler sehr gut zu Fuss unterwegs, was von der älteren Bevölkerung nicht immer gesagt werden kann. Deshalb findet er die 800 Meter oder eine noch weitere Distanz, die man zu Fuss gehen sollte, nicht angemessen, wenn man will, dass alle Leute an den Bahnhof kommen können, weil es dort ein grosses Angebot, auch an Freizeitaktivitäten, hat.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Wie Patrick Zibung bereits sagte, wurde die Protokollbemerkung in der Baukommission auch diskutiert und mit 1 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Andreas Moser** möchte zwei Punkte anfügen: Zum einen weiss er nicht, welche Studie Patrick Zibung gelesen hat. Diejenige, die der Sprechende las, wies gemäss Parkplatzberechnung eher einen kleineren Bedarf aus. Zum anderen sagte die FDP-Fraktion im Eintreten, dass sie einen Ersatz des Parkhauses P1 will. Ob der Ersatz an einem oder an mehreren Standorten sein wird, ist à discuter. Der Sprechende hält aber fest, dass für die FDP-Fraktion der Ersatz nicht am Bahnhof selbst sein muss. Die Fraktion ist offen für clevere Lösungen, die dezentral sind. In dem Zusammenhang wäre es spannend zu wissen, was die linke oder die grüne Seite dazu meint und ob sie sich für ein Parkhaus, das dezentral ist, erwärmen könnte.

**Jona Studhalter** fühlt sich von Andreas Mosers Frage etwas überrumpelt. Er hat etwas anderes vorbereitet, nämlich einerseits die Bitte an die SVP-Fraktion, zwischen «Notwendigkeit» und «es besteht die Nachfrage» zu unterscheiden. Es ist klar, dass es eine Nachfrage für diese Parkplätze gibt, doch auf die Frage, ob sie notwendig sind, kann man mit Nein antworten. Das ist der grosse Unterschied. Andererseits möchte er festhalten, dass der Unterschied zwischen 800 Meter Distanz zu einem Parkhaus und 1,4 Kilometer Distanz zur Kantonsschule Alpenquai ungefähr den Faktor 1,8 beinhaltet. Die SVP-Fraktion, die damals meinte, man könne die Strecke zur Kantonsschule Alpenquai zu Fuss bewältigen, kann plötzlich die halbe Streckenlänge nicht mehr bewältigen. Es ist nicht ganz klar, was die SVP-Fraktion für Ansprüche an Fussgängerinnen und Fussgänger hat.

**Baudirektorin Manuela Jost:** Es ist bereits vieles gesagt worden. Aber etwas möchte die Sprechende schon noch zu Patrick Zibung sagen: Im Stadtratsgremium sind zwar alle spontan, aber «einfach so etwas aus dem Bauch heraus» entscheidet der Stadtrat selten. Nachdem die Grundlage vorlag, wurde diese diskutiert; es brauchte eine mobilitätspolitische Diskussion. Der Stadtrat entschied zusammen mit dem Kanton, keinen Ersatz vor Ort zu wollen und sie hielten fest, dass die verbleibenden Parkplätze ausreichen würden. Der Stadtrat und der Kanton wollen aber erstens einen teilweisen Ersatz, von dem aus der Bahnhof gut erreichbar ist und zweitens eine effektive Steuerung, damit diejenigen, die den Parkplatz nutzen müssen oder wollen, das auch können. Diese zwei Forderungen wurden weniger aus dem Bauch, aber mehr aus dem Kopf heraus gemacht.

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion hat nicht das Bedürfnis, die Parkplätze dereinst einmal zu ersetzen. Gleichzeitig wehrt sie sich im Rahmen dieses Berichts und Antrags auch nicht dagegen. Es ist für die Fraktion zu unwichtig. Das Projekt ist viel zu gross, als dass man über ein paar hundert Parkplätze so lange debattieren sollte. Der Sprechende möchte zu bedenken geben, dass dieser Rat bei der Phase 1 dieses Berichts und Antrags vor drei Jahren eine Protokollbemerkung überwies, die besagt, dass sich der MIV rund um den Bahnhof per Eröffnung des Durchgangsbahnhofs halbieren muss. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass es die Parkplätze irgendeinmal nicht mehr brauchen wird, dass es sich finanziell nicht mehr lohnt, dort einen Ersatz hinzubauen, weil das Parking dann zu wenig Geld abwerfen wird.

Aber wenn der Sprechende gerade das Mikrofon offen hat, möchte er die Gelegenheit nutzen, eine Bemerkung zu den Äusserungen des Verwaltungsratspräsidenten der Parkhaus AG in der Luzerner Zeitung zu machen. Der Artikel erschien vor ein paar Wochen, vielleicht haben ihn einige gelesen. Die SP-Fraktion hält fest, dass sie das illoyale Verhalten sehr verurteilt. In diesem Amt, auf dieser Position, hat man sich mobilitätspolitisch nicht so zu äussern. Das müsste aus Sicht der SP-Fraktion Konsequenzen haben. Sie fragte sich, ob die Ursache für diese Äusserungen allenfalls wegen finanzieller Abhängigkeiten entstanden ist. Auf direkte Nachfrage hin wollte der Verwaltungsratspräsident seine Entschädigung nicht öffentlich machen. Netterweise erhielt die Fraktion via Stadtverwaltung Einsicht in die Geschäftsberichte der Tiefgarage Bahnhofplatz AG. Und siehe da: Der Verwaltungsrat als Gremium verdient fürstlich. Trotz Umsatzeinbruch und weniger Dividende für die Stadt Luzern, reduzierte sich das Salär nicht im Geringssten. Leider darf der Sprechende hier keine konkreten Zahlen nennen, aber die Medien hören heute mit. Allenfalls könnten diese mit Hinweis auf das Öffentlichkeitsprinzip ebenfalls Einsicht in diese Dokumente erhalten.

**Patrick Zibung** dankt Mario Stübi für sein Votum. So hatte er kurz Zeit, die Stelle zur Studie im Bericht und Antrag zu suchen, die er vorhin erwähnte. Darin steht: «Die Studie Szenarien kommt zum Schluss, dass neue Mobilitätsformen keine markante Veränderung des Parkplatzbedarfs ergeben werden; d.h., die Nachfrage nach Parkplätzen wird sich im selben Rahmen bewegen oder je nach Entwicklungen im Bereich der selbstfahrenden Fahrzeuge sogar leicht erhöhen.» Der Sprechende meint, dass er die deutsche Sprache versteht. Für ihn ist relativ klar, dass das Parkplatzangebot weiterhin gebraucht wird. Wenn Parkplätze abgebaut werden, das ist auch seine Meinung, sollte man diejenigen an der Oberfläche abbauen und in Parkierungsanlagen verschieben. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um Alternativen im Perimeter Bahnhof zu suchen. Das ist der richtige Ort. Für die SVP-Fraktion ist unbestritten, dass es die Parkplätze braucht und dass es einen Ersatz braucht.

#### **Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung**

**Der Stadtrat plant weiterhin einen adäquaten Ersatz für das wegfallende Parkhaus P1 im Perimeter Bahnhof.**

**ab.**

*Seite 26 f. 6 Politische Stossrichtungen für die Phase II*

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die S-Bahn-Haltestellen Paulusplatz und Kreuzstutz aus dem kantonalen Richtplan, dem Agglomerationsprogramm und dem Raumentwicklungskonzept 2018 der Stadt Luzern werden ebenso weiterverfolgt.**

Die Protokollbemerkung wurde mit 5 : 4 : 1 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 396 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit ist die Protokollbemerkung überwiesen.**

**Mario Stübi:** Bei den politischen Stossrichtungen für die Phase II steht, dass dem Busverkehr der notwendige Raum zukommen soll. Das unterstützt die SP-Fraktion sehr. Sie fände es gut, wenn das Gleiche auch für das Velo gelten würde, zumal bei der gestoppten Planung seitens Kanton für den Bahnhofplatz genau das zu Problemen geführt hätte, weil das Velo an dieser neuralgischen Stelle einmal mehr vergessen gegangen war. Die SP-Fraktion möchte deshalb dieselbe Formulierung, wie sie für den Busverkehr gilt, für das Velo verwenden. Die Protokollbemerkung lautet:

**Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass dem Veloverkehr der notwendige Raum zukommt.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission auch diskutiert und mit 3 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Martin Abele:** Die G/JG-Fraktion unterstützt selbstverständlich alle Forderungen, die zum Inhalt haben, dem Velo den nötigen Raum zu geben. Das bekräftigt der Stadtrat in seiner Strategie, die er im Legislaturprogramm, in der Mobilitätsstrategie sowie andernorts verfolgt. Wichtig ist, dass auch der Busverkehr den nötigen Raum erhält, so wie es im Bericht und Antrag steht, und dass auch der Fussgängerinnen- und Fussgängerverkehr den nötigen Raum erhält. Wie im Eingangsvotum erwähnt: Es geht um eine gesamtheitliche Verkehrspolitik.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung im Gegensatz zu den anderen Fraktionen ab, weil sie total unnötig ist und im Bericht und Antrag keinen Sinn macht. Fraktionsintern haben der Sprechende und seine Kollegen gerade etwas geschnödet und gesagt, es gebe noch andere Gesetzesentwürfe, die man umsetzen und beachten müsse. Auch für diese könnte man jedes Mal eine Protokollbemerkung stellen. Dann käme man wirklich weiter.

**Jona Studhalter** richtet sein Votum an Stefan Sägesser und sagt, dass es natürlich noch andere Sachen gibt, die berücksichtigt werden müssen. Er ist der Ansicht, dass es bei dieser Protokollbemerkung wichtig ist, ein Zeichen Richtung SBB zu geben, um ihr zu sagen, dass der Stadt das Velo wichtig ist, dass die SBB es mitplanen soll. Der Sprechende hat manchmal den Eindruck, das gehe bei der SBB etwas unter. Mit dieser Protokollbemerkung kann man dem Stadtrat ein Zeichen mitgeben. Es ist ein Wink mit dem Velorad an die SBB.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass dem Veloverkehr der notwendige Raum zukommt.**

*Seite 44 f. Antrag und Beschluss*

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt den Bericht «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2» zustimmend zur Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 44 : 0 : 0 Stimmen für die Phase 2 des Projekts «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL)» einen Sonderkredit von 4,25 Mio. Franken.**

- III. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 34 : 10 : 0 Stimmen für das Vorprojekt «Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd (PVS)» einen Sonderkredit von 2 Mio. Franken.
- IV. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 44 : 0 : 0 Stimmen für die Testplanung «Steghof» einen Sonderkredit von Fr. 650'000.–.
- V. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu, auf das Vorhaben «Velotunnel Bahnhof» gemäss B+A 27/2018 zu verzichten.
- VI. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 13, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 18. September 2020: «Sicherung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Luzern», als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

### **Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 15 vom 4. Mai 2022 betreffend

### **Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2. Städtische Aufgaben**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und 3 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 und 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

### **beschliesst:**

- I. Der Bericht «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) – Phase 2» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Für die Phase 2 des Projekts «Durchgangsbahnhof Luzern (DBL)» wird ein Sonderkredit von 4,25 Mio. Franken bewilligt.
- III. Für das Vorprojekt «Personen- und Velounterführung Bahnhof Süd (PVS)» wird ein Sonderkredit von 2 Mio. Franken bewilligt.
- IV. Für die Testplanung «Steghof» wird ein Sonderkredit von Fr. 650'000.– bewilligt.
- V. Auf das Vorhaben «Velotunnel Bahnhof» gemäss B+A 27/2018 wird verzichtet.
- VI. Die Motion 13, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 18. September 2020: «Sicherung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Luzern», wird als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern II–IV unterliegen dem fakultativen Referendum.

Mittagspause 12.05–14.00 Uhr



- 9 Bericht und Antrag 12/2022 vom 6. April 2022:**  
**City-Management**  
– **Planungsbericht**  
– **Abschreibung Postulat 217**

## EINTRETEN

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Die Geschäftsprüfungskommission hat den B+A 12/2022: «City-Management» beraten. In drei Projektphasen haben sich die Projektleitung und eine Arbeitsgruppe intensiv mit einem City-Management auseinandergesetzt. Die Situationsanalyse hat verdeutlicht, dass Handlungsbedarf für die Stadt Luzern besteht, wenn sie den anstehenden Herausforderungen in ihrer Innenstadt rechtzeitig begegnen will. Die Einführung eines City-Managements ist aus Sicht einer knappen Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission ein wirkungsvolles Instrument, um die Innenstadt als attraktiven Einkaufs-, Gastronomie- und Erlebnisstandort mit überregionaler Ausstrahlung zu stärken. Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission unterstützt dabei den Variantenvorschlag des Stadtrates, für das City-Management eine eigenständige Organisation ausserhalb der Stadtverwaltung zu schaffen. Damit sollen gute Grundlagen geschaffen werden, damit Akteurinnen und Akteure aus der Innenstadt im Bereich Kultur, Gastronomie, Hotellerie und Gewerbe in ein City-Management miteinbezogen und zur Mitarbeit motiviert werden können. Ein Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wurde mit 2 : 7 Stimmen, bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit, abgelehnt. Eine Minderheit der Geschäftsprüfungskommission beantragte zudem die blosser Kenntnisnahme des Planungsberichts. Ihr fehlt im Konzept des Stadtrates das Ziel der Stärkung der Aufenthaltsqualität der Innenstadt sowie die interdisziplinäre Sichtweise. Der Planungsbericht fokussiere sich gemäss der Minderheit zu stark auf die wirtschaftlichen Kernthemen und vernachlässige Themen wie öffentliche Räume, Sozialraum und Quartierentwicklung. Die Gegenüberstellung zwischen zustimmender und blosser Kenntnisnahme ergab das Stimmenverhältnis 5 : 5. Der Stichentscheid ergab schlussendlich die zustimmende Kenntnisnahme. Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission hat den Planungsbericht damit zustimmend zur Kenntnis genommen und unterstützt den vom Stadtrat aufgezeigten Weg zu einem neuen City-Management. Das Postulat 217 wurde einstimmig abgeschrieben.

**Mirjam Fries** sagt, dass sie noch zu jener Generation gehört, die erlebt hat, dass es in der Altstadt Lebensmittelgeschäfte gab, dazu mit Nordmann, Knopf, ABM und EPA gleich noch mehrere Warenhäuser. Statt Onlinehandel gab es den Ackermann-Katalog. Während des Abendverkaufs waren die Gassen voll. Das ist zugegebenermassen eine ganze Weile her. Aber keine Angst, die Sprechende will hier nicht in Nostalgie verfallen. Der abnehmende Branchenmix in der Innen- und vor allem in der Altstadt ist aber definitiv seit Längerem ein Thema, und Corona hat die Situation zusätzlich verschärft. Es ist offensichtlich: Die Anzahl leer stehender Ladenräume hat zugenommen. Die Pandemie hat aber auch aufgezeigt, dass lokale Produkte vermehrt geschätzt werden und dass es in unserer Stadt viele innovative Unternehmen und Gastrobetriebe gibt. Das ist erfreulich und stimmt die Sprechende hoffnungsvoll. Die Stadt muss aber jetzt handeln, damit keine Abwärtsspirale entsteht und nicht noch mehr Ladenlokale frei werden. Die Sprechende kann es vorwegnehmen, die Mitte-Fraktion ist mit dem vorliegenden Bericht und Antrag zufrieden. Die Stadt hat die Idee des City-Managements – sie erinnert an das Postulat 217 – gut aufgenommen. Der Prozess lief aus Sicht der Mitte-Fraktion sehr gut ab: Mittels einer Umfrage wurde eine Situationsanalyse erstellt, man suchte das Gespräch mit Betroffenen und Interessierten und es werden im Bericht und Antrag Best-Practice-Modelle aufgezeigt. Es gibt zwar in der Stadt Luzern schon mehrere Gruppierungen, die sich für die Innenstadt einsetzen, alleine können diese aber zu wenig ausrichten. Es mangelt schlicht an Ressourcen – Stichwort Milizarbeit – und es fehlt bisher an der Zusammenarbeit. Da sieht die Fraktion allerdings eine grosse Entwicklung im Bericht und Antrag, ausgelöst unter anderem durch diesen Prozess. Es ist gelungen, die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen, die Sprechende denkt da an die City Vereinigung Luzern, den Quartierverein Hirschmatt-Neustadt, GastroLuzern, IG Kultur Luzern und LUZERN HOTELS, nur um die wichtigsten zu nennen. Es gibt zwar bereits den ALL-Fonds, der einzelne Impulse geben kann. Es fehlen aber längerfristige Projekte und es fehlt der übergreifende Ansatz. In der Regel werden Projekte von einzelnen Interessengruppen auf Antrag initiiert und fi-

nanziert. Der ALI-Fonds hat aber keine proaktive und koordinative Rolle; dies im Gegensatz zum geplanten City-Management. Es soll eine professionelle Organisation geschaffen werden mit dem Ziel einer kooperativen Innenstadtentwicklung. Da geht es nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Das hilft allen: der Bevölkerung, dem lokalen Gewerbe und dem Tourismus. Koordination und Informationsaustausch werden zentrale Aufgaben des City-Managements sein. Nur so können die Kräfte gebündelt werden. Die Zusammenarbeit von Stadt und Privaten scheint der Fraktion bei der Umsetzung wichtig. In diesem Sinne findet sie es richtig, dass – wie vom Stadtrat vorgeschlagen – eine eigenständige Organisation geschaffen wird. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Anschubfinanzierung durch die Stadt. Nach der Einführungsphase soll die Finanzierung durch die entsprechenden Interessengruppen privat finanziert werden.

Es ist klar, die Anforderungen an die City-Managerin oder an den City-Manager sind sehr hoch. Es ist keine einfache Aufgabe, es hängt sehr stark von der Person ab, ob das City-Management ein Erfolg wird. Auch der Einbezug der Liegenschaftsbesitzer ist wohl nicht ganz einfach. Es ist noch nicht alles klar im Moment, deshalb braucht es ein wenig Mut, Ja zu sagen. Man muss es aber wagen, davon ist die Mitte-Fraktion überzeugt. Glücklicherweise sind die Gelder des Ali-Fonds verfügbar und die betroffenen Akteure stehen hinter dem Vorgehen. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Jules Gut:** Aus Sicht der GLP-Fraktion liegt mit dem vorliegenden Bericht und Antrag 12 ein sehr gutes Konzept vor, auch wenn seit der Einreichung des entsprechenden Vorstosses einige Zeit vergangen ist. Aus Sicht der Fraktion besteht Handlungsbedarf. Wichtig ist aus ihrer Sicht, dass die Stadt längerfristig keine Mehrkosten in der Laufenden Rechnung hat, sondern das Konzept mit den bestehenden Mitteln finanziert werden kann. So ist die langfristige Tragbarkeit realistisch. Das wird im vorliegenden Konzept auch so angegangen. Für die GLP-Fraktion ist eine attraktive Altstadt und Neustadt mit den lokalen Geschäften als Rückgrat wichtig. Unternehmerinnen und Unternehmer arbeiten mit viel Herzblut dafür. So stellt man sich eine attraktive und pulsierende Stadt vor, so stellt man sich die eigene Stadt vor. Für die GLP-Fraktion ist die angedachte Startfinanzierung von Fr. 600'000.– für die nächsten fünf Jahre in Ordnung. Die Zusammenarbeit mit der Branche ist zentral, deshalb betrachtet die GLP-Fraktion die Variante 1 als zielführend. Das A und O jedoch ist die Vernetzung mit der Branche und ihr Engagement. Die Fraktion sieht das City-Management nicht als sozialräumliche Stadtaufwertungsmassnahme der QUIN. Für die Fraktion sind das zwei verschiedene Paar Schuhe.

Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfangreichen Abklärungen und hofft sehr, dass die nächsten Schritte zügig umgesetzt werden können. Die Fraktion fände es sehr schade, wenn man nun nochmals mehrere Jahre Stillstand hätte und von vorne anfangen müsste. Es wäre keine gute Entwicklung für die KMU in der Stadt Luzern.

Notabene sei erwähnt, dass die Stadt im Grunde genommen bereits ein City-Management hat – es ist die sogenannte City Vereinigung. Eigentlich wäre es logisch, dass diese Vereinigung das Ziel haben müsste, attraktives und zeitgemässes Wirtschaften in der Stadt zu organisieren. Sie wäre geradezu prädestiniert dazu. Im Bericht und Antrag wird eine Metastudie zur Verfügung gestellt. Man führte Interviews mit City-Managerinnen und City-Managern aus verschiedenen europäischen Städten. Wenn die Fraktion die Studie nicht allzu falsch gelesen hat, lautet das Erfolgsrezept dieser europäischen Städte, dass man sich mit lokalen Unternehmern, mit dem Unternehmertum zusammensetzt und eben genau das macht, was in der Stadt Luzern aus Sicht der GLP-Fraktion die City Vereinigung Luzern machen könnte oder sollte. Vielleicht müsste man sich selbstkritisch überlegen, welche Rolle die City Vereinigung in der heutigen Zeit in der Stadt Luzern übernehmen soll. Die GLP-Fraktion tritt ein, findet das angedachte City-Management eine sehr wertvolle Geschichte, spricht sich klar für die Variante 1 aus und stimmt dem B+A 12/2022 zu. Falls der Grosse Stadtrat eintritt und die Variante 2 obsiegen sollte, würde die GLP-Fraktion den Bericht und Antrag entschieden ablehnen.

**Lena Hafen:** Auch die SP-Fraktion bedankt sich für diesen methodisch sehr sorgfältig und aufwendig erarbeiteten Bericht. Der Prozess mit Einbezug aller Akteurinnen und Akteure war vorbildlich und das Ergebnis zeigt die geprüften Möglichkeiten und Stossrichtungen gut auf. Aber genau die Schwerpunkte, die gesetzt wurden, haben bei der SP-Fraktion Bedenken geweckt oder frühere Bedenken bestätigt, ob das

City-Management, wie es nach dem stattgefundenen Prozess in diesem Bericht als favorisierte Variante präsentiert wird, wirklich der richtige Weg ist.

Eine attraktive Innenstadt ist nicht nur in Luzern ein grosses Thema. Es ist paradox: Obwohl man zeitweise das Gefühl hat, in der Hertensteinstrasse sei kein Durchkommen, nimmt der Angebotsmix in der Luzerner Innenstadt ab, was letztlich auch die Aufenthaltsqualität der Bevölkerung beeinträchtigt. Der SP-Fraktion ist es ein zentrales Anliegen, wie sie schon im damaligen Votum zum entsprechenden Postulat zum Ausdruck brachte, dass der Stadtraum der Bevölkerung mehr Lebensqualität bietet und als attraktiver Aufenthaltsort erhalten bleibt. Dazu braucht es nach Meinung der Fraktion verträgliche Lösungen für den Tourismus, es braucht neben Läden auch attraktive öffentliche Plätze mit einer guten Infrastruktur, es braucht sowohl Boulevardflächen für die Gastronomie wie auch einladende Aufenthaltsräume, wo nicht konsumiert werden muss; es braucht viele verkehrsbefreite und verkehrsarme Zonen. Aus Sicht der SP-Fraktion müsste ein City-Management primär die Lebensqualität der Bevölkerung im Blick haben. Die Fraktion hat aber den Eindruck, dass gerade die Bevölkerung im Bericht nur sehr wenig vorkommt. Schon bei der Behandlung des Postulats befürchtete die SP-Fraktion, dass der Fokus des City-Managements in erster Linie bei ökonomischen Themen liegen bleibe. Das hat sich in dem Bericht ein Stück weit bestätigt. Themen wie Aufenthalts- und Lebensqualität in der Innenstadt stehen für die Fraktion beim vorliegenden Vorschlag zu wenig im Fokus. Eine Frequenzsteigerung und eine Steigerung der Wertschöpfung sind nicht die Ziele, welche die Fraktion primär im Sinn hatte. Sie setzt grosse Fragezeichen, ob diese Anliegen mit einer grösstenteils städtisch finanzierten Stelle ausserhalb der Stadtverwaltung gefördert werden sollen, oder ob man nicht konsequenterweise das Personal bei der Wirtschaftsförderung aufstocken müsste. Dass die städtische Finanzierung mit der Zeit wegfallen soll, tönt zwar gut, aber die SP-Fraktion hat ebenfalls grosse Bedenken, dass wenn die Strukturen einmal aufgebaut sind, die Stadt diese wieder auflösen wird, wenn es mit der privaten Finanzierung nicht funktioniert.

Wenn man im Bericht die Best-Practice-Beispiele anderer Städte genauer studiert, zeigt sich, dass auch Hamburg, Basel oder Aarau vor allem ein Stadtmarketing betreiben. Als erwähnenswerte Ausnahme gilt das City-Management von Langenfeld; dieses ist etwas umfassender gedacht. In diesem Zusammenhang wird klar, dass unterschiedliche Ansichten im Raum stehen, was eigentlich ein City-Management bewirken soll. Die einen wollen vor allem eine aufpolierte Marketingmaschine, die anderen denken mehr in Richtung Smart City. Die SP-Fraktion gehört zur zweiten Gruppe und hätte sich zum Beispiel vorstellen können, dass ein City-Management als Vermittlerin zwischen leer stehenden Liegenschaften und Pop-up-Geschäften oder kulturellen Zwischennutzungen fungiert. Denn ein Problem lässt sich auch durch ein City-Management nicht wegdiskutieren: die hohen Mieten als Ursache Nummer 1 für die leer stehenden Parterreflächen.

Die SP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass das, was sich die Fraktion ursprünglich von dieser Stelle versprochen hat, in dieser Form wahrscheinlich nicht umgesetzt werden kann. Die Aufwertung von Aufenthaltsraum und die Quartierentwicklung sind klassisch städtische Aufgaben, die von der Stadt in-house vorangetrieben werden sollten. Es wäre zu viel verlangt, dass sich das City-Management in Form von einer externen Person dieser Themen, bei den vielfältigen Erwartungen, die damit verbunden sind, so annehmen kann, wie sich die SP-Fraktion das vorstellen würde. Die Idealvorstellung, welche die SP-Fraktion schon damals hatte, wäre eine City-Managerin, die proaktiv den Kontakt mit Vermieterinnen/Vermietern und potenziellen Mieterinnen/Mietern sucht, die Gewerbe, Gastronomie, Bevölkerung und Kulturschaffende zusammenbringt und die Innenstadt primär nicht nur als Einkaufsmeile, sondern als attraktiven und vielfältigen Aufenthaltsort positioniert. Der Prozess, der zu diesem Bericht und Antrag führte, hat jedoch gezeigt, dass die Möglichkeiten einer solchen Stelle begrenzt sind. Die SP-Fraktion gewann den Eindruck, dass das Interesse am City-Management primär von Gewerbe und Detailhandel kommt. Es ist wenig erstaunlich, dass, wenn bei einer Befragung mit über 170 Leuten 75 Prozent der Antworten aus dem Detailhandel, der Gastronomie und den Dienstleistungsbetrieben kommen, der Handlungsbedarf auch in diesen Bereichen verortet wird. Das ist fast wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Anliegen der Kultur oder Quartierarbeit werden dann automatisch weniger gehört. Die Fraktion hat deshalb Schwierigkeiten, sich vorzustellen, dass es das City-Management, in Form von einer Person, bei einer so klaren Interessenlage schafft, die von der Fraktion gewünschten Brücken zwischen den Anwohnerinnen und Anwohnern, dem Gewerbe, dem Tourismus und den Kulturschaffenden zu schlagen. Die SP-Fraktion will keine aufdotierte und neu städtisch finanzierte Stelle, die die Interessen und Aufgaben der heute privaten City Vereinigung Luzern übernimmt.

Die Sprechende hat sich sagen lassen, dass damals einer der Hauptgründe vonseiten der SP-Fraktion für das Postulat der ALI-Fonds war. Der ALI-Fonds brachte nämlich seine Mittel in der Vergangenheit nicht unter die Leute – seit Corona hat sich das erfreulicherweise kurzfristig etwas geändert. Die Neuausrichtung des ALI-Fonds ist für die SP-Fraktion nach wie vor ein zentrales Anliegen. Zum einen müsste der Perimeter, in dem der ALI-Fonds überhaupt Beiträge sprechen kann, angepasst bzw. ausgeweitet werden; zum anderen ist es der Fraktion ein Anliegen, die Zusammensetzung der ALI-Kommission und die Vergabekriterien so anzupassen, dass das Geld, das eigentlich an die Innenstadt zurückfliessen sollte, auch ausgegeben werden kann. Zum Schluss meint die Sprechende: Die SP-Fraktion unterstützte die Überprüfung der Idee eines City-Managements als innerstädtische Koordinationsstelle und Brückenbaueinrichtung. Der vorliegende Bericht hat die Aufgabe dieser Prüfung gut erfüllt, so gut, dass er der SP-Fraktion deutlich gemacht hat, dass sie nicht hinter der favorisierten Variante 1 in dieser Form stehen kann. Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, wird aber einen Antrag auf blosser Kenntnisnahme stellen. Von einer Rückweisung des Berichts und Antrags verspricht sich ein Grossteil der Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt keinen Mehrwert, weil sie den Bericht und seine Analyse grundsätzlich nicht ablehnt und weil es heute um einen Vorschlag für eine Variante geht, und nicht schon um ein ausgereiftes Projekt. Die SP-Fraktion sieht aber, wie gesagt, in dem Vorschlag noch keine vielversprechende Variante, die ihren Anliegen umfassend Rechnung tragen würde. Darum verlangt die Fraktion keine Rückweisung, sondern stellt einen **Antrag auf blosser Kenntnisnahme** des Berichts.

**Thomas Gfeller:** Der vorliegende Bericht und Antrag zum City-Management bereitet auch der SVP-Fraktion Mühe. Darin wird lange und repetitiv erwähnt und argumentiert, dass ein City-Manager notwendig ist. Was die Aufgaben des City-Managers sein werden, wird man in einem separaten Planungsbericht erfahren, der später erscheinen wird. Konkret heisst das: Heute wird nur entschieden, ob die Stadt einen City-Manager benötigt, ob die Stadt diesen will, wie man diesen finanziert, dass dieser nicht in der Stadtverwaltung anzusiedeln ist und dass das City-Management gemäss Variante 1 als eigenständige Organisation tätig sein muss. Das ist der Inhalt dieses Berichts und Antrags – oder zumindest hat die Fraktion das so verstanden. In der Stadt Luzern gibt es bereits diverse Organisationen und Mittel, die für die Wiederbelebung der Innenstadt Beiträge leisten und leisten können: den Detaillistenverband, die City Vereinigung, Hoteliers, den Wirtschaftsverband, die Stadt, die den ALI-Fonds mit jährlich Fr. 250'000.– alimentiert. Neu sollen zusätzlich, als Anschubfinanzierung innerhalb der nächsten fünf Jahre, rund Fr. 600'000.– von der Stadt für den City-Manager gesprochen werden. Mit anderen Worten kann man sagen, dass das Konzept ALI-Fonds gescheitert oder zu wenig benützt worden ist. Neu soll es der City-Manager richten. Von den Fr. 250'000.–, die der ALI-Fonds jeweils erhielt, wird nun ein grosser Teil als Personalvergütung verwendet. Daher braucht es jährlich weitere Gelder, im Durchschnitt rund Fr. 120'000.–. Die Frage, die sich die SVP-Fraktion stellte – und die der Sprechende als berechtigt anschaut –, lautet: Warum ist die Installation des City-Managers den Wirtschaftsorganisationen nicht selbst in den Sinn gekommen? Warum braucht es dazu einen politischen Vorstoss? Innerhalb der Partei, aber auch in den Diskussionen mit Kollegen und Wirtschaftsorganisationen, wurde die Frage kontrovers diskutiert und beantwortet. Vielfach hörte die Fraktion Aussagen wie mangelnde Zeit, fehlende Ressourcen, fehlende Professionalität. Die Argumentation kann die Fraktion sehr gut nachvollziehen, denn die meisten Engagements fallen in die Freizeit und werden, wenn überhaupt, monetär nur schlecht entlohnt. Wenn die Meinung vertreten wird, dass jetzt der City-Manager oder die City-Managerin das schon richten wird, sieht das die SVP-Fraktion etwas anders; sie steht dem kritischer gegenüber. Ein City-Manager alleine wird es nicht richten können. Es muss ein Team aus Politik, Wirtschaft und anderen Akteuren sein, das zusammenarbeitet. Eine Person muss zusammentragen, eine motivieren, eine agieren, reagieren, entscheiden, planen und kontrollieren. Als bürgerliche Fraktion ist die SVP selbstverständlich daran interessiert, dass die Altstadt zur alten Blüte zurückkehren kann. Allerdings sind die Problemstellungen sehr komplex. Es fängt schon damit an, dass unterschiedliche Auffassungen bestehen, wie man sich die Altstadt vorstellt. In welche Richtung soll es gehen? Geht es vorwiegend um betriebswirtschaftliche Interessen, geht es um kulturelle oder um ökologische Aspekte? Die einen wünschen einen Branchenmix, die anderen mehr Grünfläche und eine weitere Gruppe wünscht Sitzgelegenheiten. Die Anforderungen an die Stelle erachtet die Fraktion als sehr herausfordernd. Für sie grenzt das schon fast an eine Suche nach der eierlegenden Wollmilchsau. Ob die Stadt einen City-Manager braucht, bejaht die SVP-Fraktion mit der Bemerkung, dass sie sich vorstellen kann, dass jemand die Fäden zusammenführt und vernetzt.

Auch die Frage, ob die Person ausserhalb der Stadtverwaltung agieren soll, würde die Fraktion mit Ja beantworten. Wie man aus den Erläuterungen des Sprechenden entnehmen kann, ist die SVP-Fraktion jedoch sehr kritisch eingestellt. Sie wird die Stelle aber nicht verhindern und nimmt den Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis. Die SVP-Fraktion ist sehr gespannt, wie der in Aussicht gestellte Planungsbericht aussehen wird.

**Irina Studhalter** nimmt das Wichtigste vorweg: Die G/JG-Fraktion beantragt Rückweisung zur Überarbeitung. Falls eine Mehrheit entscheidet, dass der Rat auf den Bericht und Antrag eintritt, wird die G/JG-Fraktion zwei Protokollbemerkungen stellen mit dem Ziel, den Aspekt des Sozialraums ins City-Management zu inkludieren.

Im Postulat 217 vom 29. Juni 2018, das ein City-Management forderte, ist die Rede von der Attraktivierung der Innenstadt. Es soll «Handel, Verwaltung, Kulturschaffende und Bevölkerung» zusammenbringen. Im B+A 12/2022 wird auf Seite 3 von einer «Attraktivitätssteigerung und Belebung einer Innenstadt» gesprochen und schliesslich will der Bericht und Antrag den ALI-Fonds ins City-Management überführen (ALI steht für «Attraktivierung der Luzerner Innenstadt»). Die Sprechende würdigt die ausführliche Situationsanalyse. Aber – hier macht sie eine kleine Pause – man hat es geschafft, gestützt auf diese Analyse einen Vorschlag für ein City-Management zur Attraktivierung der Innenstadt auszuarbeiten, der nur und allein die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt. Nichts von Kultur, Bevölkerung, nichts von Aussenraum, nichts von Quartier, nichts von öffentlichen Plätzen findet Erwähnung, kurz: Der Sozialraum ist in diesem Bericht und Antrag in keiner Weise berücksichtigt worden. Das ist für die G/JG-Fraktion inakzeptabel.

Die G/JG-Fraktion ist auch der Meinung, dass Läden und Gastrobetriebe für die Innenstadt wichtig sind. Aber genauso wichtig sind in ihren Augen Faktoren wie Erreichbarkeit, Veloparkplätze, Parks, Bänkchen zum Ausruhen, keine Lärmbelastung, eine gute Ausleuchtung am Abend, Orte, wo Kinder sich sicher bewegen können usw. Der Quartierverein Hirschmatt-Neustadt schreibt zum Beispiel in seiner Stellungnahme von attraktiven Stadträumen. Der Quartierverein vertritt einen ganzheitlichen Ansatz. Am Rande sagen sie, dass sie an ihre Grenzen kommen bezüglich Gestaltung und Nutzung von Strassenräumen und dass sie sich Unterstützung durch ein City-Management erhoffen. Das Feld der Raumplanung, der Stadtplanung, der Lebensraumgestaltung ist sehr interdisziplinär geworden; aber in diesem Bericht und Antrag tönt es nicht so, als hätte das die Stadt gemerkt. Es gibt in der Stadt eigens eine Abteilung Quartiere und Integration (QUIN), in welcher Expertinnen und Experten unter anderem für diese Themen arbeiten. Die Sprechende versteht nicht, warum diese nicht zum Beispiel in die Situationsanalyse miteinbezogen wurden. Offenbar war der Stadtrat auf dem einen Auge blind.

In der Gemeindestrategie 2019–2028 legte der Grosse Stadtrat den strategischen Schwerpunkt S2 fest «Quartiere stärken» und den Schwerpunkt S7 «Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum». Im Legislaturprogramm 2022–2025 gibt es den Legislatorschwerpunkt L3 «Lebenswerte Stadt», der das Legislaturziel Z3.2 «Öffentliche Räume» hat. Die Fraktion fordert, dass sich das City-Management auch entlang dieser Schwerpunkte bewegt und einen Teil zu deren Umsetzung beiträgt.

Zusammenfassend: Für die G/JG-Fraktion deckt der Bericht und Antrag erst die eine Hälfte ab, die andere Hälfte zum Aspekt Sozialraum muss zuerst noch erarbeitet werden. Die G/JG-Fraktion **beantragt deshalb Rückweisung des B+A zur Überarbeitung.**

**Damian Hunkeler:** Im Gegensatz zur SVP-Fraktion, hatte die FDP-Fraktion schon bei der Einreichung des Postulats eine eher kritische Haltung zur Einführung eines City-Managements. Wie man jetzt in der Diskussion im Rat gehört hat, ist es offensichtlich ein schwieriges Thema.

Das City-Management ist aber ein sehr spannendes Beispiel, um den politischen «Hertenstein»-Graben zwischen Ost und West bzw. links und rechts zu beobachten: Auf der einen Seite der Stadtrat mit seinem von den bürgerlichen Parteien getragenen vorliegenden Bericht, in dem das City-Management im allgemein verständlichen Sinn als Attraktivierung der Innenstadt durch Flanierzonen, schöne Geschäfte, einen guten Branchenmix, vielfältige Gastronomie verstanden wird, und wo steht, dass sich das City-Management mit der Zeit auch selber finanzieren soll. Die ältere Generation der Fraktion erinnert sich gut und gerne an die Zeit zurück, als in der Stadt vom Feinkostladen bis zum Sportgeschäft alles vorhanden und der Donnerstag-Abendverkauf der grosse Treffpunkt in der Stadt war – die Stadt war belebt.

Auf der anderen Seite die Linken, die die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit weiter einschränken wollen, möglichst viele konsumfreie Zonen und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung suchen und im City-Management eine staatliche Vermittlungsagentur sehen für leer stehende Flächen, für Pop-up-Läden etc. Selbstverständlich würde das niemand finanzieren wollen und so müssten die ganzen Kosten durch die Steuerzahler finanziert werden. Viele der linken Anliegen werden allerdings schon in verschiedenen Abteilungen der Verwaltung bearbeitet und berücksichtigt. Die Erwartungen der Linken spannen einen so grossen Bogen, dass es fast ein neues Super-Departement mit zusätzlichem Stadtrat bräuchte, um alles unter einen Hut zu bringen. Für die FDP-Fraktion ist das weit am Thema vorbei. Sie kann die Stossrichtung des Stadtrates im Bericht mittragen, aber nicht mehr. Sie ist eindeutig der Meinung, dass das City-Management eine professionelle Organisation sein muss, die eine klar wirtschaftlich orientierte Handlungsperspektive hat, aber auch einen ganzheitlichen, anspruchgruppenorientierten Ansatz verfolgt. Es geht um eine kooperative Innenstadtentwicklung, wie man es bei den Best-Practice-Beispielen sieht, aber ganz klar unabhängig von der Stadtverwaltung, und eigenständig.

Die FDP-Fraktion tritt ein und stimmt dem Bericht und Antrag, so wie er vorliegt, zu. Sollten Bemerkungen überwiesen werden, die die blaue Linie der Fraktion überschreiten, wird sie einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme stellen.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** dankt für die interessante Auslegeordnung. «Leere Läden an bester Lage»; «Die Detailhandelskrise ist in der Luzerner Altstadt angekommen»; «In Luzern wütet das Ladensterben wegen Corona und Onlinehandel». Das sind Originalschlagzeilen aus den letzten Monaten oder Jahren. Innenstädte als Einkaufs-, Gastronomie- und Erlebnisstandorte sind zunehmend mit anspruchsvollen Herausforderungen konfrontiert. Sie haben sich durch die Pandemie und den wachsenden Onlinehandel noch verschärft. Aber der Branchenmix war auch schon vor der Pandemie ein Thema in Luzern. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die zahlreichen Herausforderungen für die Luzerner Innenstadt weiterhin bestehen werden und dass sie nicht abnehmen, sondern dass neue dazukommen werden. Aufgrund eines überwiesenen Vorstosses hat der Stadtrat eine Auslegeordnung gemacht. Der Vorschlag des City-Managements, den der Stadtrat nun unterbreitet, ist aus seiner Sicht ein Instrument, um die Herausforderungen erfolgreich meistern zu können und die Innenstadt Luzern nachhaltig attraktiv zu halten für die Bevölkerung – diese ist im Bericht und Antrag sehr wohl vertreten –, für Unternehmerinnen und Unternehmer, Kulturschaffende, für Eventleute von Anlässen in der Alt- bzw. Innenstadt und für Gäste. Die Unterscheidung zwischen Altstadt und Innenstadt lässt die Sprechende den Bogen spannen zur vorhin gestellten Frage, ob nicht die City Vereinigung die Aufgaben eines City-Managements übernehmen könnte. Die City Vereinigung ist eine mitgliederfinanzierte Organisation, die vor allem in der Altstadt dominant ist. In der Innenstadt wirkt der Quartierverein Hirschmatt-Neustadt, weitere Organisationen gibt es im Bruchquartier. Die City Vereinigung deckt nicht alle Interessen und unabhängig alle Detailhandels- oder Innenstadtanliegen in der Stadt Luzern ab. Sie ist eine mitgliedergeführte Organisation, ein Verein, der Interessen seiner Mitglieder vertritt. Aber was ist ein City-Management? Unter einem City-Management versteht der Stadtrat eine professionelle Organisation zur Attraktivitätssteigerung und Belebung von einer Innenstadt, die die Kommunikation und Kooperation fördert und die Aktivitäten in einem ganzheitlichen Ansatz bündelt. Die Vermittlungsarbeit, die zwischen Vermieterinnen/Vermietern und potenziellen Mieterinnen/Mietern vermisst wird, ist sehr wohl in diesem Konzept mitgedacht. Die Sprechende weiss nicht, wieso man zur Aussage kommt, dass diese Person das nicht machen würde. Sie soll generell vernetzen, koordinieren und Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Das ist die Idee. Wenn dem City-Management zu Ohren kommt, dass bald eine Ladenfläche leer wird, soll die Person Kontakt zur Vermieterschaft aufnehmen und diese darauf aufmerksam machen und sensibilisieren, dass an diesem Ort in der Innenstadt eine Lücke im Angebot besteht, damit die leer stehende Ladenfläche nicht sofort dem Meistbietenden vermietet wird und somit eine Branche überhandnehmen könnte. Das wäre eine echte Bereicherung, von der alle profitieren würden und ist genau ein Teil dieser Aufgabe. Ein City-Management ist ein geeignetes Instrument, um Perspektiven aller Nutzerinnen und Nutzer der Innenstadt in Diskussion zu bringen und zu vernetzen. Funktioniert so ein City-Management überhaupt? Bei einem City-Management handelt es sich um ein Instrument, das sich in der Praxis bewährt hat. Im Bericht werden diverse Beispiele aufgezeigt. In Städten in Deutschland und Österreich ist es ein Instrument, das seit Jahrzehnten erfolgreich angewendet wird, jeweils zugeschnitten auf die konkreten lokalen Bedürfnisse, die sehr unterschiedlich sein

können. In der Schweiz hat das Konzept eines City-Managements in den letzten Jahren auch an Bedeutung gewonnen. In der Stadt Basel gibt es ein solches bereits seit zehn Jahren und ist inzwischen auf etwa 450 Mitglieder angewachsen. Im Jahr 2020 sind in den Städten Rheinfelden und Aarau weitere City-Managements lanciert worden. Braucht die Stadt Luzern wirklich ein City-Management? Auch wenn Luzern im Vergleich zu anderen Städten eine ausserordentlich schöne Stadt ist, ist sie mit gleichen Herausforderungen konfrontiert wie sie andere Innenstädte auch haben, insbesondere beim Detailhandel. Die Frage ist also nicht, ob Luzern ein City-Management braucht, sondern ob es sich die Stadt Luzern leisten kann, auf die Einführung eines City-Managements zu verzichten. «Im Detailhandel leiden Lugano und Luzern am meisten unter der Covid-19-Pandemie». Auch das ist nicht eine Aussage der Sprechenden, sondern das ist das Resultat einer Untersuchung von PWC. Die Innenstädte leiden generell an sinkenden Passantinnen- und Passantenfrequenzen, an Leerständen von Ladenflächen, an Verdrängung von kleineren und lokalen Anbieterinnen und Anbietern durch die grossen nationalen, aber vor allem auch internationalen Ketten. Auch für die Stadt Luzern ist Handlungsbedarf gegeben. Man muss dem rechtzeitig begegnen. Profitiert nur die Wirtschaft, wie das heute angedeutet wurde? Was ist mit dem Sozialraum, mit dem Raum generell? Es sind immer Menschen, die mit ihrem Engagement das vielseitige Angebot prägen, die die Attraktivität der Luzerner Innenstadt als Lebens-, Erlebnis- und Einkaufsort gestalten. Ein Unternehmen oder ein Geschäft ist nur so gut, wie die Menschen sich dafür einsetzen; es geht am Schluss immer um Menschen. Der Stadtrat will, dass sie gerne in die Innenstadt arbeiten kommen und diese auch mitgestalten. Die Stärkung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ist darum ein wichtiger Aspekt einer attraktiven Innenstadt und daran arbeitet die Stadt seit vielen Jahren. Um zu zeigen, was alles bereits unternommen wurde, und um die Befürchtung zu nehmen, dass das neue City-Management diese Aufgabe übernehmen müsste, weil bisher nichts gemacht wurde, seien folgende Beispiele erwähnt: Es gibt eine Abteilung Stadtplanung, die eine übergeordnete räumliche Strategie macht zur Planung und Gestaltung des städtischen Raums in Bezug auf die Nutzung, Bebauungsdichte, Freiraumqualität und die Wohnraumpolitik. Es gibt Strategien zur Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Stadtraums. Konkret gibt es einen Bericht und Antrag aus dem Jahr 2019 mit dem Titel: «Stadtraumstrategie». Es gibt auch Projekte wie den Durchgangsbahnhof, von dem heute schon gesprochen wurde und der die Innenstadt verändern wird, es gibt ein grosses Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen, es gibt Projekte zur Neugestaltung Inseli und der Bahnhofstrasse, zur Aufwertung des Geissmattparks, es gibt das Betriebs- und Gestaltungskonzept der Tribtschenstrasse. Oder, was schon etwas zurückliegt: Tritt man aus dem Regierungsgebäude, wird ersichtlich, was in der Kleinstadt alles neugestaltet wurde, Pfistergasse etc. Ist das nicht Innenstadt-Aufenthaltsqualität, Aufwertung des öffentlichen Raums? Und unter dem Stichwort Denkmalpflege, Kulturgüterschutz lässt sich folgendes festhalten: In den letzten Jahren hat die Stadt sämtliche öffentliche Brunnen saniert. Jeder Brunnen ist nun beschrieben, man kann seine Geschichte via App nachlesen. Ist das nicht Aufwertung des öffentlichen Raums, das die Stadtverwaltung seit Jahren macht? Neben den baulichen Massnahmen gibt es im Moment auch temporäre Gestaltungen, beispielsweise am Grendel, in der Waldstätterstrasse, beim Löwenplatz oder auch mittels saisonalen Pop-up-Parks. Aber auch das Geschäft über die Revision des Parkierungsreglements, über das der Rat letztes Jahr intensiv gesprochen hat, und bei dem festgelegt wurde, dass man Poller installiert, damit nicht mehr jedes Auto in die Innenstadt fahren kann: Hat das nichts mit Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu tun? An die Bänkli-Diskussion vor fünf Jahren möchte die Sprechende gar nicht erinnern, als man unterschiedliche Sitzmöblierungen ausprobiert hat. Macht die Stadt wirklich nichts zur Attraktivierung? Die Sprechende hat das Gefühl, dass die Stadt in dieser Beziehung sehr viel macht. Der öffentliche Raum wird aktuell auch im Rahmen der Kulturagenda thematisiert. Dort geht es um kulturelle Initiativen im öffentlichen Raum, die auch wieder zur Attraktivierung der Innenstadt beitragen werden. Das alles sind Kernaufgaben der Stadt Luzern. Auch die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen zum Beispiel, um noch weitere zu nennen, versucht die verschiedenen Nutzungen im öffentlichen Raum so zu koordinieren, damit die Aufenthaltsqualität in einem ausgewogenen Verhältnis steht, damit Wohnen und Event in der Altstadt vereinbar bleiben. Die genannte Dienstabteilung probiert darauf hinzuwirken, dass der öffentliche Raum als Sozialraum funktioniert und nicht einseitig belastet oder nur rein kommerziell genutzt wird. In der Diskussion wurde auch die Quartierentwicklung genannt. Die Abteilung QUIN funktioniert. Sie koordiniert die Umsetzung der vielfältigen Massnahmen von Quartier- und Stadtteilpolitik, sie berät und unterstützt die Stadtverwaltung bei partizipativen Lösungsfindungen mit der Bevölkerung, mit den Anspruchsgruppen, sie leitet und begleitet Quartierentwicklungsprojekte, sie ist

in den verschiedenen Stadtteilen mit eigenen Büros präsent, sie stellt ihr Wissen auch als Anlaufstelle der ganzen Bevölkerung zur Verfügung, ist Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Stadt und leitet Anliegen weiter etc. All das zeigt hoffentlich, dass sich die Stadt Luzern bereits jetzt intensiv und vielseitig dem Thema Sozialraum und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum annimmt. Der Gegenstand des vorliegenden Berichts und Antrags, das City-Management, ist bisher zu kurz gekommen. Deshalb will der Stadtrat in diesem Bereich etwas unternehmen. Der ALI-Fonds wurde bereits erwähnt. Dieser Fonds führte in den letzten Jahren immer wieder zu Kritik. Während der Pandemie machten andere Leute von den Angeboten Gebrauch, der ALI-Fonds war aktiv und man unternahm neue Sachen. Im Vergleich zu vor ein paar Jahren schätzt die Sprechende den Unmut bezüglich des ALI-Fonds heute etwas geringer ein. Die Frage ist, ob man den ALI-Fonds weiterentwickeln soll. Doch der ALI-Fonds hat keine personellen Ressourcen. Ihre Aufgabe ist es, eingegebene Projekte auf ihre Unterstützungsberechtigung zu prüfen. Bei den vielen ehrenamtlichen Engagements fehlt jemand, der einfach da ist, der dafür bezahlt wird, sich jeden Tag um ein Thema zu kümmern. Das ist der Gegenstand des vorliegenden Berichts und Antrags. Das City-Management hat eine leicht wirtschaftliche Ausprägung, aber nichtsdestotrotz soll die Person, die das City-Management nachher führt, ganzheitlich denken und die verschiedenen Player vernetzen. Die Frage ist auch, was man unter Wirtschaft versteht oder weshalb Wirtschaft so negativ konnotiert ist. Es geht hier nicht um Renditeüberlegungen, sondern um die Vielfalt, um einen Branchenmix in der Innenstadt, damit alle Unternehmensgrößen, vor allem die kleineren Akteure und Akteurinnen, von einem City-Management profitieren können, Selbständigerwerbende und Kleinunternehmer. Niklas Keller, City-Manager von Bregenz, sagte in einem Interview mit Radio SRF, dass das City-Management vor allem den kleineren Betrieben hilft, weil die grossen, insbesondere die internationalen, in der Regel selber genügend Mittel und Möglichkeiten haben; sie brauchen ein City-Management weniger. Die Sprechende kommt am Schluss zu ihrem Appell: Mit dem City-Management soll der Detailhandel als drittgrösster Wirtschaftszweig der Stadt Luzern unterstützt werden, damit er die vielen Herausforderungen, mit denen er in den nächsten Jahren konfrontiert sein wird, meistern kann. Aber es geht nicht nur um das. Es geht auch um eine Vernetzungsfunktion mit den verschiedenen Branchen, mit der Gastronomie, Hotellerie, mit dem Gewerbe und auch mit der Kultur, insbesondere mit Fokus auf kleinere Unternehmerinnen und Unternehmer. Es wird sehr viel von der Persönlichkeit abhängen, die man für diese Funktion gewinnen kann. Sie muss einen rechten Spagat machen. Da kann man nicht alles in 100 Stellenprozent mit administrativer Unterstützung hineinpacken. Deshalb ist es wichtig, priorisieren zu können und einmal mehr zu vernetzen und die Anliegen weiterzuleiten. Der ganzheitliche Ansatz ist der Schlüssel, um die Innenstadt erfolgreich in die Zukunft zu führen; die Innenstadt soll den Stadtluzernerinnen und -luzernern gefallen und weiterhin attraktiv, vielfältig und lebenswert sein. Es wurde gefragt, ob als nächster Schritt ein weiterer Planungsbericht kommt. Das ist nicht die Idee. Es liegt hier ein Planungsbericht mit der ganzen Auslegeordnung vor und der Stadtrat möchte wissen, ob dieser auf Zustimmung trifft oder nicht. Die Sprechende ist aktuell noch nicht so sicher, in welche Richtung es gehen wird. Aber der nächste Schritt wäre die Umsetzung. Dafür müsste man das Reglement über den ALI-Fonds entsprechend anpassen. Das, was der Stadtrat von Anfang an gesagt hat, ist, dass ein City-Management nicht gleich funktionieren kann wie das Management eines Einkaufszentrums. Es geht ums Vermitteln und nicht ums Diktieren, im Sinne von zu bestimmen, von wann bis wann die Öffnungszeiten sind, zu bestimmen, ab wann das Kleiderangebot gross genug ist oder zu sagen, man möchte lieber noch eine Drogerie als etwas anderes in der Innenstadt haben. Das würde in der Innenstadt nicht funktionieren. Hier hat das Ganze einen softeren Ansatz. Im nächsten Schritt ginge es um die Reglementsänderung und um eine konkrete Ausgabenbewilligung.

**Irina Studhalter** weiss, dass nach der Rede einer Stadträtin oder eines Stadtrates das Wort nicht mehr ergriffen werden sollte. Doch man befindet sich immer noch in der Eintretensdebatte und der Sprechenden ist es ein Anliegen, den Antrag der G/JG-Fraktion, den Bericht und Antrag zurückzuweisen, nochmals in Erinnerung zu rufen. Finanzdirektorin Franziska Bitzi führte soeben aus, wie viele Projekte und Konzepte es bereits im Bereich Sozialraum in der Stadt Luzern gegeben hat, dass der Sozialraum bereits ein Faktor zur Attraktivierung ist und dass sich der Stadtrat dessen bewusst ist. Das findet die Sprechende sehr wichtig und wertvoll und dafür möchte sie ihren Dank aussprechen. Sie versteht aber nicht, warum man das nicht miteinander verknüpft, warum man für die Attraktivierung der Innenstadt die wirtschaftlichen Aspekte nicht mit den sozialräumlichen Aspekten verknüpft. Solange man im Rat über die Attraktivierung diskutiert und dabei nur den Einkaufsstandort und die Frequentierung der Geschäfte



meint, solange macht die G/JG-Fraktion nicht mit. Die Sprechende macht eine Bemerkung zu einem Aspekt, den sie noch nicht versteht: Von bürgerlicher Seite hört sie sehr viel Kritik, sie hört, dass die Aufgaben eines City-Managements von den Unternehmerinnen und Unternehmern selber übernommen werden sollen, dass das nicht von den Steuergeldern finanziert werden soll. Die Bürgerlichen beantragen aber am Schluss zustimmende Kenntnisnahme. Sie versteht nicht, wie man von den geäusserten Argumenten zu dieser Schlussfolgerung kommt. In ihren Ohren tönt das sehr inkonsequent und unehrlich.

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Der Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wurde in der Geschäftsprüfungskommission diskutiert und mit 2 : 7 : 1 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

**Der Antrag der G/JG-Fraktion auf Rückweisung zur Überarbeitung wird abgelehnt.  
Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 12/2022: «City-Management» eingetreten.**

DETAIL

*Seite 2 Verankerung in der Gemeindestrategie 2019–2028 und im Legislaturprogramm 2022–2025*

**Irina Studhalter:** Die G/JG-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat prüft eine Ergänzung mit folgenden Verankerungen:**  
**Strategischer Schwerpunkt S2 Quartiere stärken**  
**Strategischer Schwerpunkt S7 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern**  
**gemäss Gemeindestrategie 2019–2028;**  
**Legislaturschwerpunkt L3 Lebenswerte Stadt**  
**Legislaturziel Z3.2 Öffentliche Räume**  
**gemäss Legislaturprogramm 2022–2025.**

Wie bereits im Eintreten gesagt, ist es der G/JG-Fraktion wichtig, dass das City-Management breiter abgestützt ist als nur über die wirtschaftlichen Aspekte. Die verschiedenen Aspekte aus der Gemeindestrategie und dem Legislaturprogramm gehören genauso in den Bericht und Antrag und zum City-Management wie der Aspekt «attraktiver Wirtschaftsstandort».

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Geschäftsprüfungskommission auch gestellt und mit 4 : 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

**Lena Hafen:** Die SP-Fraktion wird dieser Protokollbemerkung zustimmen, weil mit diesen Ergänzungen ihre Vorstellungen eines City-Managements besser abgebildet werden. Es besteht ein gewisser Widerspruch, der auch in der Kommission nicht aufgelöst werden konnte. Man spricht von einem ganzheitlichen Ansatz, sagt aber, dass der Aspekt Sozialraum schon abgedeckt ist. Deshalb hat die SP-Fraktion kein Vertrauen, dass das City-Management in dieser Form die Brücken schlagen kann, die sich die Fraktion zu Beginn vorgestellt hat.

**Mirjam Fries:** Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Der ganzheitliche Ansatz ist auch ihrer Fraktion grundsätzlich wichtig. Aber diese Aufgaben sind wirklich im Stadthaus angesiedelt. In ihren Augen ist der City-Manager ein Externer mit einer engen Verbindung zur Stadtverwaltung. Er kann aber nicht alles abdecken. Wenn zu viele Aufgaben aufgebürdet werden, läuft man Gefahr, dass die Funktion überfordert ist. Wie Finanzdirektorin Franziska Bitzi vorhin ausgeführt hat, geht es darum, den Fokus auf die kleineren Läden zu richten. Es geht auch um Aufenthaltsqualität, aber der Hauptfokus liegt hier auf der Wirtschaft.

**Jules Gut** hat genau dasselbe zu ergänzen wie Mirjam Fries. Wenn die Protokollbemerkung überwiesen wird – davon geht der Sprechende aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat aus –, ist das aus Sicht der GLP-Fraktion ein neuer Auftrag. Man ändert die Spielregeln während des Spiels, und dementsprechend wird die Fraktion für eine ablehnende Kenntnisnahme des Berichts und Antrags stimmen.

**Damian Hunkeler:** Aus Sicht der FDP-Fraktion wird mit dieser Protokollbemerkung die blaue Linie gezogen. Falls die Protokollbemerkung überwiesen wird, plädiert die Fraktion für eine ablehnende Kenntnisnahme des Berichts und Antrags.

**Marco Müller** versteht im Moment die Welt nicht mehr. Wie Finanzdirektorin Franziska Bitzi vorhin gesagt hat, ist das Anliegen vom Sozialraum mitgedacht. Sie sagte, dass das Vermitteln, Vernetzen von Interessen, von Leuten in einem grösseren Sinn, die in der Stadt wohnen, leben, sich aufhalten, genau die Aufgabe eines City-Managers oder einer City-Managerin ist. Jetzt hört der Sprechende von den Bürgerlichen, dass wenn die Protokollbemerkung überwiesen werden sollte, eine blaue Linie überschritten würde und sie deshalb die Protokollbemerkung nicht unterstützen würden. Die Protokollbemerkung fordert aber genau das, was Finanzdirektorin Franziska Bitzi mündlich gesagt hat und was der Sprechende von Leuten, die an den Workshops teilgenommen haben auch hörte, nämlich dass der Sozialraum ein Thema war, aber im Bericht und Antrag nirgends niedergeschrieben ist. Der Sprechende kann die Haltung der Bürgerlichen nicht verstehen. Entweder sagt man, und so hat er es auch stark aus dem Votum von Finanzdirektorin Franziska Bitzi herausgehört, man wolle etwas machen in der Stadt und dann braucht es einen gesamtheitlichen Ansatz, der sowohl den Interessen des Detailhandels als auch den Leuten dient, die sich dort aufhalten und dort wohnen, oder – und das machen nun die Bürgerlichen – man sagt, es gehe doch nur um das Kleingewerbe und um den Detailhandel, ansonsten würden sie das City-Management nicht mehr unterstützen.

**Stefan Sägesser** dankt für das engagierte Votum von Marco Müller seitens der G/JG-Fraktion. Es geht um die Frage, wer was macht, nicht darum, dass man das City-Management nicht will. Aber es geht um die Frage, wie viele Stellen es in der Stadtverwaltung braucht, die sich um das gleiche Thema kümmern. Bei diesem Bericht und Antrag geht es klar um eine Wirtschaftsförderung: Was für ein Gewerbe will man in der Stadt? Und es geht um das dringende Problem, dass in der Stadt Luzern so viele Läden leer stehen, dass sogar Lenzburg auf die Stadt Luzern schaut. Die Altstadt von Lenzburg und weitere Innenstädte auf der Achse Aarberg–Baden sind bereits ziemlich leer. In Studien und in Büchern, die zu diesem Problem verfasst wurden, kann man nachlesen, was dagegen unternommen werden kann. Dramatisierend gesagt, scheint die Stadt Luzern in dasselbe Problem zu geraten, obwohl es natürlich noch nicht so schlimm wie in Lenzburg ist. Aber jetzt geht es darum, die Läden zu füllen, herauszufinden, was es als Zusatzangebot braucht. Das ist ein Wirtschaftsargument. Die Stadtverwaltung ist dafür da, den Gesamtraum anzuschauen, die Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung, den Tourismus und die Geschäfte zu sichern und zu schauen, dass alles besser zusammenspielt. Aber bei diesem Bericht und Antrag geht es um eine Stelle, die extern sein sollte, bei der es darum geht, Vertretungen und Interessen einzubringen, die nachher ausgehandelt werden können. Das wäre in den Augen des Sprechenden der normale Vorgang und deshalb brachte sein geschätzter Fraktionskollege Jules Gut die City Vereinigung nochmals ins Spiel: Die Stadt Luzern hat das Problem hauptsächlich in der Altstadt – und nicht an anderen Orten.

**Irina Studhalter** verweist auf den Titel des Kapitels auf Seite 2 des B+A: «Verankerung in der Gemeindestrategie und im Legislaturprogramm». Das bedeutet, man schaut, welche Aspekte, die der Rat in der Gemeindestrategie und im Legislaturprogramm festgelegt hat, im vorliegenden Bericht und Antrag aufgegriffen und bearbeitet werden. Vorhin wurde gesagt, es gehe um Aufenthaltsqualität und dass diese auch wichtig sei. Folglich ist es nur logisch, diesen Aspekt im Bericht und Antrag aufzunehmen. Die Fraktionssprecherin der Mitte sagte, dass eine Person alleine das nicht machen könne. Die Sprechende ist anderer Ansicht: Es gibt Ausbildungen, in denen man genau diese Fähigkeiten erwirbt. Falls die Protokollbemerkung nicht überwiesen wird, wird die G/JG-Fraktion ablehnende Kenntnisnahme des Berichts beantragen.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** versucht, eine Einordnung zu machen. Es kommt ihr so vor, als ob man im Moment eine Stellvertreterdebatte führen würde. Eigentlich haben alle recht mit dem, was sie sagen. Aber es geht genau um die Verankerung, um die Frage, wo man es in der Gemeindestrategie, im Legislaturprogramm, aufhängt. In den Augen des Stadtrates spricht nichts dagegen, weil die Tätigkeit eines City-Managers oder einer City-Managerin zu einer Vielfalt und Belebung der Innenstadt beitragen

wird. Wenn die Person ihre Aufgabe gut macht, wird das dazu führen, dass man sich vernetzt und koordiniert und dass die verschiedenen Anliegen auch ausgetauscht werden. Das heisst nicht, dass das eine explizite Aufgabe sein wird, aber ihre Tätigkeit wird dazu beitragen. Wie kann man das Anliegen aus der Protokollbemerkung im Ingress, zu Beginn des Berichts, verankern? Der Bericht ist geschrieben, der Grosse Stadtrat kann den Berichtsteil nicht anpassen. Aber dass es mit dem zu tun hat und all diesen Zielen dient, die Irina Studhalter aufgeführt hat, ist so. Wenn die Person das am Schluss erfolgreich macht, wird es all diesen Zwecken dienen. Aber es heisst nicht, dass diese Person von ihrem Hundertprozentpensum 30 Prozent dem Aspekt Sozialraum widmet, um soziokulturelle Animation in der Altstadt zu betreiben. Für das gibt es besser geeignete Leute. Man muss auseinanderhalten, wie es auch zum Teil gesagt wurde, was zur hoheitlichen Aufgabe der Stadtverwaltung gehört. Was wird ohnehin in der Bau-, in der Umwelt- und Mobilitätsdirektion, bei der Dienststelle Quartier und Integration gemacht? Es arbeiten bereits drei Direktionen mit unterschiedlichem Fokus an der Innenstadtqualität. Es kann nicht sein, dass diese Aufgabe für die eine Person ein massgeblicher Teil ihrer Arbeit ist. Aber die Wirkung soll genau in diese Richtung gehen. Die Sprechende weiss nicht, ob ihr Votum noch etwas in der Entscheidung hilft. Sie hat das Gefühl, dass die Meinungen vorgefasst sind. Wenn die Protokollbemerkung abgelehnt wird, lehnt es die eine Seite ab, wenn sie überwiesen wird, die andere. Das findet sie schade, denn wenn die Person erfolgreich sein wird, passiert das sowieso, ob es im Bericht und Antrag verankert ist oder nicht. Es spricht nichts dagegen.

**Baudirektorin Manuela Jost** erläutert ihr Verständnis dazu: Die Baudirektion befasst sich sehr intensiv mit diesem Thema. Die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums, die ganze Aufwertung, die Klärung von Stadtraumfragen und Sozialraumfragen muss innerhalb der Verwaltung geleistet werden. Das ist eine hoheitliche Aufgabe, die das Parlament den Direktionen übergeben hat. Diese Aufgabe soll und kann nicht delegiert werden. Die genannten drei Direktionen sind an dieser Aufgabe mit verschiedenen Projekten dran. Wichtig ist, dass der City-Manager oder die City-Managerin Kenntnis von all diesen Arbeiten hat, dass sie vernetzt ist und weiss, wo gerade ein Projekt läuft oder in Planung ist und dass er oder sie diese Informationen in die Überlegungen einfließen lässt. Die Tätigkeit des City-Managers, der City-Managerin wird wiederum einen positiven Effekt auf die Arbeiten haben, die die Stadtverwaltung leistet. Aber es kann nicht sein, und das will man auch nicht, dass eine externe Person kommt und sich in die hoheitliche Aufgabe einmischet. Die Stadt will mit der Person vom City-Management zusammenarbeiten, das Know-how vermitteln und vor allem eine positive Wirkung für die Stadt erreichen.

#### **Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung**

**Der Stadtrat prüft eine Ergänzung mit folgenden Verankerungen:**

**Strategischer Schwerpunkt S2 Quartiere stärken**

**Strategischer Schwerpunkt S7 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern gemäss**

**Gemeindestrategie 2019–2028;**

**Legislatorschwerpunkt L3 Lebenswerte Stadt**

**Legislaturziel Z3.2 Öffentliche Räume**

**gemäss Legislaturprogramm 2022–2025.**

*Seite 35 ff. 4.2.1 Handlungs- und Themenfelder*

**Irina Studhalter:** Die G/JG-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat prüft eine Erweiterung um ein zusätzliches Handlungsfeld «Sozialraum: Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern». Das zusätzliche Handlungsziel setzt die strategischen Schwerpunkte S2 und S7 gemäss Gemeindestrategie 2019–2028 und Legislaturziel Z3.2 Öffentliche Räume gemäss Legislaturprogramm 2022–2025 um und nutzt dafür unter anderem bestehende stadtinterne Kompetenzen.**

Die Sprechende meint, dass es dazu keine neue Begründung braucht und verweist auf die vorherige Diskussion. Mit dieser Protokollbemerkung gelingt nach Ansicht der G/JG-Fraktion eine noch konkretere Platzierung des Sozialraums in den Handlungs- und Themenfeldern des City-Managements.

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Die Protokollbemerkung wurde in der Geschäftsprüfungskommission gestellt und mit 4 : 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub:** Die Diskussion ist eigentlich geführt. Aber bei dieser Protokollbemerkung geht es um die Abgrenzung und nicht wie vorhin um die Einordnung dieses sozialräumlichen Ansatzes. Jetzt geht es darum, dieser Stelle ein zusätzliches Handlungsfeld zu geben. Damit würden Aufgaben und Verantwortungsgebiete, die bei der Stadtverwaltung sind und zum Teil bereits hoheitlich gemacht werden, vermischt mit Aufgaben, die eine externe Person macht. Damit ist der Stadtrat nicht einverstanden.

**Mike Hauser** dankt Finanzdirektorin Franziska Bitzi für das Votum. Es ist definitiv nicht die Aufgabe des City-Managers, denn wenn man einer Person Aufgaben gibt, muss man ihr auch Kompetenzen geben. Und Kompetenzen wird der City-Manager wahrscheinlich nicht haben, weil er weder eine Ausgabenkompetenz noch sonst etwas hat. Das Konzept sieht vor, dass ein grosser Teil dieser Stelle aus der Privatwirtschaft finanziert wird. Wenn die Stelle schlussendlich staatliche Aufgaben erfüllen muss, gibt es für die Privatwirtschaft aus Sicht des Sprechenden keinen Grund, diese Stelle zu finanzieren.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat prüft eine Erweiterung um ein zusätzliches Handlungsfeld «Sozialraum: Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern». Das zusätzliche Handlungsziel setzt die strategischen Schwerpunkte S2 und S7 gemäss Gemeindestrategie 2019–2028 und Legislaturziel Z3.2 Öffentliche Räume gemäss Legislaturprogramm 2022–2025 um und nutzt dafür unter anderem bestehende stadtinterne Kompetenzen.**

*Seite 54 f. Antrag und Beschluss*

I.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Es gibt drei verschiedene Anträge: Zustimmungse Kenntnisnahme gemäss Bericht, ablehnende Kenntnisnahme und blosser Kenntnisnahme.

**GPK-Vizepräsident Marco Baumann:** Die Geschäftsprüfungskommission beschloss zustimmende Kenntnisnahme, bei einem Stimmenverhältnis von 5 : 5 (ein Kommissionsmitglied abwesend) und Stichentscheid des Kommissionsvizepräsidenten zugunsten der zustimmenden Kenntnisnahme.

**Jules Gut:** Im Rat wurde soeben relativ viel von den Zielen abgeändert. Wirft man etwas über den Haufen, sind die Ratsmitglieder jeweils aufgefordert, möglichst klar zu sagen, was sie anders fordern. Der Sprechende möchte fürs Protokoll hören, was auf Seite Stadtrat angekommen ist. Er findet es schwierig, Geschäfte weiterzuverfolgen, die am Schluss nicht mehr viel mit dem zu tun haben, was der ursprüngliche Inhalt versprach. Wie gelingt die Quadratur des Kreises? Ist dem Stadtrat klar, was er jetzt machen muss/soll?

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** muss Jules Gut leider enttäuschen. Für den Stadtrat ist nach dieser Debatte nicht ganz klar, wie er weiterfahren wird, zumal auch die Mehrheiten nicht so klar sind. Klar ist, dass der Bericht und Antrag, so wie er entworfen wurde, nicht mehr umgesetzt werden kann. Mike Hauser sagte es vorhin, und es ist auch die These der Sprechenden: Private, die bereit sind, die Kosten für die Stelle des City-Managements zu übernehmen – der Stadtrat hat unter anderem Finanzierungszusicherungen von Detailhandelsverbänden –, werden kaum ein Handlungsfeld «Sozialraum» finanzieren. Aber das wird zu klären sein. Der Stadtrat wird in Rücksprache mit denjenigen Personen, die geholfen haben, das Konzept zu erarbeiten, schauen, wie es weitergehen kann. Ob man nun einfach den ALI-Fonds anpasst oder nicht, ist noch zu früh zum Sagen. Es wäre partnerschaftlich in einem Partizipationsprozess weitergegangen. Der Stadtrat kann das nicht für sich entscheiden, er ist auf die Kooperationen angewiesen. Von da her ist das Papier nicht Makulatur, es ist eine gute Auslegeordnung. Aber die Varianten stehen nicht mehr eins zu eins zur Auswahl. Festzuhalten ist, dass der Stadtrat den Auftrag

aus dem Vorstoss erfüllt hat. Er bringt mit dem vorliegenden Bericht und Antrag ein Konzept für ein City-Management.

**Mirjam Fries** bedauert, wie es jetzt herausgekommen ist. Das Konzept wurde in einem langen Prozess erarbeitet, es stehen viele Leute, viele Organisationen dahinter. Die Sprechende empfindet eine leichte Sturheit von linker Seite. Sie wollen dieses Thema hineindrücken, obwohl nicht klar ist, wie es schlussendlich funktionieren soll. Sie bedauert, dass man die Organisationen nun enttäuschen muss.

**Marco Müller** steht am gleichen Punkt wie vorher; er versteht es nicht ganz. Die G/JG-Fraktion forderte im Hinblick auf den Sozialraum, dass die Aufenthaltsqualität gesteigert werden soll. Das ist in einem Satz zusammengefasst, was heute mit den zwei Protokollbemerkungen dazugekommen ist. Der Sprechende ist überzeugt, dass das auch im Interesse des Detailhandels und der Liegenschaftsbesitzenden ist. Während Corona ermöglichte die Stadt den Restaurants, draussen eine Bestuhlung zu machen, und vor ein paar Jahren stellte der Detailhandel bunte Stühle vor die Läden. Das sind Aktivitäten, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt erhöhen. Gibt es noch mehr Hitzesommer, sagen die Leute irgendwann, sie würden lieber in ein klimatisiertes Shoppingcenter einkaufen gehen als in die heisse Innenstadt. Dann wird man sagen, es brauche mehr schattige Orte in der Stadt. Für den Sprechenden gibt es sehr viele Gemeinsamkeiten, die sich gut verbinden lassen. Wenn er nun hört, der Auftrag sei ein total anderer und man wisse nicht mehr, wie man diesen umsetzen solle, möchte er darauf hinweisen, dass die G/JG-Fraktion lediglich gefordert hat, den Aspekt des Sozialraums dazuzunehmen. Er ist überzeugt, dass das im Interesse des Detailhandels und der Wirtschaft ist wie auch der Leute, die in der Altstadt wohnen oder abends durch die Strassen flanieren. Auch diese haben ein Interesse, dass die Innenstadt lebt und nicht wie ausgestorben wirkt.

**Jules Gut:** Das, was Marco Müller sagt, wird von niemandem bestritten. Aber – und das bereitet der GLP-Fraktion am meisten Mühe –, es wird immer Partizipation und das Mitmachen an Prozessen verlangt. Der vorliegende Bericht und Antrag ist ein gutes Beispiel dafür. Genau das hat man gemacht, und zwar während einer sehr langen Zeit. Das Gewerbe hat sich engagiert und verkörpert schlussendlich eine etwas andere Meinung. Auch die GLP-Fraktion ist nicht mit allem, was sie sagen, einverstanden. Aber diejenigen, die in der Altstadt und Neustadt aktiv sind, sehen das etwas anders. Weshalb man jetzt im Rat versucht, das zu kehren, ist für den Sprechenden schwierig zu verstehen. Der erste Schritt wäre, dass man das City-Management nun nach Vision dieser aktiven Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden startet, dass die Stadt den Prozess begleitet und mit ihnen den Weg geht. So wie es jetzt aussieht, wird man aber in den nächsten zwei Jahren nichts oder nur wenig machen. Das empfindet der Sprechende als das Worst-case-Szenario. Man hat alle angehört, viele einbezogen, Meinungen abgeholt – und die Rückmeldungen sind relativ deutlich. Hier im Rat findet man aber, dass es anders ist und deshalb versenkt man das Konzept. Er findet das extrem schade. So wie er es verstanden hat, würde das City-Management nun innerhalb der Stadtverwaltung aufgebaut.

**Mike Hauser** dankt Marco Müller für sein Votum, das ihn motiviert, zwei Sachen zu sagen: Erstens, der Rat hat soeben zwei Protokollbemerkungen überwiesen. Eine Protokollbemerkung ist im Grundsatz ein Prüfauftrag. Wie Finanzdirektorin Franziska Bitzi richtig ausdrückte, wurde das Ganze im Verlauf des Prozesses schon geprüft und aufgrund dessen konnte sie sagen, dass ein Teil der Aufgaben von der Stadtverwaltung bzw. der Stadt abgedeckt ist und heute bereits gemacht wird. Zweitens, Marco Müller sagte, man habe gut gesehen, wie Corona Auswirkung darauf hatte, dass Restaurants Tische und Stühle draussen hinstellen durften. Der Sprechende kann ihm aber sagen, dass das nicht alle cool finden. Es gibt in der Altstadt sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner, denen es auf die Nerven geht, dass abends draussen sehr lange Musik gespielt und laut geredet wird. Genau das kann eine Aufgabe des City-Managers oder der City-Managerin sein. Diese Person kann die verschiedenen Varianten zusammenbringen, kann die Wirtschaft mit den Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner koordinieren. Deshalb braucht die Stadt einen Manager. Die Stadt braucht auch eine Koordinationsstelle, damit nicht drei Eröffnungsevents für eine Weihnachtsaktion in der Stadt Luzern stattfinden. Es ist schade, dass der Rat diesbezüglich jetzt an dieser Stelle steht.

**Adrian Albisser** findet erstaunlich, dass aufgrund von Protokollbemerkungen ein Geschäft abgelehnt wird. Die SP-Fraktion legte im Eintreten ihre Skepsis dar. Es gibt gute Gründe, ein City-Management zu machen. Aber wenn man es wirklich will, soll man auch dazu stehen, und nicht wegen Protokollbemerkungen sagen, man könne das Konzept deshalb jetzt nicht mehr unterstützen. Die Grundstossrichtung ist im Bericht dargelegt. Dazu hat die Fraktion einzelne Fragen, es gibt einzelne Punkte, die sie nicht vollends hätten unterstützen wollen. Es ist aber klar, dass diese Arbeit auch in einer Kleinstadt, in einer Altstadt wichtig ist. Der betriebswirtschaftliche Prozess hat auch Einfluss auf den Sozialraum. Mike Hauser spricht das Richtige an: Genau solche Probleme, die vor Ort auftreten, kann man lösen. Diese kann man auch lösen, wenn man die Protokollbemerkungen im Bericht und Antrag mitnimmt, nochmals prüft und dann zum Schluss kommt, dass diese vielleicht nur zu einem Teil umsetzbar sind. Aufgrund dieser zwei Protokollbemerkungen zu behaupten, irgendjemand wolle den Bericht abschiessen, ist leider eine politische Verzerrung.

**Christian Hochstrasser** fährt dort fort, wo Adrian Albisser mit seinem Votum endete. Wenn die leichte Korrektur dieses Berichts, die mit den zwei Protokollbemerkungen angestossen wird, dazu führt, dass diejenigen, die alle vom City-Management begeistert waren, diesen Bericht jetzt ablehnend zur Kenntnis nehmen wollen, dann stimmt etwas nicht. Dann müssen sie ehrlich sein und sagen, dass ihnen das City-Management nichts wert ist. Dann haben sie die Idee nicht ernsthaft verfolgt. Vielleicht will die eine Ratseite der anderen eins auswischen und den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen, weil es ihnen um etwas anderes geht. Aber wenn es ihnen ernst ist und sie das City-Management unterstützen wollen, wie der Sprechende das in den Eintretensvoten hörte, können die zwei Protokollbemerkungen sie doch nicht davon abbringen, am Schluss zustimmend oder mindestens neutral Kenntnis von diesem Bericht zu nehmen.

**Stefan Sägesser** muss es anders sagen: Grün-rot versenkt den City-Manager. Warum? Es geht um eine Aufgabenteilung, wer für was zuständig ist. Was ist die Aufgabe der Stadt? Die verschiedenen Anliegen zur Kenntnis nehmen, Partizipationsprozesse durchführen, eine gewisse vertraute Atmosphäre erreichen, damit alle am Schluss das gemeinsame Ziel erreichen, den Gesamtprozess in der städtischen Entwicklung vorwärtszubringen. Wenn nun aber Themen dermassen überlappt werden, wie soll dann der City-Manager, der halbwegs von verschiedenen Seiten finanziert werden soll, immer noch die Aufgaben erfüllen können? Das geht nicht. Am Schluss hat man tatsächlich einen Stadtangestellten. Das ist nicht das Schlechteste per se, meint er, aber in dem Prozess ist es wahnsinnig schwierig. So gibt es ein Aufgabengemisch, das man nicht mehr trennen kann. Dem Sprechenden wäre am liebsten, man hätte den partizipativen Prozess so, dass am Schluss der City-Manager vom Gewerbe bezahlt wird. Dann hätte die Stadt vis-à-vis einen Ansprechpartner, der sagt, was die Interessen des Gewerbes in der Stadt Luzern sind. Jetzt aber bringt die G/JG- und die SP-Fraktion den Sozialraum auf den Tisch, der für alle sein soll. Dann hat man Partizipation und kann einen Deal machen, was das Beste in jedem Moment für alle ist. Die beiden Fraktionen legen jetzt also diese Themen zusammen und sagen, die eierlegende Wollmilchsau solle das Problem lösen. Doch das wird so nicht gelöst werden können, meint der Sprechende.

**Damian Hunkeler:** Die Partei, die einen Rückweisungsantrag stellte, wirft der rechten Ratshälfte vor, sie wolle das Geschäft begraben. Die FDP-Fraktion sagte von Anfang an, dass sie mit dem von der Stadt aufgelegten Prozess einverstanden ist. Sie ist aber nicht einverstanden, wenn es eine städtische Stelle werden soll, die die Steuerzahler bezahlen müssten. Doch genau in diese Richtung scheint die linke Ratshälfte nun zu marschieren und deshalb soll sie nicht der rechten Ratshälfte vorwerfen, sie sei nicht konsequent. Das geht nicht.

**Irina Studhalter** kann den Vorwurf nicht einfach so auf der G/JG-Fraktion sitzen lassen. Die Position der Fraktion war von Anfang an transparent und wurde in der Kommission transparent diskutiert. Es stand auch so in der Medienmitteilung. Den Personen, denen das City-Management so wichtig war, hätten herauslesen können, was es zu tun gibt, um solch einen Bericht und Antrag in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Sprechende zitiert Markus Schulthess, Co-Präsident Quartierverein Hirschmatt-Neustadt: «Denn beim City-Management geht es nicht nur um den Detailhandel, sondern auch um eine gesamtheitliche

Attraktivierung der Innenstadt von Luzern mit Kultur, Gastro und attraktiven Stadträumen, davon profitieren Unternehmen wie auch Bewohner:innen. [...] Eine grosse Chance sehen wir zum Beispiel beim Anpacken zur Attraktivierung des Strassenraumes respektive der anderweitigen Nutzung der öffentlichen Flächen bezüglich der Parkplätze». Die Sprechende hörte in der Debatte oft, dass das City-Management Vernetzung und Vermittlung bedeute. Das ist in ihrem Verständnis nicht eine Entscheidungskompetenz. Es kommt wenig darauf an, ob die Stelle innerhalb der Stadtverwaltung oder extern ist, solange die Person Interessen vertritt und zwischen wichtigen Personen vermitteln kann. Die G/JG-Fraktion hat an diesem Bericht und Antrag gearbeitet und Vorschläge gemacht. Die Sprechende lässt es nicht auf ihrer Fraktion sitzen, dass sie es seien, die das City-Management für die Stadt Luzern bachab schicken würden. Sie haben sich dafür eingesetzt und inhaltlich daran gearbeitet.

**Simon Roth** ist diesem City-Manager gegenüber skeptisch, deshalb geht ihm die Diskussion nicht so nahe. Aber er staunt etwas über den Verlauf der Diskussion. Man muss sich bewusst sein, dass das Geld unter anderem vom ALI-Fonds zum City-Management geht. Der ALI-Fonds hatte bis jetzt den Zweck, die Luzerner Innenstadt zu attraktivieren. Wenn jetzt die Aufenthaltsqualität plötzlich kein Thema mehr sein kann beim City-Manager, dann bestätigt das die Skepsis der SP-Fraktion, dass es in die richtige Richtung geht. Von daher denkt der Sprechende, dass es schwierig ist, zu einem gemeinsamen Ziel zu kommen. Das Postulat 217 forderte zudem, dass eine der Aufgaben des City-Managers die Attraktivierung des Aufenthaltsorts sein soll. Die Forderung aus der linken Ratshälfte ist also nicht etwas ganz Neues.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** stellt zuerst die ablehnende und blosser Kenntnisnahme einander gegenüber, dann die obsiegende Variante dem Antrag des Stadtrates.

**In der Gegenüberstellung von ablehnender Kenntnisnahme und blosser Kenntnisnahme obsiegt die blosser Kenntnisnahme.**

**In der Gegenüberstellung von zustimmender Kenntnisnahme (Antrag des Stadtrates) und blosser Kenntnisnahme nimmt der Grosse Stadtrat den Bericht «City-Management» bloss zur Kenntnis.**

**II. Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 217, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Juni 2018: «Luzern braucht ein City-Management», als erledigt ab.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 12 vom 6. April 2022 betreffend

**City-Management**

- **Planungsbericht**
- **Abschreibung Postulat 217,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

- I. Der Bericht «City-Management» wird zur Kenntnis genommen.
- II. Das Postulat 217, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Juni 2018: «Luzern braucht ein City-Management», wird als erledigt abgeschrieben.

Pause 15.20–15.40 Uhr

**10 Postulat 152, Christa Wenger und Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 17. Dezember 2021:  
Landreserven und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und erweitern: In Stadt und Agglomeration keine Verkäufe von Liegenschaften der ewl**

**Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme**

**Christa Wenger hält namens der G/JG-Fraktion an der vollständigen Überweisung fest.**

In der Diskussion geht es somit nur noch um die vollständige Überweisung.

**Christa Wenger:** Die G/JG-Fraktion bleibt dabei: Sie will, dass die Grundstücke der ewl auf städtischem Gebiet entweder im Besitz der ewl bleiben, solange ewl sie braucht, oder andernfalls in den Besitz der Stadt wechseln können. Diese Idee findet anscheinend auch der Stadtrat nicht abwegig. Er schlägt jedoch keine wirklich sicherstellende Lösung vor; nach Ansicht der G/JG-Fraktion sollte man das besser machen. Dass das Vorkaufsrecht für das ewl-Stammgrundstück, auf welchem die ewl Areal AG ihr Projekt realisieren will, verlängert wird, kann die G/JG-Fraktion gut so stehen lassen. Die Fraktion hängt auch nicht an der Idee der Sachdividende, sie hält das einfach für einen guten Vorschlag, aber diesen kann man auch sein lassen. Die Sprechende versteht jedoch nicht, wieso der Stadtrat jetzt nicht auch in Bezug auf ein Vorkaufsrecht für das Grundstück Steghof einen Vorschlag macht, um diesen Teil zu regeln. Sie ist sicher, dass es für Verträge, mit welchen ein Vorkaufsrecht geregelt wird, Varianten gibt, sodass ein allfälliger Kaufpreis nicht einfach von einem Angebot von Dritten abhängig sein muss, sondern auf Schätzungen von zwei, drei unabhängigen Instanzen beruhen kann.

Die G/JG-Fraktion begrüsst es grundsätzlich, dass der Stadtrat den Umgang von ewl mit Liegenschaftsverkäufen im Rahmen der Beteiligungsstrategie regeln will. Sie versteht jedoch nicht, wieso dann nur eine Informationspflicht und keine Genehmigungspflicht ins Auge gefasst wird. Die Fraktion hält an der vollständigen Überweisung des Postulats fest, weil sie eine bessere Absicherung für ihr Grundanliegen will, dass diese Liegenschaften im Besitz der ewl oder der Stadt bleiben.

**Marco Baumann** ist nach dem Votum von Christa Wenger ein bisschen verwirrt: Die G/JG-Fraktion hält zwar an der vollständigen Überweisung des Postulats fest, will aber trotzdem nur einen Teil ihrer Forderungen weiterverfolgen und einen anderen Teil nicht. Der Sprechende weiss daher im Moment nicht genau, worüber der Grosse Stadtrat abstimmen wird. Er hält sich jetzt einfach an den Text des Vorstosses, wie er eingereicht wurde. Es geht um ein Verkaufsverbot für Liegenschaften der ewl an Dritte, das die Stadt ewl aufzwingen soll. Das kann die FDP-Fraktion natürlich nicht unterstützen, weil ewl eine eigenständige Aktiengesellschaft ist, die in ihrem Vermögen Grundstücke hat. ewl muss mit diesem Vermögen ihren Fortbestand sichern können. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es nicht legitim, wenn die Stadt Luzern ewl ein solches Verkaufsverbot aufzwingen wollte. Die FDP-Fraktion hätte die teilweise Überweisung des Postulats gemäss der Stellungnahme des Stadtrates unterstützen können, denn ein Vorkaufsrecht ist durchaus sinnvoll, gerade bei strategisch wichtigen Grundstücken und Liegenschaften, die für die Stadt



Luzern in Zukunft von Bedeutung sein können. Aber darum geht es jetzt offenbar nicht mehr, wie der Sprechende Christa Wenger verstanden hat; vielleicht kann sie sich noch einmal kurz dazu äussern. ewl braucht ihr Vermögen, wie in der Stellungnahme ausgewiesen ist, und möchte jetzt auch diejenigen Liegenschaften und Grundstücke, die nicht betriebsnotwendig sind, verkaufen. Das ist wichtig im Hinblick auf die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie; für dieses Riesenprojekt muss ewl genügend liquide Mittel haben. Darum ist es gerechtfertigt, dass sie die Möglichkeit hat, Grundstücke zu verkaufen. Der Stadt Luzern steht es natürlich frei, strategisch wichtige Grundstücke der ewl zum aktuellen Marktwert zu übernehmen; das sieht auch die FDP-Fraktion so. Dies ist nämlich die einzig saubere Lösung, um ewl finanziell nicht zu beeinträchtigen. ewl muss ihre Investitionen stemmen können, deshalb muss sie auch die Möglichkeit haben, aus strategischen Überlegungen Grundstücke zu verkaufen. Die FDP-Fraktion hätte wie gesagt die teilweise Überweisung des Postulats unterstützt, aber die vollständige Überweisung lehnt sie ab.

**Andreas Felder:** Auch die Mitte-Fraktion hätte mit der teilweisen Überweisung des Postulats leben können, die vollständige Überweisung lehnt sie jedoch ab. Für sie ist wichtig, dass die Grundstücke im Moment bei ewl verbleiben und der Handlungsspielraum von ewl nicht übermässig eingeschränkt wird. Das wäre mit der teilweisen Überweisung gewährleistet gewesen. Die Mitte-Fraktion teilt auch grundsätzlich die Ansicht der Postulantin und des Postulanten, dass sichergestellt werden soll, dass die Stadt die Möglichkeit hat, falls ewl diese Grundstücke an Dritte veräussert, sie selber zu erwerben. Über das Thema Veräusserung von Grundstücken der ewl hat der Grosse Stadtrat schon mehrmals diskutiert. Vorliegend geht es nur noch um die Grundstücke in der Stadt; der Sprechende hat in Bezug auf das Grundstück in Kriens vorhin nichts gehört. Er nimmt auch nicht an, dass der Vorstoss dieses Grundstück im Visier hatte, sondern es geht um das ewl-Stammgrundstück und das Steghof-Areal. Beim ewl-Stammgrundstück sieht der Sprechende überhaupt keinen Handlungsbedarf, denn dieses Grundstück wird ja von ewl genutzt, indem sie dort zusammen mit der Stadt und anderen Partnern das Projekt Rotpol verwirklichen will. Das ist, wie der Sprechende glaubt, durchaus im Sinn des Postulats. In der Stellungnahme des Stadtrates wird zudem aufgezeigt, dass das Vorkaufsrecht auch im Baurechtsvertrag noch abgesichert wurde; die Stadt wird dieses Grundstück sicher einmal erwerben können, falls ewl es veräussern würde. Die Sachdividende hat Christa Wenger vorhin einfach als eine Idee bezeichnet. Der Sprechende findet diese Idee überhaupt nicht gut, will aber nicht länger auf sie eingehen, denn darüber hat der Grosse Stadtrat schon bei anderen Gelegenheiten ausführlich diskutiert. Viel wichtiger ist es dem Sprechenden, Folgendes noch einmal festzuhalten: Falls die Stadt ein Grundstück der ewl erwirbt, soll das zum Verkehrswert geschehen, denn einerseits ist ewl zur Umsetzung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wärmeversorgung auf finanzielle Mittel angewiesen, und andererseits wurde bei der Verselbstständigung im Jahr 2001 ja darauf geachtet, dass ewl genügend Mittel erhält, um ihre Aufgaben überhaupt bewältigen zu können. Jetzt diese Mittel wieder abführen zu wollen ist widersinnig. Noch kurz zum Steghof: Die Vorgehensweise, die der Stadtrat in der Stellungnahme diesbezüglich aufzeigt, erachtet der Sprechende als zielführend. Die angedachten zusätzlichen Massnahmen hätte die Mitte-Fraktion so akzeptiert, auch wenn sie sie nicht als notwendig erachtet; es hätte nichts dagegengesprochen, sie auch noch aufzunehmen. Aber weil die G/JG-Fraktion jetzt an der vollständigen Überweisung festhält, lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion ist mit der Stellungnahme des Stadtrates einverstanden und hätte einer teilweisen Überweisung des Postulats zugestimmt, hinter einer vollständigen Überweisung kann sie jedoch nicht stehen und lehnt das Postulat deshalb ab. Die Dekarbonisierungsstrategie der ewl kostet enorm viel Geld, und dieses Geld ist momentan nicht vorhanden. ewl sucht nach Möglichkeiten, an Geld zu gelangen. Da bietet sich auch der Verkauf von Grundstücken an, die nicht betriebsnotwendig sind. Der Verkauf der Liegenschaften erfolgt ja nicht auf freiwilliger Basis, sondern geschieht im Sinn der Energie- und Klimastrategie, die durch einen Teil dieses Rates beschlossen wurde. Und genau dieser Teil des Rates verfolgt jetzt auch noch das Ziel, dass ewl für ihre Investitionssicherung keine Liegenschaften verkaufen darf. Das ist eher widersprüchlich. Woher soll ewl denn das Geld nehmen? Wie soll sie denn diese Investitionen stemmen?

Der Grosse Stadtrat diskutiert jetzt schon das zweite oder dritte Mal über den Verkauf von ewl-Grundstücken. Der Stadtrat und alle hier im Rat haben verstanden, dass man sein Silberbesteck nicht verscherbeln soll. Von Verscherbeln kann in diesem Fall aber mit dem verlängerten Vorkaufsrecht gar nicht die Rede sein. Und in Bezug auf die anderen Grundstücke werden ja Massnahmen geprüft, damit ihre Sicherung ausreichend gewährleistet ist.

Die SVP-Fraktion kommt zum gleichen Schluss wie der Stadtrat und lehnt die vollständige Überweisung des Postulats ab.

**Stefan Sägesser:** Für die GLP-Fraktion handelt es sich nicht unbedingt um ein monetäres Problem und es geht auch nicht um die Problematik des Verscherbelns. Es ist – genau wie vorhin beim City-Management – eine Grundsatzdebatte: Wer ist für was zuständig. Da werden fundamentale Rechte gegeneinander abgewogen und es kommt fast schon zu französischen Verhältnissen: «L' état, c' est moi!» oder «L' état, c' est nous tous!» Privatrechtlich gesehen gehören diese Grundstücke jedenfalls als Mitgift der ewl. Man könnte sagen, der Stadtrat habe in seiner Stellungnahme und mit der teilweisen Entgegennahme schon politische Zugeständnisse gemacht; er will ja den Finger darauf legen, auch beim Baurecht, er will dieses Grundstück für die Stadt sichern. Die Stadt darf kein Land mehr verkaufen, jetzt nimmt sie diesbezüglich auch ewl in die Pflicht. Aber eigentlich hat die Stadt gar kein Recht dazu. Das Land gehörte früher der Stadt, aber es gehört seit 21 Jahren der ewl. Wenn dieses Gebaren so weitergeht, bietet die Stadt ihren Partnerorganisationen gegenüber keine Rechtssicherheit mehr. Denn die sogenannte grünrote Mehrheit setzt sich über alles, was gilt, hinweg, es ist ihr völlig egal, sie macht es jetzt einfach so, wie sie es will. Wo soll das hinführen? Was ist die Stadt dann noch für ein Partner? Die geltende Rechtssituation besagt, dass diese Areale der ewl gehören. Das kann man bedauern, wie man auch bedauern kann, dass die städtischen Betriebe damals rechtlich ausgelagert und verselbstständigt wurden, aber es ist nun mal so. Dass man mit der Stellungnahme des Stadtrates nicht leben kann, die nach Einschätzung des Sprechenden schon haarscharf an der Grenze dessen ist, wo man noch eingreifen darf oder eben nicht, findet er völlig too much. Die GLP-Fraktion lehnt die vollständige Überweisung des Postulats ab.

**Mario Stübi** bemerkt zu Stefan Sägesser, dass man das als Politik bezeichnet. – Der Vorstoss ist die abgeschwächte Version des Postulats 144, das von Jona Studhalter und vom Sprechenden eingereicht worden war. Die SP-Fraktion hätte sich gewünscht, dass der Stadtrat wenigstens jetzt uneingeschränkt einlenkt und das vorliegende Postulat entgegennimmt. Aber er will der ewl einfach ein Hintertürchen offenlassen, dass sie dereinst doch noch Land an Private verkaufen kann. Eine Sachdividende scheint nach wie vor ein Tabuthema zu sein. Die SP-Fraktion unterstützt die vollständige Überweisung des Postulats.

**Christa Wenger** hat, seit sie im Grossen Stadtrat ist, schon einige Male gemerkt, dass es so eine Sache ist mit den teilweisen und vollständigen Überweisungen. Es tut ihr leid, dass sie Marco Baumann verwirrt hat. Der Grund liegt wohl darin, dass die G/JG-Fraktion ja durchaus bereit ist, ein Stück weit Zugeständnisse zu machen. Zur Klärung fügt die Sprechende hier gleich noch an, dass im Postulat in Bezug auf die Sachdividende eine Kann-Formulierung verwendet wird. Daher ist ihre Bemerkung in ihrem vorherigen Votum so zu verstehen, dass man dieses Thema im Moment als nicht so wichtig beiseiteschieben kann. In diesem Sinn wäre es möglich, das «teilweise» zu begründen.

Andreas Felder hat der Sprechenden weitgehend aus dem Herzen gesprochen, sie ist mit ihm über weite Strecken einig, da trifft das «teilweise» ein Stück weit zu. Der Sprechenden ist klar, dass die Grundstücke zum Verkehrswert verkauft werden müssen, ewl braucht dieses Geld. Das hat sie bereits in ihrem vorherigen Votum so gemeint. Die G/JG-Fraktion möchte jedoch nicht, dass der Verkehrswert durch Dritte bestimmt wird, also in diesem Sinn ein Hintertürchen offengelassen wird, um mit Mario Stübi zu sprechen, sondern man sollte einen anderen Weg finden, um den Verkehrswert dann irgendwann einmal zu ermitteln. Dazu gibt es Möglichkeiten, die Sprechende hat das abgeklärt – auch wenn hier wie bei anderen rechtlichen Geschichten die Meinungen der Juristen wahrscheinlich nicht alle gleich ausfallen.

Zu Stefan Sägesser bemerkt die Sprechende, dass ewl der Stadt gehört und die Stadt daher Möglichkeiten hat, über das Beteiligungsmanagement ihre Meinung kundzutun. Die Sprechende sieht keinen Grund, wieso die Stadt das Beteiligungsmanagement in Bezug auf die Grundstücke nicht deutlicher formulieren könnte. Im Postulat heisst es lediglich: «Der Stadtrat wird angeregt, sich bei der ewl dafür einzusetzen,

dass keine Liegenschaft in der Stadt Luzern und Agglomeration» – es stimmt, was Andreas Felder sagte: wahrscheinlich kann man von der Agglomeration im Moment absehen – «an Dritte verkauft wird.» Das ist das Kernanliegen des Postulats, das will die G/JG-Fraktion sicherstellen. Es ist gar nicht kompliziert. Aktuell wird das Thema wahrscheinlich ohnehin in nächster Zeit nicht, sondern vielleicht in 30 oder 40 Jahren.

Für **Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** ist dieses Postulat – nach dem vorhin behandelten B+A zum City-Management – ein weiteres Geschäft, das sie ein Stück weit ratlos macht. Bezüglich vollständiger oder teilweiser Überweisung ist es genau so, wie Marco Baumann sagte: Der Stadtrat möchte das Postulat nur teilweise entgegennehmen, weil er die Sachdividende ablehnt. Die Überführung von Liegenschaften als Sachdividende würde eine Enteignung oder Wertverminderung bei ewl bedeuten, denn es würde keine Entschädigung gezahlt, wie es bei einem Kaufgeschäft mit Gegenleistung der Fall wäre. Die übrigen Forderungen des Postulats hat der Stadtrat aufgenommen. Inzwischen ist auch allen klar, dass es da nicht um unzählige Grundstücke geht, welche ewl in ihrem Besitz hätte. Den Mitgliedern des Grossen Stadtrates wurde ermöglicht, in die damaligen Sacheinlageverträge Einsicht zu nehmen. Diese zeigen, was für Grundstücke die Stadt der ewl bei der Verselbstständigung mitgegeben hat. Im Grunde genommen geht es bei diesem Postulat um zwei Grundstücke: das ewl-Stammgrundstück, und das Steghof-Areal. Das sofortige Verkaufsverbot für das ewl-Stammgrundstück führte bei der ewl Areal AG zu grosser Verunsicherung. Es geht dabei um ein sehr wichtiges Projekt für die Stadt Luzern: Die Feuerwehr soll endlich ein neues Gebäude erhalten. Die Problematik in Bezug auf die Frage, ob ewl dieses Grundstück der ewl Areal AG verkaufen kann oder darf, wurde in der GPK aufgezeigt und diskutiert. Die Sprechende ist daher ernüchert, wenn man die Bemühungen des Stadtrates nicht anerkennt, eine Lösung aufzuzeigen. Natürlich kann man sagen, ein Postulat sei ja nur ein Prüfauftrag, eine Anregung zuhänden des Stadtrates, und es werde in Bezug auf die Sachdividende ja nur eine Kann-Vorschrift formuliert. Aber das Postulat hat doch auch Auswirkungen, es verunsichert die Partner der Stadt. Die Stadt ist, wie es Stefan Sägesser sagte, nicht mehr verlässlich, denn rechtlich gehören diese Grundstücke ewl. ewl ist eine eigenständige Aktiengesellschaft, die Stadt kann ihr diese Grundstücke nicht wegnehmen. Zu denken gibt der Sprechenden auch das generelle Misstrauen gegenüber dem Stadtrat. Das eine Grundstück, das ewl-Stammgrundstück, soll der ewl Areal AG im Baurecht abgegeben werden. Davon sind vielleicht nicht alle Fraktionen gleich begeistert, aber die Stadt will dort den neuen Feuerwehrstandort realisieren, und gleichzeitig gibt es all die Zusatznutzungen, die sie verlangt hat: gemeinnütziger Wohnungsbau, Nutzungen im Zusammenhang mit Altersthemen usw. Die Sprechende denkt, dass die Stadt in Bezug auf dieses Grundstück auf gutem Weg ist; sie hat das Vorkaufsrecht verlängert.

Das andere Grundstück ist der Steghof. Die Sprechende hat in ihrem Kalender nachgeschaut. In einer Protokollnotiz des Stadtrates vom 23. Mai 2018 – man rechne! – steht: «Ist der Stadtrat einverstanden, dass die Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub, der Dienstchef Immobilien und der Stabschef Baudirektion mit der ewl Gespräche für einen Kauf ihres Grundstücks Steghof noch vor den Sommerferien 2018 aufnehmen?» Antwort: «Ja.» – Die Sprechende sollte diese Gespräche in ihrer Funktion als stellvertretende Baudirektorin führen, weil Manuela Jost Verwaltungsrätin der ewl ist. Daraus ergaben sich im Kalender der Sprechenden folgende Termine:

16. August 2018, 16.30 Uhr: Vorbereitung Kaufverhandlungen Areal Steghof;

3. September 2018, 14.45 Uhr: Kaufverhandlungen mit ewl, Areal Steghof.

Der Stadtrat hat immer wieder gesagt und in den Vorstossantworten zu diesem Thema x-mal geschrieben, dass er diese Kaufverhandlungen führt. Es gibt keine anderen Angebote. Es gibt übrigens bereits Verkehrswertschätzungen für das Grundstück Steghof – Christa Wenger hat ja gesagt, sie habe sich erkundigt und bestätigt erhalten, dass man das machen könne. Es ist nicht so, dass die Stadt keine Ahnung vom Wert dieses Grundstücks hätte oder dass sie diese Kaufverhandlungen nicht ernsthaft führen würde. Aber im Moment ist es der falsche Zeitpunkt dazu. Aufgrund des Projekts Durchgangsbahnhof und weiterer Projekte in diesem Gebiet ist es im Moment nicht sinnvoll, dass die Stadt gerade jetzt dieses Grundstück übernimmt. Aber es gibt keine weiteren Käufer, mit welchen ewl Verhandlungen führt. Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme aufgezeigt, dass er die beiden Grundstücke – ewl-Stammgrundstück und Steghof-Areal – absichern will. Dieses Misstrauen, dass der Stadtrat nicht einhalten würde, was er in seiner Stellungnahme schreibt, versteht die Sprechende nicht, und ebenso wenig versteht sie, weshalb die

teilweise Überweisung nicht genügt. Der Stadtrat nimmt das Postulat nur teilweise entgegen, weil er gegen die Sachdividende ist, denn durch diese würde der ewl wichtige Substanz entzogen, die sie braucht, um die vom Grossen Stadtrat beschlossene Klima- und Energiestrategie zu finanzieren. ewl darf sich nicht weiter verschulden, ihre Eigenkapitalisierung ist wichtig, um ihre grossen Vorhaben umsetzen zu können. Aber die Mehrheit des Grossen Stadtrates scheint mit der teilweisen Entgegennahme des Stadtrates, mit seiner Stellungnahme nicht zufrieden zu sein. Der Stadtrat versucht alles Mögliche, er wird die Umsetzung auch noch in der Beteiligungsstrategie verankern. Wenn der Grosse Stadtrat die vollständige Überweisung des Postulats beschliesst, wird der Stadtrat es eben nur als Prüfauftrag mit einer Kann-Formulierung interpretieren, wie es vonseiten der Postulantin jetzt ja auch mündlich ausgeführt wurde. Der Stadtrat wird sicher nur in dem Rahmen tätig werden, der rechtlich zulässig ist.

**Jona Studhalter** muss Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub korrigieren: Der Stadtrat nimmt das Postulat nicht nur deshalb teilweise entgegen, weil er mit der Sachdividende ein Problem hat, sondern er schreibt: «Der Stadtrat lehnt ein Verkaufsverbot von Liegenschaften der ewl in der Stadt Luzern und Agglomeration an Dritte ab.» Ein solches Verkaufsverbot ist aber die Forderung der G/JG-Fraktion, sie will, dass ewl Grundstücke in der Stadt und in der Agglomeration nicht an Dritte verkauft. Deshalb hält die G/JG-Fraktion auch an der vollständigen Überweisung fest, sie ist nicht einverstanden damit, dass man ewl einen Freipass gibt, diese Grundstücke zu verkaufen.

Der G/JG-Fraktion ist es nicht ein so grosses Anliegen, ob die Stadt der ewl das Stammgrundstück 1:1 abkauft oder es im Verlauf der Jahre als Sachdividende erhält. Für die Stadtbuchhaltung macht das vielleicht einen minimalen Unterschied aus, aber finanziell gesehen gibt es keinen Unterschied, es ist genau das Gleiche: Am Schluss wird das Grundstück der Stadt gehören. Der Unterschied liegt rein im juristischen Vorgehen.

Mit diesem Postulat wird ein politischer Entscheid gefällt: Will der Grosse Stadtrat, dass ewl ihre Grundstücke an Dritte verkaufen kann oder nicht? Die Haltung der G/JG-Fraktion ist klar: Diese Grundstücke sollen nicht an Dritte verkauft werden. Es geht also nicht nur um eine juristische, sondern um eine politische Frage, was ewl machen darf. Das sollte der Stadtrat akzeptieren. Der Sprechende denkt, dass in der G/JG-Fraktion jedes Mal, wenn der Stadtrat sagt, er dürfe ewl nicht dreinreden, da sie eine selbstständige AG sei, jemand von der Ansicht, stadteigene AGs seien gut, zur Haltung wechselt, dass man diese Betriebe vielleicht doch wieder stärker einbinden sollte.

**Mario Stübi** entnimmt dem Votum von Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub, dass die Äusserungen in dieser Debatte für die Interpretation des Vorstosses durch den Stadtrat relevant sein werden. Daher will er ganz einfach noch einmal festhalten, wie die SP-Fraktion agiert: Je mehr Boden in dieser Stadt im Besitz der öffentlichen Hand ist, desto besser. Das ist ihre Handlungsmaxime.

**Stefan Sägesser:** Dann müsste die rotgrüne Mehrheit auch den Mut haben zu sagen, dass sie diese AG auflösen will. Das Gebaren, das die rotgrüne Mehrheit zeigt, hat mit Rechtssituation und dem Akzeptieren von unterschiedlichen Rechtsformen nichts zu tun, es hat nichts zu tun mit dem Akzeptieren der Kompetenz des Grossen Stadtrates. Und dieses Verhalten läuft immer mehr aus dem Ruder. Es gibt ganz klare Grundlagen, wer wofür zuständig ist: Was ist Aufgabe und Auftrag des Parlaments, was ist Aufgabe und Auftrag des Stadtrates, was sind die Aufgaben von externen Betrieben, selbst wenn sie aktienrechtlich gesehen im Besitz der Stadt und der städtischen Bevölkerung sind. Wenn die linksgrüne Mehrheit überall eingreifen will und übergriffig wird, ist das für die Stadt und ihre Partnerorganisationen problematisch. Die linksgrüne Mehrheit müsste den Mut haben und eine Initiative starten, oder deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie diese AGs aufheben und als städtische Betriebe zurückholen will.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** kann sich inhaltlich dem anschliessen, was Stefan Sägesser gerade sagte, auch wenn sie es wahrscheinlich anders formuliert hätte. Das Anliegen des Postulats ist schon längst beim Stadtrat angekommen. Aber rechtlich nicht zulässige, nicht erfüllbare Aufträge muss die Sprechende ganz klar zurückweisen. Wir leben in einem Rechtsstaat, in welchem Zuständigkeiten, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten rechtlich festgehalten sind. Aufträge, die nicht dem Recht entsprechen, kann die Sprechende ab einem gewissen Punkt nicht mehr ernst nehmen. Den Wunsch, dass man so viel Boden wie möglich bei der Stadt behalten will, hat der Stadtrat gehört, darauf kann er hinarbeiten.

Aber Aufträge, die nicht zulässig sind, kann er nicht entgegennehmen. Der Rechtsstaat ist wichtig, auch für die Verlässlichkeit, und dazu gehört auch das Finanzierungs-konzept. Dass man das Finanzierungs-konzept als Kleinigkeit abtut, es werde doch keinen Unterschied machen, erschüttert die Sprechende. Der GPK wurde das Konzept der ewl Areal AG und die Finanzierung, auf der es beruht, aufgezeigt: ewl soll für ihr Stammgrundstück einen Baurechtszins erhalten. Wenn das nicht zustande kommt, falliert das ganze Projekt. Die beteiligten Partner sind jetzt schon genügend verunsichert. Da geht es um Millionen, und für die Stadt geht es um ihre Feuerwehr. Jetzt wird ein Projekt, das über zehn Jahre vorbereitet wurde, mit solchen Bemerkungen, die Finanzierung mache doch keinen Unterschied, das sei eine Nebensächlich-keit, infrage gestellt.

**Christian Hochstrasser:** Das hat mit dem vorliegenden Postulat überhaupt nichts zu tun, sondern mit dem Postulat, das der Grosse Stadtrat im letzten Dezember überwiesen hat, in welchem es um die Sachdividende geht (Postulat 115: «ewl-Areal an der Industriestrasse als Sachdividende ausschütten»). Das Anliegen des vorliegenden Postulats ist es, dass sich der Stadtrat bei ewl dafür einsetzt, dass sie keine Grundstücke an Dritte verkauft. Dem Sprechenden leuchtet nicht ein, wo man da einen Rechtsbruch sieht. Der Sprechende zitiert: «Der Stadtrat wird angeregt» – im Sinn eines Postulats –, «sich bei der ewl dafür einzusetzen, dass keine Liegenschaft in der Stadt Luzern und Agglomeration an Dritte verkauft wird.» Nichts anderes steht hier drin. Dann gibt es eine Kann-Formulierung zur Sachdividende. Über die Sachdividende hat der Grosse Stadtrat lange genug diskutiert, deshalb darf man es sich wohl ersparen, diese Debatte heute noch einmal aufzugreifen. Der Sprechende will ein paar Überlegungen dazu einfach noch einmal ganz kurz veranschaulichen: Wenn ewl ein Grundstück zum Verkehrswert verkauft, erhält sie dieses Geld, und mit diesem Geld zahlt sie anschliessend die Dividende. Unter dem Strich kommt es auf das genau Gleiche wie eine gestaffelte Sachdividende heraus. Aber das ist nicht der Kern des Problems, sondern es geht um die Frage, in welchem Eigentum diese Grundstücke mittel- und vor allem langfristig sind. Der Sprechende kann die Aufregung in dem Sinn nachvollziehen, dass es in Bezug auf das ewl-Areal selbstverständlich schwierige Verhandlungen geben kann, aber wenn man das Areal auf den Verkehrswert schätzt, in welchem notabene diese Baurechtszinsen auch berücksichtigt sind, ist auch dieses Problem lösbar. Dann geht es nämlich nicht um Millionen, sondern es wird am Schluss ein Nullsummenspiel sein, weil der Wert des Grundstücks ja sauber analysiert und ermittelt wird. Der Sprechende versteht es und ist auch froh, dass sich der Stadtrat sehr für die Realisierung des ewl-Areals einsetzt, aber seiner Ansicht nach ist der Punkt bei diesem Postulat nicht, dieses Projekt irgendwie infrage zu stellen.

Noch eine Bemerkung zu einem anderen Thema: Der Sprechende hat sich heute ein paar Kolleginnen und Kollegen gegenüber darüber erstaunt gezeigt, dass das Parlament nicht mehr so debattierfreudig sei. Gewisse Geschäfte wurden am Morgen relativ sec einfach so abgehandelt. Jetzt kann er beruhigt feststellen: Dieses Parlament lebt.

**Simon Roth** hat Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub vorhin so verstanden, dass sie eine Sachdividende mit einer Enteignung gleichsetzte. Das wäre jedoch überhaupt nicht das, was der Sprechende unter einer Sachdividende versteht, sondern eine Sachdividende ist buchhalterisch eigentlich das Gleiche wie eine Bargelddividende; aus buchhalterischer Sicht spielt es keine Rolle, ob es sich um eine Bargelddividende oder eine Sachdividende handelt. Dem Sprechenden ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Sachdividende nicht mit einer Enteignung gleichgesetzt wird.

**Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 152 vollständig.**

- 11 Motion 121, Yannick Gauch, Raphaela Meyenberg und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. August 2021:**  
**Für mehr Demokratie: Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche erweitern!**

**Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme**

**Yannick Gauch erklärt, dass die Unterzeichneten mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden sind.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag und keine weitere Wortmeldung.

**Somit ist die Motion 121 teilweise überwiesen.**

**12 Postulat 156, Barbara Irrniger und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden und Raphaela Meyenberg namens der SP-Fraktion sowie Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion**

**vom 10. Januar 2022:**

**Wo geht's hier weiter? Velo- und fussgängerfreundliche Baustellensignalisation**

**Antrag des Stadtrates: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

**Somit ist das Postulat 156 überwiesen.**

Zum Antrag des Stadtrates, das Postulat 156 gleichzeitig als erledigt abzuschreiben:

**Barbara Irrniger:** Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats. Die Fraktion ist aber mit dem in der Stellungnahme formulierten Sachverhalt, das Postulat sei eigentlich jetzt schon vollständig umgesetzt, gar nicht einverstanden. Sie hat diesbezüglich eine ganz andere Ansicht. Die Sprechende weiss vonseiten von Pro Velo und aus ihrer eigenen Erfahrung sowie aus einer zugegeben nicht ganz repräsentativen Umfrage in ihrem Umfeld, dass die häufigste Antwort auf die Frage, wie Velofahrerinnen und Velofahrer, Fussgängerinnen und Fussgänger die Baustellensignalisationen in der Stadt Luzern empfinden, lautet, die Situationen seien sehr, sehr unterschiedlich. Oft haben sich Leute so geäussert, manchmal sei die Signalisation gut, man wisse, wo man durchfahren oder durchgehen müsse, aber häufig höre die Signalisierung dann plötzlich auf, oder es fehle einfach eine klare Signalisation für Fussgängerinnen und Fussgänger oder für das Velo. In der Umfrage wurden auch gleich Beispiele in grosser Zahl genannt; auf einige davon möchte die Sprechende eingehen, nämlich auf solche Baustellen, die gerade aktuell sind oder vor kurzer Zeit aktuell waren.

Aktuell gibt es z. B. eine Signalisation bei der Baustelle im Bereich Weggismatt-/Maihofstrasse. Wenn man von der einen Seite her kommt, ist klar, dass ein eng abgetrennter Bereich für die Fussgängerinnen und Fussgänger als Durchgang dienen soll. Von der anderen Seite her führt ein roter Velostreifen genau in diese Fussgängerzone hinein. Wahrscheinlich sollte man, wenn man mit dem Velo kommt, dort absteigen und laufen; das ist aber nirgends signalisiert. Also von der einen Seite her ist es klar, aber von der anderen Seite her kommt man mit dem Velo wahrscheinlich den Fussgängerinnen und Fussgängern stark ins Gehege.

Bei der Bernstrasse steht aktuell eine Baustellensignalisation auf dem Trottoir, notabene gerade neben einem markierten Parkfeld. Wenn man bloss als Fussgängerin, Fussgänger unterwegs ist, stellt das kein Problem dar, aber wenn jemand mit dem Rollstuhl unterwegs ist oder einen Kinderwagen schiebt, wird es schwierig, dort vorbeizukommen. Der Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, der dort ohnehin schon eng ist, wird also noch zusätzlich verstellt.

Es gab eine relativ lange Baustelle im Udelbodengebiet, bei welcher ein allgemeines Fahrverbot markiert war. Dort mussten die Velofahrenden eigentlich davon ausgehen, dass sie ihr Velo schieben sollten. Es war aber eine sehr lange Strecke, und wenn man einen Anhänger am Velo hatte, war das Schieben schwierig oder fast unmöglich.

Natürlich könnte man solche Beispiele melden, dann würden die Stellen vielleicht nochmals angeschaut und die Signalisation verbessert. Das Ziel des Vorstosses ist aber, dass man ganz klar merkt, dass die

Ideen und Weisungen, die der Stadtrat hat, auch bei denjenigen, die Bauprojekte umsetzen, bekannt sind. Die vielen Baustellen, bei welchen es mit der Signalisation nicht klappt, zeigen, dass es eine stärkere Verankerung geben muss. Bei den «Standards Velo- und Fussverkehr Stadt Luzern», die der Stadtrat in der Stellungnahme erwähnt, steht auch, dass sich die Stadt Luzern an den Besten messen will und dass es nur in Ausnahmesituationen, wenn es nicht anders geht, dazu kommen soll, dass man das Velo schieben muss. Für diesen Fall muss auch klar eine Umleitung signalisiert werden.

Was fehlt aus Sicht der Sprechenden? Auch Leute, die vielleicht nicht so oft mit dem Velo oder mit Kindern unterwegs sind, sollten sich solche Baustellen einmal anschauen, indem sie z. B. mit dem Gottemitli dort durchgehen oder sich mit jemandem im Rollstuhl auf den Weg machen. Dadurch würden sie eine andere Sicht gewinnen und erkennen, welche Bedürfnisse es zu beachten gilt. Es ist sehr wichtig, eine Perspektive zu gewinnen, die weiter ist als der eigene Blickwinkel.

In der Stellungnahme werden gesetzliche Grundlagen und Leitfäden aufgeführt. Der Sprechenden fiel auf, dass beim Velo ein Leitfaden fehlt. Sie hat eine Kollegin, die lange bei einem Planungsbüro für die Stadt Bern arbeitete; von ihr weiss sie, dass es in der Stadt Bern einen solchen Leitfaden gibt, den man den Leuten, die bei einer Baustelle eine Signalisation organisieren müssen, in die Finger drückt, mit dem klaren Hinweis, es sei der Wille der Stadt, dass das so umgesetzt wird. Dass es nicht möglich ist, jede Baustelle einzeln zu kontrollieren, versteht die Sprechende, aber schon mit Stichkontrollen kann man auf Verbesserungen hinwirken.

Zu bedenken ist auch der Umstand, dass nicht nachvollziehbare Signalisationen das regelwidrige Verhalten von Verkehrsteilnehmenden erhöhen. Das führt dann auch zu Konflikten zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Das Wichtigste scheint der Sprechenden zu sein, dass die Haltung der Stadt ganz klar ist und denjenigen, welche Baustellensignalisationen umzusetzen haben, auch klar vorgegeben wird. Daher bittet sie ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Abschreibung des Postulats jetzt abzulehnen. Die G/JG-Fraktion wird sehr froh sein, wenn sie nach einer gewissen Zeit dann wirklich hinter einer Abschreibung des Postulats stehen können.

**Raphaela Meyenberg** ist fast täglich mit dem Velo unterwegs. Immer wieder trifft sie bei Baustellen auf eine Veloführung, die irritierend und gefährlich ist. Es stehen Schilder und Pylonen mitten auf dem Veloweg, es ist keine Umleitung signalisiert, der Untergrund ist uneben, weil irgendwelche Leitungen oder Abdeckungen auf der Strasse herumliegen. Als Fussgängerin hat die Sprechende schon oft einen Fussgängerstreifen überquert, stand dann plötzlich vor einer Baustelle und hat dort das weiterführende Trottoir vergebens gesucht.

Vor diesem Hintergrund haben die Postulantinnen und Postulanten den Stadtrat gebeten, in Bezug auf die Velo- und Fussgängerführung bei Baustellen möglich zu machen, was möglich ist. In seiner Stellungnahme schreibt der Stadtrat, dass diese Forderung bereits erfüllt sei und in diesem Bereich seit Jahren genug gemacht werde. Diese Ansicht kann die Sprechende beim besten Willen nicht teilen. Auch sie hat wie Barbara Irniger eine kleine Feldstudie unternommen; viele Leute haben ihr aktuelle, konkrete Beispiele genannt, wo Fussgängerinnen und Velofahrer eine Baustelle nicht hindernisfrei begehen konnten. Nico van der Heiden z. B., der das Postulat mitunterzeichnet hat, teilte ihr mit, er sei diese Woche auf dem Veloweg der Lidostrasse einem Baustellenschild begegnet. Und auch beim Inseli sei er mit seinem Velo fast in eine Installation hineingefahren. Gestern Abend habe er zudem bei der Frankenstrasse gesehen, dass trotz geräumter Baustelle und freiem Veloweg die Durchfahrt leider immer noch gesperrt ist. Fraktionskolleginnen und -kollegen haben weiter festgestellt, dass bei der Baustelle auf dem Bramberg Leute mit Kinderwagen bei der Fussgängerabsperzung nicht durchkommen, weil der Platz offenbar zu eng bemessen wurde. Und viele von den Ratsmitgliedern mussten heute auf dem Weg hierher auf der Winkelriedstrasse einem Fass ausweichen, das irgendwie so halb auf dem Veloweg steht.

Der Sprechenden kam auch zu Ohren, dass die Schulen kaum oder gar nicht in den Planungsprozess einbezogen werden. Und ganz offenbar werden auch körperlich beeinträchtigte Menschen nicht genug gut berücksichtigt. Beispielsweise wird eine Rollstuhlfahrerin bei der erwähnten Baustelle auf dem Bramberg kaum wenden und umkehren können. Abrampungen sind bei Baustelleninstallationen leider auch selten vorhanden.

Manchmal hat die Sprechende das Gefühl, dass es ein bisschen an der Kreativität und dem festen Willen fehlt, nach der besten Lösung zu suchen. Vielleicht muss man auch einmal privaten Grund in Anspruch

nehmen, damit eine angemessene Lösung gewährleistet werden kann. Vielleicht muss man die Verkehrsfläche auch einmal bemalen, statt nur mit provisorischen Piktogrammen zu arbeiten. Vielleicht muss man die Baustellen auch vermehrt besuchen und erst dann freigeben, wenn eine gute Lösung für den Langsamverkehr gefunden wurde.

Die Anregung in Bezug auf den Leitfaden findet die Sprechende sehr wichtig. Sie hat festgestellt, dass auch Zürich einen solchen Leitfaden hat, und würde erwarten, dass die Stadt Luzern die Bauunternehmer auf solche Leitlinien hinweist.

Trotz aller Kritik ist der Sprechenden natürlich absolut klar, dass der Strassenbau sowohl für die Verkehrsteilnehmenden als auch für die Planenden und die Ausführenden eine grosse Herausforderung darstellt, und dass alle Verantwortung übernehmen müssen. Die Sprechende ist darum auch dankbar, dass der Stadtrat eine gute und sichere Verkehrsführung bei Baustellen als Daueraufgabe betrachtet und bestrebt ist, sich weiterhin dafür einzusetzen. Die SP-Fraktion erwartet aber klar, dass die Anstrengungen noch intensiviert werden, und wird darum das Postulat nicht als erledigt abschreiben.

**Stefan Sägesser** dankt für die gute Stellungnahme. Auch er kann noch ein Beispiel nennen, nämlich die Baustelle auf dem Xylophonweg an der Reuss, wo an der engsten und unübersichtlichsten Stelle prompt Gerüste direkt auf dem Fussgängerweg und der Velofahrbahn stehen. Auch der Sprechende hatte, obwohl er ein Velo ohne Tretunterstützung fährt, Mühe, dort zu bremsen, weil man, wenn man um diese Kurve kommt, völlig unvorbereitet auf das Baugerüst stösst. Für diese Situation gibt es sicher eine bessere Lösung. Nach Ansicht des Sprechenden ist der Veloverkehr nicht Freizeitverkehr, sondern Berufsverkehr, und wenn die Stadt den Modalsplit wirklich zugunsten des Langsam- und Veloverkehrs ändern will, muss sie diesen auch besser berücksichtigen. Auch der Sprechende wird heute gegen die Abschreibung des Postulats stimmen, es geht ihm darum, das Bewusstsein für dieses Anliegen zu stärken.

**Martin Abele** versteht völlig, dass es nicht einfach ist, Baustellensignalisationen für alle Verkehrsteilnehmenden optimal zu gestalten, sodass es wirklich in jedem Fall zu einer befriedigenden Lösung kommt. Er ist aber verwundert, dass der Stadtrat der Ansicht ist, die Stadt setze bereits alles um, was möglich ist, und deshalb könne man das Postulat gleich als erledigt abschreiben. Bereits aus dem Postulat heraus kann man doch merken, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht, und jetzt haben diesbezüglich auch die Vorrednerinnen und der Vorredner einige Beispiele aufgeführt. Da ist es vonseiten des Stadtrates nicht gerade sensibel, sich auf den Standpunkt zu stellen, die Stadt unternehme schon ihr Bestmögliches, und deshalb könne man das Postulat quasi ad acta legen. Es wäre sicher zielführender gewesen, wenn der Stadtrat zwar einerseits durchaus aufzeigt, wie die Stadt sich einsetzt, andererseits aber auch einräumt, dass es weiterhin viel zu tun gibt und die Stadt noch besser zu werden versuchen muss. Der Sprechende nimmt einen Punkt auf, der bereits angesprochen wurde, nämlich die Sensibilisierung für Menschen mit Beeinträchtigungen. Er hat Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula gegenüber einmal ein Beispiel genannt, nämlich bei der Reussinsel, kurz vor dem Xylophonweg, den Stefan Sägesser vorhin erwähnte. Auf der Reussinsel wurde einfach ein Plakat, es komme jetzt dann eine Baustelle, mitten auf das Trottoir gestellt. Das ist für Menschen mit Sehbeeinträchtigung natürlich problematisch. Der Sprechende war vor einer Woche an der Zürichstrasse, da wurde gerade bei der Post geteert. Diese Baustelle bleibt natürlich nicht lange. Aber trotzdem: Man läuft zur Post hin, und plötzlich steht man vor dem Schild «Kein Durchgang». Der Sprechende würde erwarten, dass man diese Sackgasse bereits am Löwenplatz signalisiert, damit die zu Fuss Gehenden dort über den Fussgängerstreifen und auf der anderen Seite weitergehen können. Es gibt zwar bei der Post eine Treppe, über welche man hinten herum ausweichen könnte, aber natürlich nur, wenn man die Treppe hochsteigen kann. Daher wäre es gut, wenn man Menschen mit Beeinträchtigungen bei der Planung mehr einbeziehen würde. Aber es ist natürlich eine schwierige Aufgabe, immer an alles zu denken. Umso mehr sollte man das Postulat nicht abschreiben.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** kann das Mass an Schelte an seine Leute, das er jetzt diesen Voten entnimmt, so nicht akzeptieren, auch wenn ihm klar ist, dass es Verbesserungspotenzial gibt. Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme dargelegt, dass es sich um ein Massengeschäft handelt: Es gibt in der Stadt sehr viele Baustellen, und daher ist es schwierig, die Übersicht zu behalten, und es ist unmöglich, alles zu kontrollieren. Barbara Irniger hat zugestanden, dass wohl nur Stichproben möglich sind, die vor allem bei den grossen Baustellen vorgenommen werden sollen. Die Plakate werden zum



Teil auch wieder verstellt; auf den Hinweis von Martin Abele hin fuhr der Sprechende am anderen Tag bei der Reussinsel durch, da stand das erwähnte Plakat nicht mehr mitten auf dem Trottoir, sondern am Rand. Der Sprechende hat, seit dieser Vorstoss eingereicht wurde, immer wieder darum gebeten, dass man ihm konkrete Beispiele nennt. Endlich wurden solche jetzt in den Voten aufgeführt. Zuvor hat der Sprechende nur von zwei, drei Stellen gehört, wo man die Signalisation bemängelte. Er empfindet die Kritik an der Baustellensignalisation, wie sie zum Teil geäussert wurde, ein Stück weit als Pauschalisierung, die er in diesem Mass nicht akzeptieren kann. Man muss sich bewusst sein, dass eine Baustelle immer etwas Schwieriges ist. Ein gewohnter Weg wird unterbrochen. Die Velofahrenden und zu Fuss Gehenden müssen einen ein bisschen anderen Weg fahren oder gehen. Da kann es durchaus vorkommen, dass die Situation nicht optimal gelöst wird, das will der Sprechende überhaupt nicht wegdiskutieren. Aber die Art und Weise der Baustellensignalisation in der Stadt Luzern ist nicht systematisch zu schlecht. Die Stadt hält alle Normen ein, sie betrachtet jede Baustelle individuell und macht entsprechende Auflagen. Am Fass auf der Winkelriedstrasse, das Raphaela Meyenberg erwähnte, fährt der Sprechende schon seit einem Jahr vorbei, es steht etwa 8 cm in den Velostreifen hinein – das ist doch kein Problem! Die Verhältnisse in der Stadt sind äusserst eng, und gerade bei Baustellen muss man eben zirkeln, man muss vielleicht auch das Tempo ein bisschen anpassen. Wo soll man – um das Beispiel von Stefan Sägesser aufzunehmen – an dieser Stelle des Xylophonwegs das Gerüst besser hinstellen? Man kann es ja nicht irgendwo in der Luft aufhängen.

Der Sprechende ist nicht überrascht, dass der Grosse Stadtrat dem Abschreibungsantrag voraussichtlich nicht Folge leisten wird. Er nimmt zur Kenntnis, dass sich die Stadt in Bezug auf Baustellensignalisationen noch mehr sensibilisieren muss, dass sie auch den Leitfaden noch mehr auf ihre eigenen Verhältnisse adaptieren muss. Aber den pauschalen Tenor, die Stadt sei in diesem Bereich ungenügend unterwegs, kann er nicht akzeptieren, da will er sich vor seine Leute stellen. Eine Baustelle ist immer etwas Ungewohntes, es ist immer etwas, was die Leute aus dem normalen Alltag und aus den normalen Wegen hinausbringt. Diese Situationen versucht die Stadt möglichst gut zu lösen, aber oftmals ist einfach nicht genug Platz vorhanden, um eine optimale Lösung zu finden.

**Barbara Irniger** will noch kurz auf dieses Votum erwidern. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat jetzt vor allem die Schelte an seine Leute erwähnt. Die Idee des Vorstosses ist nicht, diese Leute zu schelten. Die Sprechende hat es in ihrem Votum vorhin gesagt: Wenn man die Stadt auf konkrete Situationen aufmerksam macht, dann wird auch, sofern es möglich ist, reagiert. Die Stadt macht wirklich bereits vieles gut. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat am Schluss selber gesagt, was eigentlich die Forderung des Postulats ist, nämlich, dass es weniger solche Meldungen geben muss. Dadurch würden auch die Mitarbeitenden der Stadt stark entlastet. Eigentlich müsste die Kommunikation verstärkt werden, dass diejenigen, die an den Baustellen die Signalisationen organisieren, spüren, dass es der Stadt wirklich ernst ist. Dazu könnte man vielleicht einen solchen Leitfaden einsetzen. Weil solche Verbesserungen noch möglich sind, will die G/JG-Fraktion den Vorstoss noch nicht abschreiben.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** dankt für diese Präzisierung. Er hat in seinem Votum noch einen Punkt vergessen: Es kam der Vorwurf, die Schulen würden nicht einbezogen. Das trifft nicht zu.

**Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag des Stadtrates, das Postulat 156 abzuschreiben, ab.**

**13 Postulat 157, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion und Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 10. Januar 2022:  
Soziale Aspekte beim Planen und Bauen konsequent mitberücksichtigen**

**Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme**

**Marco Müller erklärt, dass die Unterzeichneten an der vollständigen Überweisung festhalten.**

In der Diskussion geht es somit nur noch um die vollständige Überweisung.

**Marco Müller:** Luzern wächst und verdichtet sich. Damit die Lebensqualität und die soziale Durchmischung erhalten bleiben, muss die Entwicklung frühzeitig erkannt und sozialverträglich gestaltet werden. Um dies sicherzustellen, müssen soziale Aspekte, insbesondere die lokalen Gegebenheiten und die Bedürfnisse der Bevölkerung, in Planungs- und Bauprozesse miteinbezogen werden. Auch den Themen Freiraum, Aufenthaltsmöglichkeiten und konsumfreie Orte kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Zugegeben, die Stadt Luzern macht heute schon sehr viel in diese Richtung, dies gilt es zu würdigen. In der Stellungnahme zum vorliegenden Postulat zeigt der Stadtrat gut auf, wie in letzter Zeit partizipativen Ansätzen und der Mitberücksichtigung der sozialen Perspektive Rechnung getragen wurde. So hat die Stadt gerade heute Vormittag kommuniziert, dass zur Umgestaltung des Bahnhofs Littau, die jetzt an die Hand genommen wird, drei Workshops mit der Bevölkerung geplant sind. Auch der Leitfaden «Partizipative Planungsprozesse», der von der Dienstabteilung Quartiere und Integration (QUIN) erstellt wurde, ist ein nützliches Instrument für die Stadtverwaltung und für die Projektleitenden. Aber ob die Projektleitung eines Planungs- oder Bauprojektes auch nach diesem Leitfaden handelt, und zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Ressourcen sie dies tut, ist heute personenabhängig. QUIN selber kann in diesem Prozess allenfalls eine beratende Funktion für die Projektleitung wahrnehmen. Das gehört zu ihrem Pflichtenheft, aber mehr zu tun liegt nicht drin. Die Ressourcen der Abteilung QUIN sind, wie der Grosse Stadtrat weiss, ohnehin knapp bemessen.

In Anbetracht der grossen Anzahl an Planungs- und Bauprojekten, die in den kommenden Jahren in der Stadt Luzern anstehen, und der hohen Wichtigkeit, dabei die sozialen Aspekte rechtzeitig und gut mitzubearbeiten, muss sichergestellt werden, dass standardisiert für jedes Projekt der sinnvolle Umfang an Kommunikation und Partizipation ausgewiesen wird und die sozialen Aspekte in jedem Planungs- und Bauprojekt explizit erwähnt werden.

Die unterzeichneten Fraktionen fordern, dass in Zukunft die sozialen Aspekte in jedem öffentlichen Planungs- und Bauprojekt und bei jedem Bericht und Antrag zuhanden des Parlamentes explizit aufgeführt werden. Die Verhältnismässigkeit ist den Fraktionen dabei ein grosses Anliegen. Je nach Thema sind die sozialen Aspekte sehr zentral, es kann aber auch einmal sein, dass sie eher nebensächlich sind, ergo kann man sie in diesem Fall in einem oder zwei Sätzen abhandeln.

Zudem soll bei jedem Planungs- und Bauprojekt zukünftig ausgewiesen werden, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang Kommunikation und Partizipation geplant sind. Die dafür nötigen Ressourcen sollen analog zu den übrigen Planungs- und Baukosten aufgeführt werden. Auch hier stellen sich die Postulantinnen und Postulanten ein situatives Vorgehen vor. Sie haben im Vorstoss nicht gefordert, wie es der Stadtrat in seiner Stellungnahme dazu schreibt, dass «detailliert» berichtet werden müsse, wann in welchem Umfang was kommuniziert wird und eine Partizipation stattfindet. Aber man soll sich im Vorhinein Gedanken machen, ob dieses Thema berücksichtigt werden muss und wie hoch etwa das Preisschild ist, das man dafür einsetzt.

Dafür, dass die Unterzeichneten an der vollständigen Überweisung festhalten, gibt es zwei Gründe. Einerseits möchten sie sicherstellen, dass sich die Projektleitenden wirklich standardmässig zu allen Berichten und Anträgen kurz Gedanken machen, ob dieses Thema hier relevant ist, zu welchem Zeitpunkt man es aufnehmen müsste und mit was für Kosten dafür etwa zu rechnen wäre. Der andere Grund betrifft die Ressourcen. Es kommen viele Projekte auf die Stadt zu. Die G/JG-Fraktion befürchtet deshalb, dass die sozialen Aspekte unter Umständen unberücksichtigt bleiben könnten, wenn man dazu nicht eine Vorgabe macht und einen Standard festlegt. Deshalb soll standardisiert ausgewiesen werden, wie die Kosten dafür etwa ausfallen. Eine solche standardisierte Vorgabe gibt es bei bestimmten Bauprojekten z. B. auch für die Position Kunst am Bau, die dann jeweils aufgenommen wird. Die sozialen Aspekte erhalten durch eine solche Vorgabe eine höhere Bedeutung und es ist quasi sichergestellt, dass sie auch einfließen. Zudem können die Kosten dafür dann auch dem entsprechenden Projekt zugewiesen werden.

Der Sprechende erlaubt sich abschliessend noch den Hinweis, dass der Grosse Stadtrat vor der Pause eine hitzige Debatte zum Thema City-Management führte. Er ist sicher, dass diese Debatte nicht hätte stattfinden müssen, wenn schon heute Standard wäre, dass in jedem Bericht die sozialen Aspekte mitberücksichtigt werden. Dann hätten die Projektleitenden auch im B+A «City-Management» das Thema Sozialraum berücksichtigt und etwas dazu geschrieben. Der Sprechende hat den B+A zum City-Management

noch einmal kurz durchgeschaut: Auf den 73 Seiten kommt das Wort «sozial» nur einmal vor, nämlich auf Seite 18, wo es um die Analyse geht. Dort steht, dass in der Stadt soziale Kontakte stattfinden. Das ist alles. Mit einer vollständigen Überweisung des vorliegenden Postulats kann der Grosse Stadtrat sicherstellen, dass die Projektleitenden in Zukunft für alle Berichte und Berichte und Anträge die Vorgabe haben, sich Gedanken zu machen, ob soziale Aspekte ein Thema sind und wie gross der Aufwand, das Preisschild im Hinblick auf die Partizipation und die Kommunikation wäre.

**Maria Pilotto** bekräftigt, was Marco Müller gerade sagte: Die Überlegungen zu sozialen und sozialräumlichen Aspekten müssen in den politischen Unterlagen des Grossen Stadtrates sichtbar gemacht werden. Es muss gezeigt werden, wer wann welche Rolle hat und sich wie beteiligen kann. Dazu leistet dieses Postulat einen Beitrag.

Die Sprechende äussert sich kurz zur Geschichte des Postulats: Es entstand, weil die Sozialkommission das Bauprojekt Fluhmühlepark bearbeiten konnte und so quasi ein Perspektivenwechsel auf ein Projekt stattfand. Das Anliegen, die sozialen Aspekte in Bauprojekten miteinzubeziehen, zielt auf eine ganzheitliche Sicht der Projekte ab.

Die Stadt hat in Bezug auf Partizipation einen grossen Schritt gemacht: Bedürfnisse der Bevölkerung, von den Kleinsten bis zu älteren Menschen, werden integriert, ganz unterschiedliche Leute können heute an Projekten teilhaben. Das ist sehr zu begrüessen.

Auch die direktions- und abteilungsübergreifende Zusammenarbeit unter Begleitung durch die Abteilung QUIN, die einen Leitfaden zum Thema erstellt hat, ist ein wichtiger Meilenstein in diesem Prozess. Die Mitarbeitenden der Stadt arbeiten kreuz und quer über die Direktionen hinweg zusammen, sie sind dabei in Bezug auf das vorliegende Thema noch in einem Lernprozess. Das Anliegen des Postulats ist es, dazu einen Rahmen zu schaffen, um das Thema stärker zu verankern, gerade auch in den politischen Unterlagen für den Grossen Stadtrat.

Der Stadtrat hat erwähnt, dass keine Pseudopartizipation stattfinden soll, und dass auch die Ressourcen der Zivilbevölkerung, sowohl der Organisationen wie der Einzelpersonen, geschont werden sollen, was die Partizipation betrifft. Das unterstützt die SP-Fraktion. Gleichzeitig geht es darum, gezielt zu überlegen und aufzuzeigen, wo eine Partizipation sinnvoll ist. Unter Umständen genügen in einem B+A zwei Sätze dazu, wenn z. B. aufgezeigt wird, dass es aufgrund der Rahmenbedingungen und der rechtlichen Vorgaben nicht möglich oder nicht sinnvoll ist, die sozialen Aspekte stärker einzubeziehen. Gleichzeitig bieten solche Ausführungen auch die Möglichkeit, die Ressourcen stadintern, aber auch die Ressourcen der Bevölkerung, die bei einer solchen Partizipation zusammenkommen, sichtbar zu machen.

Mit dem Vorstoss möchten die Unterzeichneten dazu beitragen, die sozialen Aspekte und die Partizipation stärker in öffentliche Planungs- und Bauprojekte zu integrieren und einen solchen ganzheitlichen Ansatz effektiv als Querschnittsthema zu etablieren. Deshalb hält auch die SP-Fraktion an der vollständigen Überweisung fest.

**Jörg Krähenbühl:** Die SVP-Fraktion folgt der Ansicht des Stadtrates, bloss eine teilweise Überweisung des Postulats vorzunehmen. Kurz gesagt soll in Berichten und Berichten und Anträgen zu Planungs- und Bauprojekten je nach Projekt und Projektphase so weit wie sinnvoll aufgezeigt werden, ob und allenfalls in welcher Phase grössere kommunikative und partizipative Aktivitäten geplant sind. Es sollen aber keine Details zu konkreten Massnahmen, Terminen und Budget in einem Bericht oder Bericht und Antrag beschrieben werden. Die SVP-Fraktion lehnt daher die vollständige Überweisung des Postulats ab.

**Rieska Dommann:** Die FDP-Fraktion hätte die teilweise Überweisung des Postulats im Sinne der Stellungnahme des Stadtrates unterstützt. Da die Forderungen im Postulat zum Teil übertrieben sind, lehnt die Fraktion die vollständige Überweisung ab.

Partizipation ist aus Sicht der FDP-Fraktion bei bestimmten Themen und Projekten ein wichtiges Element, um die Interessen der Bevölkerung frühzeitig miteinzubeziehen. Die Stadt hat damit in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht und wendet partizipative Verfahren regelmässig an.

In seiner Stellungnahme zeigt der Stadtrat aus Sicht der FDP-Fraktion sehr gut auf, wie er in Zukunft die Bevölkerung mittels Partizipation beteiligen will. In der Sozial- und Sicherheitsdirektion wurden die dafür notwendigen Grundlagen geschaffen und partizipative Verfahren sind in der Stadt Luzern gut etabliert.

Partizipation darf aber aus Sicht der FDP-Fraktion nicht zum Selbstzweck werden. Nicht in jedem Fall sind aufwendige partizipative Verfahren sinnvoll und nötig. Es gilt, die Ressourcen der Verwaltung, genauso wie die Ressourcen der Bevölkerung, nicht zu überstrapazieren. Ein verhältnismässiger Einbezug der Bevölkerung soll dort erfolgen, wo dies sinnvoll ist und sich entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. In diesem Sinn lehnt die FDP-Fraktion die vollständige Überweisung des Postulats ab.

**Silvana E. S. Leasi:** Das Postulat enthält zwei Forderungen:

1. Es sollen in jedem Bericht und in jedem Bericht und Antrag soziale Aspekte überprüft und der Umgang damit dokumentiert werden.

Der Stadtrat zeigt in seiner Stellungnahme detailliert auf, dass die Stadtverwaltung bereits stark für dieses Thema sensibilisiert ist und laufend daran weiterarbeitet. Das findet die Mitte-Fraktion gut.

2. Dazu kommt, dass die für Kommunikation und Partizipation notwendigen Ressourcen detailliert ausgewiesen werden sollen.

Die Sprechende kann sich dem anschliessen, was Rieska Dommann ausführte. Der Stadtrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass ihm die Beteiligung der Bevölkerung wichtig ist, aber eben in einer bestimmten Verhältnismässigkeit. Darum lehnt auch die Mitte-Fraktion die vollständige Überweisung des Postulats ab.

**Maria Pilotto** möchte noch etwas klarstellen, um ein Missverständnis zu beseitigen: Es geht nicht darum, dass nach der Überweisung des Postulats mehr Partizipation oder weniger Partizipation stattfinden soll, sondern es geht um eine andere Sichtbarkeit und eine andere Sichtbarmachung der Partizipation und des sozialen Einbezugs in den politischen Unterlagen des Grossen Stadtrates.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** spricht zu diesem Vorstoss auch stellvertretend für die Baudirektion, für die Sozial- und Sicherheitsdirektion, und ebenfalls für die Bildungsdirektion, die vielfach in partizipative Verfahren integriert ist. Auch in der Finanzdirektion gibt es partizipative Verfahren, allerdings nicht so häufig. Der Einbezug der sozialen Aspekte ist dem Stadtrat ein wichtiges Thema. Der Sprechende ist froh, dass Marco Müller als einer der Unterzeichneten eingangs sagte, die Stadt unternehme schon viel in diese Richtung. Das sieht der Stadtrat auch so. Seiner Ansicht nach ist die Stadt diesbezüglich gut unterwegs. Selbstverständlich ist in Bezug auf Partizipation noch mehr möglich, aber man muss auch darauf achten, das richtige Mass zu halten und nicht Erwartungen zu schüren, die man dann nicht erfüllen kann. Im Postulat geht es offenbar vor allem darum, das Anliegen sichtbar zu machen, und diesbezüglich ist der Stadtrat, wie der Sprechende glaubt, nicht weit von den Postulantinnen und Postulanten entfernt. Aber der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, dass er nicht in jedem B+A detailliert aufzeigen muss, auf welche Weise welcher Schritt der Partizipation und der Kommunikation gemacht wurde. Auch ist es relativ schwierig, der Forderung des Kostennachweises nachzukommen, vor allem in Bezug auf die internen Dienstleistungen. Sind z. B. die Diskussionen in den Projektgruppen schon in diesen Kostennachweis einzubeziehen? Die internen Dienstleistungen sind entweder kompliziert zu erheben oder man müsste sie pauschalisieren. Eine Pauschalisierung bringt jedoch nicht viel. Das Anliegen des Postulats, den Einbezug der sozialen Aspekte zu standardisieren und sichtbar zu machen, erfüllt die Stadt nach Ansicht des Stadtrates schon weitgehend. Interessant war der Perspektivenwechsel, dass ein Bauprojekt einmal in der Sozialkommission vorgestellt werden konnte, auch für die Beteiligten vonseiten der Umwelt- und Mobilitätsdirektion. Gerade bei diesem Bauprojekt war jedoch die Partizipation nicht schlecht. Zwar lief das Projekt zum Teil in der Coronazeit, und es wurde auch viel darüber diskutiert, ob die Stadt in Bezug auf die Partizipation noch mehr hätte organisieren können. In der Frühphase fand im Quartier eine grosse Partizipation statt, die Kinder wurden einbezogen, auch das Frauencafé usw. Ein weiterer Punkt ist die Dynamik in der Kommunikation. Je nachdem ist eine Partizipationsphase, wenn der B+A vorgelegt wird, bereits abgeschlossen, oder sie findet erst nach der Erarbeitung des B+A statt, sodass in Bezug auf die Kommunikation noch nicht alles bekannt ist. Natürlich kann der Stadtrat die Themen Partizipation und Kommunikation in einem B+A in zwei Sätzen pauschal abhandeln und schreiben, dass die Stadt «in adäquater Weise kommunizieren» werde. Der Wortlaut des Postulats lautet, dass der Stadtrat diese Themen explizit aufzeigen müsse. Der Stadtrat hat diese Forderung vielleicht zu wörtlich aufgenommen. Wenn der Grosse Stadtrat den Vorstoss vollständig überweist, wird der Stadtrat natürlich

jeweils in adäquater Weise kommunizieren. Es gibt Städte, z. B. Kopenhagen, in welchen bei Bauprojekten einfach 2 Prozent für Kommunikation und Partizipation eingesetzt wird. Ob eine solche Pauschalisierung klug ist, weiss der Sprechende nicht, denn es gibt Projekte, bei welchen es für die Partizipation und Kommunikation mehr Mittel braucht, und es gibt auch Projekte, bei welchen es weniger braucht.

### **Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 157 vollständig.**

#### **14 Postulat 163, Mario Stübi namens der SP-Fraktion vom 7. Februar 2022: Frohburgstrasse und Inseliquai als Freiraum für alle**

#### **Antrag des Stadtrates: Ablehnung**

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion hält an der Überweisung des Postulats fest. Sie will attraktive öffentliche Räume, eine Mobilitätspolitik mit Zukunft, sie will die Määs auf dem Inseli und auch die Haltekanten für Cars, wie es der Stadtrat im Vorfeld der Abstimmung über die Inseli-Initiative der JUSO versprochen hat. Von all dem will der Stadtrat aber gemäss der vorliegenden Stellungnahme nichts wissen. Er will es nicht einmal ausprobieren. Seine Stellungnahme ist darum ziemlich politisch ausgefallen. Argumentativ ist sie aus Sicht der SP-Fraktion eher dünn. Der Sprechende versucht das anhand einiger Beispiele aufzuzeigen:

- Der Inseliquai ist heute ein beliebter Schleichweg, vor allem zu Stosszeiten. Diese Fahrten würden sich bei einer Sperrung tatsächlich auf andere Strassen verlagern, und zwar so, wie das gerade kürzlich der Fall war. Zwischen April und Mai wurde vom Inseli aus während über zwei Wochen ein umfangreicher Ersatzbusdienst betrieben, weil die SBB Unterhaltsarbeiten beim Gütschtunnel vornahm. Der Inseliquai war in dieser Zeit gesperrt. Hat es jemand gemerkt? Die Mitglieder der SP-Fraktion jedenfalls nicht.
- Der Stadtrat fürchtet sich vor einer Begegnungszone, die von einer nationalen Veloroute durchquert wird. Das gebe Konflikte zwischen dem Fuss- und dem Veloverkehr. Lustig, warum funktioniert denn wenige hundert Meter entfernt das gleiche Regime an der Bahnhofstrasse?
- Die Option «Velo schieben» sei keine zufriedenstellende Lösung. Warum setzt man dann seit Jahren an der Bahnhofstrasse darauf?
- Weiter ist es spannend, dass der Stadtrat zu wissen glaubt, was die Määs will und was nicht. Wurden die Schaustellenden bei der Beantwortung dieses Vorstosses konsultiert? Und haben sie sich aktiv gegen eine mögliche Ausweitung der für sie zur Verfügung stehenden Flächen ausgesprochen?
- Dass über diese Route irgendwann eine attraktive Busverbindung führen könnte, ist begrüssenswert und soll unbedingt eingeplant bleiben. Aber bis 2040 dauert es ja noch ein Weilchen. Warum also nicht in den fast 20 Jahren bis dahin diesen Raum möglichst geniessen?

Die SP-Fraktion vermisst bei der stadträtlichen Stellungnahme die Haltung, dass man einfach einmal ausprobieren könnte. Wenn man dabei einen Misserfolg in Kauf nehmen müsste, wüsste man dann immerhin, woran es scheiterte.

Hinzu kommt, dass die Stimmbevölkerung im nächsten Jahr über die Määs-Initiative abstimmen wird. Diese Initiative wird angenommen werden. Auch wenn das Anliegen nicht vonseiten der SP kommt, würde der Sprechende es den Initiantinnen und Initianten gönnen, wenn die Umsetzung dann nicht über Jahre verschleppt und verzögert wird. Die SP-Fraktion spricht da ein Stück weit aus Erfahrung. Darum will die Fraktion dem Stadtrat diesen Spielraum verschaffen, und das geschieht mit dem vorliegenden Postulat, in welchem es darum geht, den Raum ums Inseli herum grösser zu denken und Möglichkeiten zu öffnen. Die Stadt soll das mal ausprobieren, vielleicht auch nur temporär, vor allem während der Määs oder während einer Sommerferienwoche. Sie soll auf diesem Weg Erfahrungen sammeln. Das könnte auch mit einer Zwischennutzung auf dem Inseli einhergehen, wie sie im Rahmen der Inseli-Initiative eben auch gefordert wurde. Es könnte auch ein Pop-up-Park sein. In diesem Sinn dankt die SP-Fraktion für die Überweisung des Postulats.

**Fabian Reinhard:** Das Inseli ist so etwas wie das Fanal der städtischen Politik. Eine Initiative, ein sehr knapper Volksentscheid, gebrochene Versprechen des Stadtrates, eine Gegeninitiative, ein politischer Scherbenhaufen, eine politische Blockade. Auf dem Inseli geht in den nächsten paar Jahren nichts, vielleicht sogar bis zum Bau des Durchgangsbahnhofs. Das wäre dann in 20 Jahren. Die Politik hat es also ziemlich verbockt. Die Politik muss das besser machen.

Immerhin anerkennt die SP-Fraktion in ihrem Postulat die Probleme und nennt sie auch. Der weniger gute Teil des Postulates ist die Problemanalyse und Problemlösung à la SP:

1. Es gibt ein Problem, welches – dies als Klammerbemerkung – die JUSO mit ihrer Initiative nicht unwesentlich mitverursacht hat.
2. Es gibt in der Nähe des Problems eine Strasse.
3. Ergo die Folgerung: Die Strasse ist das Problem.
4. Was fordert die SP-Fraktion? – Die Strasse muss weg.

Die Sperrung der Frohburgstrasse ist aber nicht die Lösung des Problems, ganz im Gegenteil, sie schafft neue Probleme, wie die Stellungnahme des Stadtrates deutlich zeigt. Es ist auch fein säuberlich dokumentiert, nämlich in der Testplanung «Linkes Seeufer». Dort kann man nachlesen, was für negative Auswirkungen diese Strassensperrung hat. Der Postulant musste selber einräumen, dass sich dieser Verkehr auf andere Strassen verteilt. Diese werden dann überlastet, gemäss einer Schätzung wird es etwa 20 Prozent mehr Verkehr am Bundesplatz geben. Das bedeutet, dass das Problem verschoben, aber sicher nicht gelöst würde. Es gibt weiterhin Verkehr auf diesem Strassenabschnitt, wegen der Erschliessung des KKL, wegen der Erschliessung der Universität und wegen der Erschliessung für die SGV. Auch die Carerschliessung muss sichergestellt werden, und last but not least ist es eine nationale Veloroute, die ja hoffentlich möglichst gut genutzt wird. All das steht in der Stellungnahme des Stadtrates, und all das steht auch in der erwähnten Testplanung. Man hätte es eben einfach lesen müssen.

Auch für die Mäas ist die Sperrung keine Lösung, auch das kann man in einem öffentlichen Dokument der Stadt nachlesen, in der «Machbarkeitsstudie Inseli». Eine Sperrung der Frohburgstrasse funktioniert für die Mäas nicht, sie ist kein Beitrag zur Problemlösung am Inseli. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Jona Studhalter** hält vorweg fest, dass die Stellungnahme des Stadtrates gut ist. Auch schon beim Traktandum 11 (Motion 121: Für mehr Demokratie: Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche erweitern!) war es eine gute Stellungnahme des Stadtrates, aber dort gab es leider keine Diskussion. Die Stellungnahme des Stadtrates zum vorliegenden Postulat ist gut, die G/JG-Fraktion zieht aber ein Stück weit andere Schlüsse als der Stadtrat.

Der Vorstoss «Frohburgstrasse und Inseliqual als Freiraum für alle» hat aus Sicht der G/JG-Fraktion zwei Dimensionen: einerseits die besagte Strasse in die Planung des grünen Inseli miteinzubeziehen, andererseits die besagte Strasse vom unnötigen Verkehr zu befreien. Beide Aspekte betrachtet die G/JG-Fraktion im Grundsatz als gute Idee. Der Stadtrat zeigt auf, dass auch weiterhin auf dieser Strasse Zulieferverkehr nötig sein wird, mit Lastwagen, Cars, sicher mit Fahrzeugen, welche die Strasse so beanspruchen, dass man darauf keine Blumenwiese säen kann. Aber eine Verkehrsordnung, die nur den Zubringerverkehr zulässt, und das Weiterziehen der Velostrasse auf der Landenbergstrasse findet die G/JG-Fraktion sinnvoll und definitiv prüfenswert. Der Stadtrat hat recht, wenn er schreibt: «Die Option «Velo schieben» ist keine zufriedenstellende Lösung.» Den Kommentar von Mario Stübi braucht der Sprechende nicht zu wiederholen.

Der Stadtrat macht sich Sorgen, dass bei einer Sperrung die Blaulichtorganisationen nicht mehr durchkämen. Man darf den Sprechenden gern eines Besseren belehren, aber wo ein Car durchkommt, kommt auch eine Ambulanz durch. Es wird sicher eine Verlagerung des Verkehrs Richtung Bundesplatz geben, aber es wird sicher auch eine Reduktion des Verkehrs geben, denn – daran hat gewiss auch die FDP Freude – Angebot und Nachfrage spielen im Strassenraum eben durchaus auch sehr gut.

Ob und wie diese Strasse in die Planung der Mäas einbezogen werden kann, ist für die G/JG-Fraktion schwierig einzuschätzen, das kann der Stadtrat besser. Vielleicht wäre ein Riesenrad auf dem Inseliqual nur schon darum gut, damit die Leute einmal beim SRF durch die Fenster hineinschauen könnten, was da vor sich geht. Die G/JG-Fraktion will dem Stadtrat das Mandat geben, diese Strasse vollumfänglich in die Planung und Umsetzung der Inseli-Initiative miteinzubeziehen. Darum wird die Fraktion dem Vorstoss zustimmen.

**Stefan Sägesser:** Nach Ansicht der GLP-Fraktion ist die Stellungnahme des Stadtrates relativ gut, sie zeigt die Komplexität der Problematik rund um das Inseli, die Universität und das KKL auf. Dort prallen sehr viele Ansprüche aufeinander. Der Sprechende versteht den Stadtrat so, dass dieser das Postulat ablehnt, solange dort noch so viele Baustellen zu bearbeiten, Probleme zu lösen sind. Die Ansprüche an den Platz dort werden sich massiv verändern. Was im Zusammenhang mit dem Durchgangsbahnhof hüben wie drüben alles passiert, ist noch nicht klar, und es stehen auch noch einige Volksabstimmungen an. Der Bypass wird geplant, allenfalls wird die halbe Autobahn durch die Stadt hindurchbrausen, mit dem Durchgangsbahnhof wird die ganze Verkehrsführung rund um den Bahnhof neu gestaltet – Baustellen über Baustellen. Im Moment verfolgen viele ihre Einzelinteressen, kaum jemand betrachtet das Ganze. Der Sprechende entnimmt der Stellungnahme des Stadtrates ansatzweise, dass die Stadt versucht, alle diese Baustellen im Blick zu behalten. Dass man im Moment das Anliegen des Postulats nicht darin unterbringen kann, ist bedauerlich. Dieser Raum wird aber für die Fussgängerinnen und Fussgänger aufgenommen, wie in der Testplanung «Linkes Seeufer» zu lesen ist. Mit der Baustelle zum Durchgangsbahnhof wird das Inseli sowieso wieder zum Thema. Deshalb ist die GLP-Fraktion im Moment dafür, das Postulat abzulehnen. Der Sprechende ist aber mit Mario Stübi insofern ein Stück weit einig, als man in Bezug auf eine Zwischennutzung einen Schritt machen könnte, man könnte etwas Einfacheres umsetzen. Dass es möglich ist, schnell zu reagieren, hat man während der Coronazeit gesehen. Insgesamt wird die GLP-Fraktion das Postulat jedoch ablehnen.

**Patrick Zibung** denkt, dass zu den Themen Inseli und Määs schon alles gesagt wurde und dass der Stadtrat die Schelte verstanden hat. Man wird sehen, wie es in den nächsten Monaten und Jahren mit dem Inseli und dem ganzen Gebiet rundherum weitergeht. Der Sprechende will an dieser Stelle den Stadtrat für einmal loben, denn die Haltung des Stadtrates zu diesem Vorstoss ist nahezu deckungsgleich mit der Haltung der SVP-Fraktion. Er will den Stadtrat auch dafür loben, dass dieser für einmal eine Gelegenheit auslöst, eine Strassensperrung umzusetzen. Über die Thematik der Aufenthaltsflächen im Raum Bahnhof wurde heute bereits beim Traktandum Durchgangsbahnhof diskutiert. Aus Sicht der SVP-Fraktion gibt es, wie der Sprechende bereits dort ausgeführt hat, im Raum Bahnhof genügend Aufenthaltsflächen, es ist niemand gezwungen, auf die Strassenflächen auszuweichen, wenn er sich am Mittag oder am Nachmittag in der Pause in die Sonne setzen und etwas essen möchte. Es sind aber viele Arbeitende und Betriebe in diesem Gebiet gezwungen, diese Strassenflächen für die Anreise und für Anlieferungen zu benutzen. Das schreibt der Stadtrat auch in seiner Stellungnahme und nimmt Bezug auf die Testplanung «Linkes Seeufer». Diese Flächen werden weiterhin gebraucht, sodass man zum Schluss kommen muss, dass der Nutzen einer Sperrung praktisch inexistent und das Kosten-Nutzen-Verhältnis letztlich schlecht ist. Das hat nichts damit zu tun, ob der Stadtrat eine Sperrung will oder nicht, sondern es ist einfach eine Realität, dass diese Strassenflächen in diesem Gebiet gebraucht werden. Die Stadt Luzern lebt, und dazu gehören auch gewisse Bewegungen in der Stadt mit all den verschiedenen Verkehrsmitteln. Hier geht es um ein Gebiet, in welchem notabene nicht zu wenig Aufenthaltsflächen zur Verfügung stehen. Vor nicht allzu langer Zeit hat der Grosse Stadtrat über den Knotenpunkt Bundesplatz gesprochen, als es um die geplante Umfahrung für die Velos ging. Dabei kamen wohl alle zum Schluss, dass der Bundesplatz insbesondere für Velos, aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmenden herausfordernd, wenn nicht sogar gefährlich ist. Jetzt zeigt der Stadtrat auf, dass das bereits stark ausgelastete Verkehrsnetz rund um den Bundesplatz mit weiteren 4'000 Fahrten belastet würde. Der Sprechende ist eher überrascht über die doch relativ grosse Anzahl an Fahrten, die momentan auf dem Inseliquai stattfinden und die bei einer Umsetzung des vorliegenden Postulats über den Bundesplatz führen würden. Daraus zieht er den Schluss, dass alle, welche die Velofahrenden auf dem Bundesplatz schützen wollen, das Postulat ablehnen müssen, damit der Bundesplatz nicht zusätzlich belastet wird. Die SVP-Fraktion auf jeden Fall wird das Postulat ablehnen.

**Michael Zeier-Rast** denkt, dass alles schon gesagt wurde. Der Lösungsansatz, den das Postulat vorschlägt, löst im Moment nichts. Unter diesem Aspekt kann die Mitte-Fraktion die Stellungnahme des Stadtrates gut nachvollziehen. Sie sieht jedoch auch die Möglichkeit, dass sich in der weiteren Planung des ganzen Rayons die Situation verändern kann. Das ist aber Zukunftsmusik, und bis dahin lehnt die Fraktion das Postulat ab.

**Mario Stübi** dankt für die Voten. Er will noch eine kurze Replik machen, weil allenfalls nicht alles ganz klar wurde. Der SP-Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Stadt es einmal ausprobiert. Was bietet sich da besser an als die Määs? Die Zeit, in welcher die Määs stattfindet, wäre für einen Versuch prädestiniert. Das was mitunter ein Beweggrund für die SP-Fraktion, den Vorstoss einzureichen. Der Vorstoss enthält auch die Option, die Frohburgstrasse und den Inseliquai vollständig autofrei zu machen, aber das war nicht der erste Beweggrund zu diesem Vorstoss. Der erste Schritt wäre ein Versuch, und dieser könnte nach Ansicht der SP-Fraktion im Idealfall während der Määs stattfinden.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** wird nicht noch lange inhaltliche Ausführungen machen, da die Stellungnahme des Stadtrates von links bis rechts als inhaltlich gut bezeichnet wurde. Das Parlament und der Stadtrat diskutieren schon länger über das «Fanal der städtischen Politik», wie Fabian Reinhard in seinem Abschiedsvotum formulierte, und werden über dieses Thema noch weiterdiskutieren. Der Stadtrat hat die Schelte entgegengenommen. Er hatte versucht, beim Inseli mit einer Prioritätensetzung voranzukommen, wurde aber vorläufig einmal korrigiert. Der Sprechende hat sich dabei für die Kritik offen gezeigt. Jetzt ist man daran, für die Määs andere Optionen zu suchen. Selbstverständlich wurde dabei auch die Frohburgstrasse, der ganze Raum zwischen Universität und KKL, in die Überlegungen einbezogen, einerseits was die Carhaltekanten betrifft, andererseits in Bezug auf eine Ausweitung oder Verlagerung der Määs. Diese Möglichkeit wurde schon einmal geprüft und wird jetzt noch einmal geprüft. So wurde z. B. zu den Carhaltekanten auf dem Inseliquai eine Studie erarbeitet. Der ganze Raum wurde hinsichtlich der verschiedenen Nutzungen mehrfach untersucht. Aber als Schlussfolgerung ergab sich einfach immer wieder, dass sich nicht alles realisieren lässt. Oder wenn man alles dort unterbringen würde, wäre die Lösung für fast alle irgendwie unbefriedigend. Der Stadtrat wird deshalb weiterhin mit dem Parlament und der Stimmbevölkerung nach einem Weg zu einer Lösung suchen. Der Sprechende will noch die beiden Vergleiche kommentieren, die im Zusammenhang mit dem Veloschieben gemacht wurden. Der Stadtrat möchte vermeiden, dass Velofahrerinnen und Velofahrer ihr Velo schieben müssen, aber es gibt Situationen, in welchen es nicht anders geht. Der Markt lässt sich nicht an einen anderen Ort verlegen. Der Stadtrat möchte aber auch den Veloverkehr nicht auf die Pilatusstrasse umleiten. Das Veloschieben ist keine gute Lösung, aber wenn schon nur eine schlechte Lösung möglich ist, dann ist es doch besser, diese nicht noch an einen anderen Ort zu verschieben. Zum Punkt, dass auf der Bahnhofstrasse Begegnungszone und nationale Veloroute aufeinandertreffen, bemerkt der Sprechende, dass es auf der zukünftigen Bahnhofstrasse mehr Platz geben wird. Für den Veloverkehr ist ein Fahrstreifen von 5 m Breite vorgesehen, für die Autos gilt Einbahnverkehr. Die Voraussetzungen auf der Bahnhofstrasse sind anders als auf dem Inseliquai mit seinen engen Verhältnissen, wo es wahrscheinlich beim Gegenverkehr bleiben würde und wo die nationale Veloroute noch dazu käme. Aber jetzt soll das Parlament erst einmal über das Postulat entscheiden, und der Stadtrat wird selbstverständlich über jede Möglichkeit weiterdiskutieren. Heute Abend hätte der erste Workshop zu den alternativen Überlegungen bezüglich der Määs stattfinden sollen, aber er wurde abgesagt, weil sich doch zu wenig Teilnehmende angemeldet haben. Dieser Prozess wird somit im September beginnen.

### **Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 163.**

#### Verabschiedung von Fabian Reinhard

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Fabian Reinhard hat den Stadtrat um seine Entlassung aus dem Amt als Grossstadtrat per 30. Juni ersucht, und der Stadtrat hat dieser Entlassung stattgegeben. Mit Fabian Reinhard verliert der Grosse Stadtrat eine wichtige Persönlichkeit. Fabian Reinhard wurde am 25. Juni 2015 als Grossstadtrat vereidigt. Im gleichen Jahr übernahm er das Parteipräsidium der FDP der Stadt Luzern. Das war auch ein Vorzeichen, dass Fabian Reinhard kein Hinterbänkler sein würde. Und das war er wirklich nicht. Er hat sich mit grosser Energie für die Stadt Luzern eingesetzt, unter anderem als Erstunterzeichner oder Mitunterzeichner von 49 Vorstössen. Die Sprechende erinnert sich noch gut an den ersten Vorstoss von Fabian Reinhard: «Kiss and Ride». Verkehrsthemen, Parkplatzthemen lagen ihm am Herzen, aber natürlich vor allem die Digitalisierung. Wichtig war für ihn auch die Art und Weise



der Arbeit zwischen Legislative und Exekutive, er äusserte sich zu grundsätzlichen demokratiepolitischen Fragen, z. B. zum Umgang mit dringlichen Postulaten, mit früheren Beschlüssen, die zur Makulatur werden, oder wie die Stellungnahme zu Postulaten sein sollte, was eine teilweise Entgegennahme bedeutet usw. Fabian Reinhard ist hartnäckig, geradlinig, er hat nachgefragt, er hat mit grossem Engagement versucht, in diesem Rat Mehrheiten zu finden, seine Ratskolleginnen und Ratskollegen zu überzeugen. Kaum zu glauben, dass jemand wie Fabian Reinhard, jemand mit so viel Enthusiasmus, dem Grossen Stadtrat den Rücken kehrt. Die Sprechende hat jedoch erfahren, dass Fabian Reinhard umzieht und die Stadt Luzern verlassen wird. Sie dankt ihm für sein grosses Engagement und wünscht ihm alles Gute. Sie ist überzeugt, dass auch in Zukunft vom Politiker Fabian Reinhard noch zu hören sein wird.

Fabian Reinhard erhält als Abschiedsgeschenk eine Wappenscheibe. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates verabschieden Fabian Reinhard mit einem Applaus.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Somit hat der Grosse Stadtrat das Ende der heutigen Rats-sitzung erreicht. Es war eine sehr intensive Sitzung, die ersten Traktanden wurden speditiv erledigt, danach wurde die Diskussion heftiger. Für die Sprechende war es die letzte Sitzung als Ratspräsidentin. Sie hat die Aufgabe als Ratspräsidentin sehr gern wahrgenommen, es war ihr eine grosse Ehre. Sie wurde darin hervorragend durch die Stadtkanzlei und das Sekretariat Grosse Stadtrat unterstützt. Den Ratsmitgliedern dankt sie herzlich für ihre Sitzungs- und Ratskultur, dass der Umgang miteinander auch in den heissen Phasen der Klima- und Energiediskussion oder beim City-Management anständig geblieben ist. Sie darf feststellen, dass Stadtrat und Grosse Stadtrat die Stadt Luzern in diesem Jahr eindeutig weitergebracht haben, sie haben viel erreicht, und darauf dürfen alle stolz sein.

Die Sprechende hofft, dass die Ratsmitglieder durch die Input-Referate, die sie organisiert hat, einen gewissen Einblick in den Journalismus erhalten haben und dadurch besser verstehen, wie die Journalistinnen und Journalisten denken. Der Journalismus ist für die Politik sehr wichtig, er ist eine wichtige Stütze der Demokratie.

Bevor die Ratsmitglieder in die verdienten Sommerferien ausschwärmen, findet am nächsten Donnerstag noch der Ratsausflug statt. Eigentlich wäre es die Reise von Ratspräsidentin Lisa Zanolla gewesen, denn immer am Ende des ersten Geschäftsjahrs einer Legislatur macht der Grosse Stadtrat eine «Klassenreise». Aufgrund der Pandemie musste die Reise vor einem Jahr jedoch verschoben werden. Der Ausflug wird spannend und schön, doch das Ziel sollte sein, dass sich die Mitglieder des Grossen Stadtrates danach besser kennen und vielleicht auch besser verstehen. Die Sprechende hat es während der heutigen Sitzung wieder gemerkt: Es ist dringend nötig, dass die Ratsmitglieder miteinander reden. Heute haben sie oft aneinander vorbeigeredet. Sie fordert sie deshalb auf, am Ratsausflug einfach einmal mit denjenigen Ratskolleginnen und Ratskollegen zu reden, die sie nicht gut kennen. Sie sollen versuchen, sie zu verstehen; sie sollen versuchen nachzuvollziehen, was sie denken, und ob man die verschiedenen Begriffe in gleicher Weise verwendet. Der Ratsausflug ist ein Teamanlass, ein Teambuilding-Anlass. Die Sprechende hofft, dass möglichst alle daran teilnehmen.

Die nächste Ratssitzung ist die konstituierende Sitzung am 1. September 2022.

Die Sprechende wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.20 Uhr

Luzern, 22. August 2022

Für das Protokoll:

Eingesehen von:



Karin Spinnler Schmid  
Protokollführerin



Michèle Bucher  
Stadtschreiberin



Franz Lienhard  
Protokollführer